

13. Sitzung

am Mittwoch, dem 22. März 2000

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung ...	855	Abg. Manfred Oppermann (SPD)	896
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	857	Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU)	898
Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung ...	857	Senator Hattig	900
Abg. Tittmann (DVU) zur Geschäftsordnung	858	Abg. Schramm (Bündnis 90/Die Grünen)	902
		Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU)	903

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2000 und 2001

Mitteilung des Senats vom 7. März 2000
(Drucksache 15/234)
1. Lesung

Fortschreibung der Finanzplanung bis 2005 — Sachstand und weiteres Verfahren —

Mitteilung des Senats vom 20. März 2000
(Drucksache 15/250)

Bürgermeister Perschau	858
Abg. Zachau (Bündnis 90/Die Grünen)	866
Abg. Böhrnsen (SPD)	872
Abg. Eckhoff (CDU)	877
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	882
Abg. Frau Wiedemeyer (SPD)	886
Abg. Dr. Schrörs (CDU)	891
Abstimmung	892

Strukturwandel in den Hafenvierteln

Große Anfrage der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
vom 2. Februar 2000
(Drucksache 15/193)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 22. Februar 2000

(Drucksache 15/216)

Abg. Schramm (Bündnis 90/Die Grünen)	894
--	-----

Beziehungen in der Region verbessern

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 7. März 2000
(Drucksache 15/233)

Regionalentwicklung

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 21. März 2000
(Drucksache 15/258)

Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	904
Abg. Dr. Sieling (SPD)	906
Abg. Pflugradt (CDU)	909
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	911
Bürgermeister Dr. Scherf	914
Bürgermeister Perschau	917
Abstimmung	918

Positive Umschlagsentwicklung in den bremischen Häfen, Ausbaunotwendigkeiten wachsen

Große Anfrage der Fraktionen
der CDU und der SPD
vom 17. Februar 2000
(Drucksache 15/211)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 14. März 2000

(Drucksache 15/243)

Abg. Kastendiek (CDU)	919
Abg. Töpfer (SPD)	920

Abg. Schramm (Bündnis 90/Die Grünen)	923	Abg. Tittmann (DVU)	930
Abg. Kastendiek (CDU)	925	Abstimmung	931
Senator Hattig	926		

Schärfere Gesetze gegen Kinderschänder

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 6. März 2000
(Drucksache 15/229)

Abg. Tittmann (DVU)	928
Abg. Zachau (Bündnis 90/Die Grünen)	929

Asylmissbrauch konsequent bekämpfen

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 6. März 2000
(Drucksache 15/230)

Abg. Tittmann (DVU)	932
Abstimmung	933

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Kummer, Frau Wangenheim, Frau Wilts.

Präsident Weber

Vizepräsident Dr. Kuhn

Schriftführerin Arnold-Cramer

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Hannken

Schriftführerin Marken

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Justiz und Verfassung

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Finanzen

Senator für Inneres, Kultur und Sport **Dr. Schulte** (CDU)

Senator für Wirtschaft und Häfen **Hattig** (CDU)

Staatsrat **Professor Dr. Hoffmann** (Senatskanzlei)

Staatsrat **Dr. Dannemann** (Senator für Finanzen)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Goehler** (Senator für Inneres, Kultur und Sport)

Staatsrat **Mäurer** (Senator für Justiz und Verfassung)

Präsident des Rechnungshofs **Spielhoff**

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, die 13. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse. Folgende Gruppen sind anwesend: eine Seniorengruppe des Arbeitersamariterbundes, ASB, eine zehnte Klasse des Schulverbundes Lesum, eine Gruppe der Begegnungsstätte „Sparer dank“, eine Gruppe Radwanderer „Speichenwanderer“ aus Bremerhaven.

Meine Damen und Herren, herzlich willkommen hier im Parlament!

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Neugliederung der Seeämter, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 17. März 2000, Drucksache 15/246.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrages herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrages seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(B)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag am Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

Ich höre keinen Widerspruch, die Bürgerschaft (Landtag) ist dann damit einverstanden.

2. Ökonomische Anreizsysteme für einen umweltfreundlichen Seeverkehr, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 17. März 2000, Drucksache 15/247.

Auch hier lasse ich über die dringliche Behandlung des Antrages abstimmen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrages einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen eine Verbindung mit dem Tagesordnungspunkt außerhalb der Tagesordnung, Ökonomische Anreizsysteme für umweltfreundlichen Seeverkehr, vor.

(C)

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

3. Ursachen der Staatsverschuldung aufzeigen — für Innovation und Gerechtigkeit, Antrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, vom 20. März 2000, Drucksache 15/248.

Gemäß Paragraph 31 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung gilt dieser Antrag als dringlich.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Entschließungsantrag am Schluss der Sitzung nach dem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU, Neugliederung der Seeämter, aufzurufen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

4. Die Rückkehr in das Kosovo den Realitäten anpassen, Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. März 2000, Drucksache 15/249.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung lasse ich wieder über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrages seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(D)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag nach dem Entschließungsantrag, Ursachen der Staatsverschuldung aufzeigen — für Innovation und Gerechtigkeit, zu behandeln.

Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

5. Fortschreibung der Finanzplanung bis 2005 — Sachstand und weiteres Verfahren, Mitteilung des Senats vom 20. März 2000, Drucksache 15/250.

Ich gehe davon aus, dass diese Mitteilung des Senats mit Tagesordnungspunkt 27 verbunden wird. — Ich stelle Einverständnis fest.

6. Illegale Beschäftigung wirkungsvoll bekämpfen — Vergabe öffentlicher Aufträge effektiv organisieren, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 21. März 2000, Drucksache 15/251.

Ich lasse auch hier zunächst über die dringliche Behandlung dieses Antrages abstimmen.

(A) Wer mit einer dringlichen Behandlung dieses Antrages einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit einer dringlichen Behandlung einverstanden.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen eine Verbindung mit Tagesordnungspunkt vier, Bekämpfung illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit, vor.

Ich höre auch hier keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

7. Förderung von Existenzgründungen verbessern, Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. März 2000, Drucksache 15/256.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung lasse ich auch hier über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrages seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

(B) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen eine Verbindung mit Tagesordnungspunkt fünf, Förderung von Existenzgründungen, vor.

Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

8. Konsequenzen aus der „Green Card“-Debatte, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. März 2000, Drucksache 15/257.

Gemäß Paragraph 31 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung gilt dieser Antrag als dringlich.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Entschließungsantrag nach dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Verhandlung zu stellen.

Ich höre auch hier keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

9. Regionalentwicklung, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 21. März 2000, Drucksache 15/258.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrages seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage vor, diesen Antrag mit Tagesordnungspunkt 26, Beziehungen in der Region verbessern, zu verbinden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Die übrigen Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Umsetzung des internationalen Übereinkommens von 1978 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch die Schifffahrt gemäß MARPOL-Konvention von 1978

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 7. März 2000 (Drucksache 15/232)

2. Hafenkooperation der deutschen Hafenstandorte

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 14. März 2000 (Drucksache 15/239)

3. Eisenbahnkapazitäten in Norddeutschland ausbauen

Große Anfrage der Fraktion der SPD vom 14. März 2000 (Drucksache 15/240)

4. Konsequenzen und Synergieeffekte eines Weser-Jade-Ports

Große Anfrage der Fraktion der SPD vom 14. März 2000 (Drucksache 15/241)

5. Küstentransrapid Hamburg—Bremen—Groningen—Amsterdam

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 16. März 2000 (Drucksache 15/245)

6. Bremisches Hochschulzulassungsgesetz Mitteilung des Senats vom 21. März 2000 (Drucksache 15/252)

(C)

(D)

- (A) 7. Vereinbarung über die Finanzierung des Kinderkrebsregisters
Mitteilung des Senats vom 21. März 2000
(Drucksache 15/253)
- Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Mai-Sitzung.
- II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung**
1. Mögliche weitere Gebietsvorschläge nach der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) für das Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 16. November 1999
2. Auswirkungen der Substitutionsrichtlinie
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 8. Februar 2000
D a z u
Antwort des Senats vom 29. Februar 2000 (Drucksache 15/226)
3. Arbeit der Apothekenaufsicht
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Februar 2000
D a z u
Antwort des Senats vom 29. Februar 2000 (Drucksache 15/227)
- (B) 4. Lehrerberarf im Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14. Februar 2000
D a z u
Antwort des Senats vom 7. März 2000 (Drucksache 15/236)
5. Wettbewerbsnachteile für die bremischen Seehäfen durch die Ökosteuer
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 15. Februar 2000
D a z u
Antwort des Senats vom 7. März 2000 (Drucksache 15/238)
6. Anerkennung von ausländischen Abschlüssen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Februar 2000
7. Rahmenbedingungen für eine verbesserte Integration von Ausländern
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 22. Februar 2000
8. Teilzeitbeschäftigung im Alter für Beamte mit Dienstbezügen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 7. März 2000
9. Ausstattung und Anwendung von EDV in den bremischen Gerichten
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. März 2000
10. Entlastung der bremischen Haushalte durch den Einstieg in eine ökologische Steuerreform
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 14. März 2000
11. Verfahrenspfleger — ein „Anwalt“ für die Kinder
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 21. März 2000
- III. Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung**
1. Appell an die Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft, den Beschluss des Senats zur Schließung der Schule an der Lothringer Straße zu verhindern.
2. Schreiben von Herrn Erich K. H. Kalkus mit einer Initiative gegen Mobbing am Arbeitsplatz.
- Die Eingaben können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.
- Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar erstens zur Aussetzung der Tagesordnungspunkte sieben, das betrifft die Reform der gymnasialen Oberstufe im Land Bremen, acht, Landwirtschaft und Naturschutz in Bremen: Nachhaltige Entwicklung in Europa der Regionen, zehn, Ungestörter Ablauf von Schulunterricht, zwölf, Verbesserung der Lebensmittelsicherheit, 13, „Öffentliche Daseinsvorsorge“ und europäische Integration, 14, Europa-Förderung im Lande Bremen, 19, Jade-Weser-Port und CT IV, 20, Strukturfonds der Europäischen Union im Lande Bremen 2000 bis 2006, und 22, Regionalisierung der Psychiatrie.
- Des Weiteren schlage ich Ihnen vor die Verbindung der Tagesordnungspunkte 15, 16 und 17, hier handelt es sich um den einundzwanzigsten Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz, und des Tagesordnungspunktes 21, Petitionsbericht neun, und mit dem außerhalb der Tagesordnung vorliegenden Petitionsbericht zehn sowie die Umgestaltung der Tagesordnung dergestalt, dass am Mittwoch, also heute, zu Beginn der Sitzung die Haushaltsberatungen beginnen und diese möglichst bis 13 Uhr beendet sein sollen. Im Anschluss daran werden die Tagesordnungspunkte 26, Beziehungen in der Region verbessern, sechs, Strukturwandel in den Hafenrevieren, und elf, Positive Umschlagsentwicklung in den bremischen Häfen, Ausbaunotwendigkeiten wachsen, aufgerufen.
- Zu Beginn der Sitzung am Donnerstag, also morgen, wird zuerst die Fragestunde und dann der Tagesordnungspunkt drei, Gesellschaftliche Mitwir-
- (C)
- (D)

(A) kung von Seniorinnen und Senioren, behandelt, im Anschluss daran wird in der Reihenfolge der Tagesordnung verfahren. Außerdem gibt es Vereinbarungen von Redezeiten bei einigen Tagesordnungspunkten.

Meine Damen und Herren, nachträglich möchte ich Ihnen noch mitteilen, dass entgegen der interfraktionellen Absprache der Tagesordnungspunkt 25, Vermeidung und Bekämpfung von Schiffsunfällen in der südlichen Nordsee, der Außen- und Unterweser sowie in den bremischen Häfen, und der außerhalb der Tagesordnung vorliegende Dringlichkeitsantrag, Ökonomische Anreizsysteme für umweltfreundlichen Seeverkehr, getrennt debattiert werden.

Wird hier das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht?

Bitte, Herr Tittmann!

Abg. **Tittmann** (DVU): Weil der Dringlichkeitsantrag so spät behandelt wird, bringe ich ihn beim nächsten Mal ein.

Präsident Weber: Sie haben bei meinem Vortrag aber festgestellt, dass eine ganze Menge als dringlich angesehen wurde und hinten an die Tagesordnung angehängt wird?

(B) Abg. **Tittmann** (DVU): Dann ziehe ich ihn erst einmal zurück und bringe ihn wieder ein!

Präsident Weber: Sie ziehen Ihren Antrag zurück! Danke!

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, wir treten dann in die Tagesordnung ein.

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2000 und 2001

Mitteilung des Senats vom 7. März 2000
(Drucksache 15/234)
1. Lesung

Wir verbinden hiermit:

Fortschreibung der Finanzplanung bis 2005 — Sachstand und weiteres Verfahren —

Mitteilung des Senats vom 20. März 2000
(Drucksache 15/250)

(C)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Perschau, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Dannemann.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch darauf hinweisen, dass in diese Aussprache auch die Beratung des Stadthaushalts einbezogen werden soll.

Es sind Gesamtredezeiten vereinbart. Sie betragen pro Fraktion bis zu einer Stunde mit der Maßgabe, dass sich diese Redezeit um die Zeit verlängert, die der Senat über eine Stunde hinaus in Anspruch nimmt.

Wir kommen jetzt zur ersten Lesung der aufgerufenen Gesetzesvorlagen.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort Herr Bürgermeister Perschau.

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die Regierungspartner der großen Koalition hat die Fortführung der erfolgreich begonnenen Sanierung der Freien Hansestadt Bremen nach wie vor oberste Priorität. Das Wahlergebnis vom Juni vergangenen Jahres ist der eindeutige Auftrag der Wählerinnen und Wähler an SPD und CDU, die Politik der Sanierung in gemeinsamer Regierungsverantwortung unbeirrt fortzusetzen. Nur so können wir die in Jahrhunderten gewachsene Selbständigkeit unseres Landes erhalten und natürlich auch zukunftsfähig machen. Wir befinden uns derzeit in einer Phase, in der wir beweisen müssen, dass es uns ernst ist mit der Verantwortung für unser Bundesland. Deshalb wird die große Koalition den Kurs des Sparens und Investierens konsequent fortsetzen.

Vor diesem Hintergrund legt Ihnen der Senat heute den Entwurf des Doppelhaushalts 2000/2001 zur Beratung vor. Dieser erste Haushaltsentwurf der neuen Legislaturperiode steht ganz im Zeichen der zweiten Sanierungsphase, in die unser Bundesland im vergangenen Jahr eingetreten ist. Dem Doppelhaushalt 2000/2001 kommt zentrale Bedeutung zu. Wir stellen damit die Weichen für die Zeit bis zum Ende des Jahres 2004. Wir müssen unser Bundesland aus der extremen Haushaltsnotlage führen und damit aus dem strukturellen Defizit.

Die Bedingungen, die wir vorfinden, sind schwierig. Die Zukunft ist, vor allem was unsere Einnahmesituation angeht, schwer zu prognostizieren. Dies hängt nicht so sehr mit unseren eigenen Leistungen zusammen als vielmehr mit dem finanz- und steuer-

(D)

- (A) politischen Reformbedarf in unserem föderalen Bundesstaat.

(Zuruf des Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/
Die Grünen])

Da ist einerseits die Notwendigkeit, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Länderfinanzausgleich fristgemäß umzusetzen, Herr Abgeordneter Zachau, wie Sie vermutlich wissen. Aufgrund der engen Terminvorgabe wird an dem so genannten Maßstäbengesetz, dem dann ein neues Finanzausgleichsgesetz folgen wird, auf Bundes- und Länderebene bereits mit Hochdruck gearbeitet. Dabei sind mit der Überprüfung der Einwohnerwertung, der Hafenlasten und der Kosten politischer Führung ganz vitale politische Interessen Bremens berührt, denn ohne beispielsweise die Einwohnerwertung wäre unserem Stadtstaat die finanzielle Grundlage entzogen. Wir werden deshalb diesen Angriff auf die Selbständigkeit der Freien Hansestadt Bremen mit allem Nachdruck abwehren müssen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

- (B) Lassen Sie mich eines nur hinzufügen! Die finanzielle Situation Bremens würde bei Integration in das Bundesland Niedersachsen nicht besser, sondern schlechter werden. Deshalb hängt natürlich der Zwang zur Sanierung nicht nur an der Frage, ob wir unser Bundesland erhalten wollen oder nicht, sondern er hängt in erster Linie an der Frage, was wir der künftigen Generation, was wir unseren Kindern hinterlassen wollen oder was wir ihnen möglicherweise ersparen wollen.

Die zweite unaufschiebbare Aufgabe ist die Steuerreform. Die Bundesrepublik Deutschland kann sich im Zuge des immer schärfer werdenden internationalen Wettbewerbs einer umfassenden Reform der Einkommensbesteuerung und der Unternehmensbesteuerung nicht länger entziehen. Die rotgrüne Bundesregierung hat inzwischen einen Gesetzentwurf hierzu auf den Weg gebracht, der derzeit im Bundestag und auch im Bundesrat beraten wird. Die Gegenvorschläge der Union liegen auf dem Tisch.

Meine Damen und Herren, ganz leidenschaftslos: Beide Konzepte haben eines gemeinsam, sie sind zunächst mit erheblichen Steuerausfällen für Bund, Länder und Gemeinden verbunden. Das heißt, der Konsolidierungsdruck auf die bremischen Haushalte wird sich zwangsläufig durch diese Steuerreformen erhöhen, zumindest in den ersten zwei, drei Jahren.

Wir müssen bis zum Auslaufen der Sanierungszahlungen Ende 2004 in der Lage sein, aus eigener Kraft einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen, und das bei jährlich sinkenden Sanierungsbeiträgen des Bundes. Um den Anspruch der Verfassungsmäßigkeit zu erfüllen, müssen wir bei den

laufenden konsumtiven Ausgaben ein Defizit von knapp 800 Millionen DM, das so genannte strukturelle Defizit, abbauen. Anders ausgedrückt: Ab dem Jahr 2005 dürfen Kredite nur noch für Investitionen aufgenommen werden. Spätestens dann müssen wir die konsumtiven Ausgaben aus laufenden Einnahmen decken, was wir zurzeit nicht tun in einem Umfang von 800 Millionen DM.

Diese Verschuldungsgrenze — und ich sage das nur noch einmal, weil hier alle möglichen semantischen Springprozeptionen zu diesem Thema veranstaltet werden — ist in Bremen in Paragraph 18 der Landeshaushaltsordnung geregelt, und dieser Paragraph 18 der Landeshaushaltsordnung entspricht dem Artikel 115 Grundgesetz und damit der für alle öffentlichen Haushalte verbindlichen Begrenzung der Schuldenaufnahme.

Was bedeuten diese sehr technischen Umschreibungen nun im Klartext? Dahinter verbirgt sich die schlichte politische Botschaft: Wir leben in Bremen nach wie vor in einem Umfang von 800 Millionen DM über unsere Verhältnisse. Das ist der schlichte Sachverhalt. Der Staat finanziert in dieser Größenordnung mehr Leistungen, als er an eigenen Einnahmen verzeichnen kann. Ein solcher Zustand fortgeschrieben mündet in eine Schuldenspirale und geht damit zwangsläufig zu Lasten zukünftiger Generationen.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau! Weniger Schulden!)

Wenn wir nicht hart sparen, verschieben wir das Problem der Herstellung verfassungsgemäßer Haushaltsstrukturen ganz einfach auf unsere Kinder. Das wäre unverantwortlich, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU —
Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das stimmt!)

Dennoch: Das Sparen ist die schmerzhafteste Seite der Sanierung und mutet den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes Veränderungen zu. Das Zukunftsweisende und damit das Herz der Sanierungsstrategie ist dabei die Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft unseres Landes durch infrastrukturverbessernde Maßnahmen. Wir müssen ab dem Jahr 2005 die wirtschaftlichen Grundlagen unseres Stadtstaates derart ausgebaut und gesichert haben, dass wir aus eigener Kraft unsere Aufgaben erfüllen und unsere Ausgaben finanzieren können. Das Investitions Sonderprogramm wurde genau zu diesem Zweck aufgelegt. Wir verbessern die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, bauen die öffentliche Infrastruktur aus, damit private Unternehmen in unserem Zwei-Städte-Staat investieren und die Menschen von außerhalb in unsere Städte kommen und hier übernachten, einkaufen, arbeiten und ihre Freizeit verbringen.

(C)

(D)

(A) Nur mit dieser klaren Wachstumsstrategie, die zu einem überdurchschnittlichen Wachstum führt und bei entsprechender Flächenbereitstellung mehr Arbeitsplätze und Einwohner bedeutet, können entsprechende Einnahmezuwächse realisiert werden, die wir für die dauerhafte Sicherung der finanziellen Grundlagen unseres Landes brauchen.

Ich sage es noch einmal: Von Kaputtsparen kann deshalb keine Rede sein! Vielmehr investieren wir in die Zukunft unseres Landes mit überdurchschnittlich hohen Beträgen. Natürlich braucht die Umsetzung einen langen Atem, und die positiven Effekte stellen sich nicht über Nacht ein. Für die Freie Hansestadt bedeutet die Überwindung ihrer Haushaltsnotlage einen ungeheuren Kraftakt. In dieser Ausnahmesituation haben sich die Fraktionen in der Bremischen Bürgerschaft zu einer außergewöhnlichen Vorgehensweise entschlossen.

(Zuruf des Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/
Die Grünen])

Herr Zachau, ich nehme an, Sie haben die Absicht zu reden! Dann machen Sie doch hinterher davon Gebrauch!

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber wir sind im Parlament! Da gibt es keine Zwischenrufe?)

(B)

Für die Zeit der zweiten Sanierungsphase haben Sie in einem Sanierungssicherungsgesetz Maßgaben für die Haushaltsaufstellung gesetzlich fixiert, um zu gewährleisten, dass das Ziel des verfassungskonformen Haushalts bis zum Jahr 2005 erreicht wird. In der Präambel heißt es, dass der Senat und die Bremische Bürgerschaft die Haushalte 2000 bis 2004 unter dem vorrangigen Gebot der Rückführung des Defizits der laufenden Rechnung gestalten. Wir brauchen den breiten Konsens in der Politik genauso, wie wir die breite Unterstützung der Bevölkerung benötigen. Sonst ist die Kraftanstrengung der Überwindung unserer extremen Haushaltsnotlage und Verschuldung nicht zu schaffen.

In diesem, ich nenne es jetzt einmal Maßstäbengesetz für die Sanierung sind zwölf Grundsätze formuliert, die dem Sanierungsziel Rechnung tragen. Dazu gehört die Einführung eines Produktgruppenhaushaltes, den wir Ihnen mit diesem Doppelhaushalt zum ersten Mal vorlegen. Von zentraler Bedeutung ist auch der Grundsatz, neue Aufgaben nur dann zu finanzieren, wenn sie durch Einsparungen oder Mehreinnahmen an anderer Stelle gedeckt werden können. Dabei handelt es sich vielleicht um eine schlichte, aber in ihrer Wirkung nicht zu unterschätzende Vorgabe. Es ist übrigens der einzige Weg, eine Haushaltsausweitung zu verhindern, ohne uns neu zu verschulden.

Der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf des Senats ist entsprechend dem Sanierungssicherungsgesetz aufgestellt worden. Zunächst einmal zu den grundlegenden Zahlen: Der Entwurf sieht für das Jahr 2000 eine Reduzierung der Ausgaben gegenüber dem Vorjahr von 0,1 Prozent und für das Jahr 2001 sogar ein Minus von 0,9 Prozent vor. Das heißt, das Haushaltsvolumen wird sich von knapp 7,7 Milliarden DM auf 7,6 Milliarden DM verringern, und das bei einkalkulierten Tarifsteigerungen der öffentlichen Gehälter und einem erheblich wachsenden Volumen bei den Versorgungsbezügen der öffentlich Bediensteten.

Hinter den Zahlen verbirgt sich deshalb ein enormer Kurswechsel. Wir vollziehen auch in den Jahren 2000 und 2001 die Umstrukturierung der Ausgabenseite von den konsumtiven zu den investiven Ausgaben. Während die konsumtiven Ausgaben in den beiden kommenden Jahren jeweils um rund zwei Prozent reduziert werden, stocken wir das Investitionsprogramm erheblich auf. Unsere Investitionsquote verbessert sich um rund zwei Prozent auf knapp 16 Prozent, und wir liegen damit dann mittlerweile über dem Durchschnitt der alten Flächenländer. Wir müssen die Investitionen weiter so hoch fahren, weil wir in der Vergangenheit zu wenig investiert haben und weil wir den Strukturwandel weiter vorantreiben müssen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, insbesondere im Dienstleistungs- und Kommunikationsbereich.

(C)

Dabei sind wir, denke ich, auf gutem Weg, so zum Beispiel in der Flächenpolitik. Wir können mittlerweile ein überregional konkurrenzfähiges Angebot an Gewerbeflächen vorweisen. Ich nenne nur den Gewerbepark Hansalinie, den Bremer Industriepark, das Logistikzentrum GVZ, den Büropark Oberneuland und die Airport-City. Wir stellen demnächst attraktive Flächen für den Wohnungsbau wie in der Osterholzer Feldmark und in Borgfeld-West zur Verfügung, damit es zum Beispiel gerade wieder für junge Familien attraktiv ist, in Bremen statt im Umland zu wohnen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn wir feststellen, dass die Abwanderung aus Bremen nicht gestoppt, wohl aber rückläufig ist, dann ist doch die Konsequenz aus diesem Handeln ganz zwangsläufig, dass wir den Wohnwünschen der Menschen, die abwandern wollen oder sich mit solchen Gedanken tragen, besonders entgegenkommen und nicht das Gegenteil tun!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das Ziel ist, mehr Arbeitsplätze und Einwohner in den Grenzen Bremens zu erreichen. Wir investieren kräftig in unsere Verkehrsinfrastruktur, denn na-

(D)

(A) türlich zieht eine wirtschaftliche Entwicklung zusätzliche Verkehre nach sich. Wir bauen den Flughafen Bremen zu einem hochleistungsfähigen Dienstleistungs- und Logistikzentrum für den norddeutschen Raum aus. Wir stärken den öffentlichen Personenverkehr und den Straßenbau gleichermaßen. Wir bauen den Hafen aus. Durch die Fusion von BLG und Euro-Kai ist in Bremerhaven das größte deutsche Hafenerunternehmen entstanden.

Der Containerumschlag in Bremerhaven ist auf einem massiven Wachstumskurs. Deshalb ist die Erweiterung der Containerumschlagskapazitäten dringend geboten. Wir arbeiten mit Hochdruck am CT III a. CT IV soll bis zum Frühjahr 2001 ins Planfeststellungsverfahren gehen. Die Hafen- und Logistikwirtschaft sowie der Außenhandel sind die Wachstumsmotoren der bremischen Wirtschaft. Mit dem massiven Ausbau der Hafenerinfrastruktur insbesondere in Bremerhaven kommt das Land auch seiner Verpflichtung nach, die Seestadt Bremerhaven in ihren strukturpolitischen Anstrengungen deutlich zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(B) Wir stärken Bremens überregionale Metropolfunktion, indem wir in die Innenstadt investieren und damit den Einzelhandel stärken. Wir fördern die touristische Attraktivität der Stadt, um mehr Besucher anzulocken. Mit der Kombination aus Kongresszentrum, Messehalle und Stadthalle haben wir eine leistungsfähige Veranstaltungsstruktur geschaffen, die verkehrstechnisch durch ihre Nähe zum Hauptbahnhof bundesweit konkurrenzlos ist. Die Zahlen geben uns Recht.

Diese Zahlen, meine Damen und Herren, die ich Ihnen jetzt nenne, sind symptomatisch für die Entwicklung, aber sie beschreiben auch Sachverhalte. Wir haben im vergangenen Jahr bei den Übernachtungen die Millionengrenze überschritten. Das mag Sie ja amüsieren, Herr Zachau.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Das freut mich!)

Das sind sehr ernste Sachverhalte. Damals, am Ende der Ampel, hatten wir Quoten von etwa 600 000 Übernachtungen in Bremen. Heute sind wir bei über einer Million.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir liegen selbst mit dieser einen Million, Herr Zachau, immer noch unter dem Durchschnitt vergleichbarer großer Städte. Das heißt, wenn wir aufholen wollen, wenn wir überdurchschnittlich werden wollen, wenn wir weiter vorankommen wollen, dann müssen wir diesen Kurs der Erhöhung der Metropolfunktion und der Sogwirkung ins Umland und

auch überregional fortsetzen, und dafür müssen wir die investiven Projekte beschließen und umsetzen, damit dieser Kurs weiter gehalten wird und wir es schaffen, beispielsweise bis zum Jahr 2005 etwa 1,4 bis 1,5 Millionen Übernachtungen in Bremen zu haben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Dies gilt natürlich gleichermaßen für Bremerhaven, wo der Ausbau der Innenstadt, der Umbau des Theaters, die Modernisierung des Zoos am Meer und hoffentlich das bald realisierbare Projekt Ocean-Park Kaufkraft binden und Arbeitsplätze schaffen sollen.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Das soll doch zur Expo schon fertig sein!)

Ja, das wissen wir! Wissen Sie, wenn es nur nach den Grünen ginge, dann hätten wir das alles überhaupt nicht, das wissen Sie!

(Beifall bei der CDU)

Deshalb kann ich natürlich auch die sehr leichtgewichtige Kritik der Opposition außerordentlich gut verkraften. Wir brauchen natürlich in der schwierigen Zeit — —.

(Zuruf der Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen])

In der schwierigen Zeit, in der wir uns befinden, brauchen wir ausreichende Mehrheiten, um diesen Wachstumskurs,

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, souverän sind Sie trotzdem nicht!)

diesen Fortschrittskurs, den wir steuern, durchzuhalten. Der geht mit den Grünen nicht, und deshalb erzwingen die Grünen gerade mit ihrer Politik die Existenz einer großen Koalition. Das wissen sie wahrscheinlich selbst.

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum gehen Sie so unsouverän damit um? Das muss Ihnen doch gerade recht sein!)

Meine Damen und Herren, mit den bisher erfolgten Investitionen sind Ergebnisse einer gemeinsamen Kraftanstrengung dieser Koalition und der Bevölkerung gemeinsam erreicht worden, auf die wir durchaus stolz sein können, was uns nicht daran hindert, mit immer größerer Energie auf diesem Kurs dynamisch fortzufahren, denn natürlich haben wir

(C)

(D)

(A) erst einen Teil der Wegstrecke zurückgelegt, und Untersuchungen wie die des Bremer Ausschusses für Wirtschaftsforschung, BAW, zum Dienstleistungssektor belegen dies.

Doch dass wir unser Ziel noch nicht erreicht haben, kann nicht zur Folge haben, dass wir die Richtigkeit unseres Tuns ständig in Zweifel ziehen. Es muss uns eher darin bestärken fortzufahren, und wer dies nicht tut, hat es im Regelfall mit der Sanierung nicht so ernst gemeint. Ich sage dies ganz bewusst, denn ich registriere sehr wohl, dass in den vergangenen Wochen die Stimmen der Gegner des Sanierungskurses wieder lauter geworden sind.

Da heißt es, ein bisschen weniger Investitionen würden es auch tun, der Nutzen dieser Wirtschaftspolitik wäre für den Bürger wenig spürbar, dafür aber die Einschnitte bei den staatlichen Leistungen umso mehr. Im Übrigen würden keine erkennbaren Wachstums- und Arbeitsmarkteffekte erzielt, die Abwanderung ins Umland würde nicht aufgehalten werden.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich behaupte, wer so argumentiert, Herr Zachau, hat einfach nicht verstanden oder will nicht verstehen, worum es geht! Wer so argumentiert, handelt grob fahrlässig und verantwortungslos, denn er gefährdet die Zukunft unseres Landes.

(B) (Beifall bei der CDU — Zuruf des Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen])

Wenn zu konstatieren ist, dass die Zielvorgaben an Arbeitsplätzen und Einwohnerzuwachsen nicht in dem erwarteten Umfang erreicht wurden, dann ist doch die entscheidende Frage: Was wäre denn gewesen, wenn wir diese Anstrengungen nicht unternommen hätten?

(Abg. Frau Linneert [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann wären die Lichter schon ausgegangen!)

Wie hätten wir denn zum Beispiel die Vulkan-Krise verkraftet? Wie hoch wäre die Arbeitslosigkeit heute in Bremen, wäre der Strukturwandel nicht in dieser massiven Weise vorangetrieben worden? Die Antwort ist doch klar: Wir hätten heute, wenn wir grüne Politik gemacht hätten, viel mehr Arbeitslose, als wir heute haben.

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau Linneert [Bündnis 90/Die Grünen]: Zustände wie in der Steinzeit!)

Von den Kritikern wird das vermeintlich schwache — —.

(Zuruf des Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich weiß, dass Sie nervös werden, Herr Zachau. Sie haben auch allen Grund dafür!

(C)

(Beifall bei der CDU)

Von den Kritikern wird das vermeintlich schwache Wirtschaftswachstum in Bremen 1999 angeführt. Die leichte Unterschreitung des bundesdurchschnittlichen Zuwachses des Bruttoinlandsprodukts im Vorjahr darf allerdings keineswegs als Indiz für eine drohende Gefährdung des eingeleiteten und notwendigen ökonomischen Aufholprozesses unseres Landes fehlinterpretiert werden.

Für mich besteht überhaupt kein Zweifel daran, dass es sich hier um eine vorübergehende Wachstumsdelle handelt, die sich durch sektorale Besonderheiten und insbesondere durch die überdurchschnittliche Exportabhängigkeit der bremischen Wirtschaft erklärt. Selbstverständlich ist unser außenhandelsorientiertes Bundesland von Einbrüchen der Auslandsnachfrage, wie wir sie im ersten Halbjahr 1999 hatten, in besonderer Weise betroffen.

(Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch wirklich Blödsinn, was Sie sagen!)

Hinzu kommt, dass sich die bremische BIP-Zuwachsrates 1999 auf die Basiswerte des hohen überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums der Vorjahre bezieht. Letzter Satz dazu: Wenn wir die endgültigen Zahlen haben, dann werden wir sie vergleichen können.

(D)

Fakt ist, dass für die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Bremen noch im Verlauf des Jahres 1999 wieder eine deutliche Beschleunigung feststellbar ist, die berechtigten Anlass zu der Hoffnung gibt, dass wir kurzfristig zur dynamischen Wirtschafts- und Finanzkraftentwicklung der Vorjahre zurückkehren werden. Vor allem die deutlich positiveren Tendenzen auf dem bremischen Arbeitsmarkt sind dabei in besonderem Maße ermutigend.

Ich warne deshalb davor, von dem eingeschlagenen Kurs der Sanierung, der Grundphilosophie des Sparens und Investierens abzuweichen. Dazu gehören auch die von verschiedenen Seiten immer wieder erhobenen Forderungen, das Investitionsprogramm zu kürzen und die so frei werdenden Mittel lieber konsumtiv auszugeben.

(Zuruf des Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen])

Das hört sich alles gut an, es ist jedoch schlicht nicht seriös, da eine solche Interpretation des Investitionsbegriffs herzlich wenig mit der verfassungs- und haushaltsrechtlichen Realität zu tun hat.

(Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihre auch!)

(A) Aufgrund der zwingenden Vorgaben im Grundgesetz ist der Begriff der Investitionsausgaben in Paragraph 13 der Landeshaushaltsordnung eindeutig definiert. Danach sind Investitionsausgaben Ausgaben für Baumaßnahmen, für den Erwerb beweglicher Sachen, für Zuschüsse an Dritte für vorgenannte Zwecke sowie Darlehensgewährungen und für den Erwerb von Beteiligungen. Dafür darf ich Kredite aufnehmen, und das sind haushaltsrechtlich Investitionen. Ausgaben beispielsweise für die Anstellung von Lehrern, die unverzichtbar sind, Zuwendungen an Kultureinrichtungen, die unverzichtbar sind, sind aber keine investiven Ausgaben und können somit auch nicht über Kredite finanziert werden, sondern sie müssen schlicht aus laufenden Einnahmen finanziert werden. Deshalb ist die Investition, wenn Sie bei diesem missverständlichen Begriff bleiben wollen, in Bildung und Kultur natürlich unverzichtbar. Das Grundgesetz schreibt uns nur vor, dass wir diese Investitionen nicht über Kredite finanzieren dürfen. Das ist der einzige Punkt, um den es geht!

Es geht doch hier nicht um die Frage, dass wir uns auseinander dividieren lassen würden, ob denn nun Bildungs-, Kultur- und Wissenschaftsausgaben nötig oder nicht nötig sind und ob das etwas mit dem Investitionsbegriff zu tun hat. Der Investitionsbegriff ist haushaltsrechtlich eindeutig definiert, und deshalb muss man, wenn man diesen Begriff gebraucht, immer sagen, ob man ihn haushaltsrechtlich meint oder ob man ihn allgemein meint.

(B)

(Zuruf der Abg. Frau D r . T r ü p e l
[Bündnis 90/Die Grünen])

Viele Investitionen in die Zukunft, liebe Frau Dr. Trüpel, können wir teilweise kreditär finanzieren, und andere Investitionen in die Zukunft müssen wir haushaltsrechtlich aus laufenden Einnahmen finanzieren. Das ist der schlichte Unterschied, um den es geht. Ich wäre dankbar, wenn wir die Beiträge zur Sprachverwirrung um den Investitionsbegriff irgendwann einmal so weit unter Kontrolle bringen, dass wir diese Debatte nicht ständig wieder führen müssen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau L i n -
n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann
müssen Sie nicht jede Investition für gut er-
klären!)

Ich möchte im Übrigen an dieser Stelle dem beliebten Vorurteil begegnen, wir täten nicht genug für den Bereich Bildung und Wissenschaft. Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes und der Kultusministerkonferenz haben gezeigt, dass Bremen bezüglich der Unterrichtsversorgung an den allgemein bildenden Schulen bundesweit einen Spitzenplatz einnimmt.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grü-
nen]: Nicht ganz!)

Danach haben wir auch einen Spitzenplatz, und zwar einen ganz besonders herausgehobenen Spitzenplatz, bei den Ausgaben pro Schüler in diesem Bundesland. Wir liegen bei den Ausgaben pro Schüler in diesem Bundesland um 20 Prozent über dem Durchschnitt der deutschen Länder, um 20 Prozent allein über dem Geberland Baden-Württemberg, um 35 Prozent über dem Land Sachsen!

(C)

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grü-
nen]: Schon einmal etwas von Großstädten
gehört? Metropole!)

Das heißt, wenn man darüber nachdenkt, ob denn dieses Geld, das wir so überdurchschnittlich in die Bildung investieren, richtig investiert ist, an der richtigen Stelle, in die richtige Struktur, dann muss man wohl weniger über die Quantität des Geldes als über die Frage der Struktur von Bildung, Schulpolitik und einzelnen Einrichtungen diskutieren.

(Beifall bei der CDU — Zuruf des Abg.
Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen])

Meine Damen und Herren, zum Argument, wir würden zu wenig Geld in die Schulbausanierung stecken! Wir haben überhaupt erst seit der großen Koalition einen Stadtreparaturfonds aufgelegt mit einem Schwerpunkt der Schulbausanierung, und wir haben in den vier Jahren der ersten Legislaturperiode 130 Millionen DM dafür eingesetzt. Wenn ich es richtig sehe, hat das Bildungsressort einen noch vorhandenen Sanierungsbedarf in den Schulen in der Größenordnung von 80,5 Millionen DM definiert.

(D)

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grü-
nen]: Minimal!)

Vorgesehen sind an Mitteln im gesamten jetzt laufenden Stadtreparaturfonds 60 Prozent für den Bildungsbereich, und das bedeutet eine Summe von 96 Millionen DM. Der Sanierungsbedarf beläuft sich dagegen auf lediglich 80,5 Millionen DM. Das heißt, wir geben 15 Millionen DM mehr für die Sanierung der Schulen in den Stadtreparaturfonds, als das Schulressort selbst an Sanierungsbedarf für die eigenen Schulen definiert hat.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, daraus wird doch deutlich, dass diese große Koalition in dem Bereich Bildung und Wissenschaft einen ganz eindeutigen Schwerpunkt setzt. Im Bereich Wissenschaft ist Bremen mit einem verbindlichen Planungsrahmen, der für die Hochschulfinanzierung ein Volumen von 3,4 Milliarden DM bis zum Jahr 2004 absichert, ohne Beispiel in Deutschland. Das bedeutet, dass wir allein in diesem Bereich bei einem insgesamt absin-

(A) kenden Landeshaushalt ein jährliches Wachstum von fünf Prozent im Wissenschaftsetat haben. Das bedeutet, dass wir in anderen Bereichen noch viel stärker sparen müssen, um diese hohen Wachstumsraten im Wissenschaftsbereich finanzieren zu können. Deshalb denke ich, dass wir diese Botschaften immer wieder sehr deutlich nach außen tragen müssen, weil doch immer wieder mit falschen Argumenten und vor allen Dingen auch häufig mit falschen Zahlen argumentiert wird.

Erstmals legt der Senat neben den kameraleen Haushaltsentwürfen, das sind die Ihnen bekannten roten und blauen Bücher, auch einen Produktgruppenhaushalt für die Jahre 2000 und 2001 vor.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Beschluss der Ampel, der Prozess!)

Ja, das ist richtig! Lieber Herr Zachau, auch hier ist es so, wir befinden uns in dieser Frage in der Entwicklung der Kommunen, und wir sind bei den Ländern einsamer Spitzenreiter. Wir sind das erste Bundesland, das in diesem Jahr einen Produktgruppenhaushalt vorlegt und ihn auch noch auf CD-ROM zur weiteren Erläuterung bringt. Dieser Produktgruppenhaushalt, der Ihnen ja mehr Informationen bringt, das sind 2,5 Kilogramm mehr Transparenz, mehr Informationen für die Abgeordneten, damit sie natürlich Kosten und Leistung gegenüberstellen können und sich auch im Grunde genommen Gedanken machen, ob das Kosten-Nutzen- und das Kosten-Leistungs-Verhältnis stimmt oder ob die Kosten in einem unangemessenen Verhältnis zur Leistung stehen.

(B)

Meine Damen und Herren, ich will auf den Produktgruppenhaushalt im Einzelnen nicht eingehen. Dieses neue System geht Hand in Hand mit seinem zweiten Instrument, dem so genannten Controlling.

Der vorgelegte Produktgruppenhaushalt ist auch ein wichtiger Teilbestand der gesamten Verwaltungsmodernisierung. Die Sanierungsstrategie, die wir haben, bedeutet den Umbau der öffentlichen Verwaltung zum Konzern Bremen, das heißt in ein modernes, effizientes, transparentes und bürgernahes Dienstleistungsunternehmen Staat, Stadt oder kommunale Selbstverwaltung in Bremerhaven. Ganz ähnlich verfahren die Kollegen in Bremerhaven auch in ihrer eigenen Entscheidungskompetenz.

Der öffentliche Dienst leistet einen großen Beitrag zum Erfolg des Sanierungsprogramms. Die begonnene Modernisierung durch Budgetierung, dezentrale Ressourcenverantwortung, Controlling, Kosten- und Leistungsrechnung, Leistungs- und Kundenorientierung wird konsequent und unter Beteiligung der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen fortgesetzt.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Zum Beispiel bei den Bürgerbüros!)

Zu Beginn dieses Jahres haben wir die Senatskommission für das Personalwesen aufgelöst und die personalwirtschaftlichen und -rechtlichen Entscheidungsbefugnisse auf die Ressorts und Dienststellen übertragen.

(C)

Ausgehend von der Neuordnung der Aufgabewahrnehmung in Landesentwicklung, Kultur und Liegenschaftswesen sollen bis zum Ende 2003 die Verwaltungsaufgaben in der Freien Hansestadt neu geordnet werden. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie staatliche Aufgaben zukünftig nach wirtschaftlicheren Gesichtspunkten und damit auch kostengünstiger für den Steuerzahler, etwa auch durch private Anbieter, erbracht werden können. Eine Lenkungsgruppe auf Staatsräteebene wird dabei durch eine Unternehmensberatung unterstützt.

Die Ergebnisse sind für uns, gerade wenn man sich die vielen Preise ansieht, die das Bundesland Bremen in dieser Frage der Verwaltungsmodernisierung gewonnen hat, kein Grund, uns auf den Lorbeeren auszuruhen, sondern sind für uns ein Ansporn. Ich bedanke mich bei den Mitarbeitern in der öffentlichen Verwaltung für die ganz besonders hohe Motivation,

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

diesen Modernisierungsprozess durchzusetzen und ihn nachhaltig zu gestalten. Es hat am Anfang hier und da ein wenig Motivationsenge gegeben, aber auch durch diese positiven Ergebnisse angestachelt hat sich die Modernisierungsdynamik ganz erheblich verdoppelt, und ich bin darüber sehr froh.

(D)

Ich komme schließlich zu der Einnahmenseite unseres Haushaltsentwurfs. Die Einnahmen entwickeln sich alles in allem befriedigend. Das Wachstum bei den originären Steuereinnahmen belief sich im Jahr 1999 sogar auf neun Prozent, so dass wir eine Stabilisierung der Einnahmenseite feststellen können.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Was sagt das Ressort dazu? Einmaleffekte! Das steht in dem Papier!)

Es sind zum Teil Einmaleffekte, wenn Sie den Länderfinanzausgleich nehmen. Bei den Steuern sind es nicht nur Einmaleffekte, sondern da gibt es einen sehr hohen Basiseffekt. Wenn Sie über Papiere reden, die wir herausgeben, dann sollten Sie die von Anfang bis zum Ende lesen, Herr Zachau, das hilft immer!

(Beifall bei der CDU — Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich!)

In den dem Haushalt zugrunde liegenden Einnahmeansätzen sind natürlich auch nicht die aus der geplanten Unternehmenssteuerreform ab 2001 resul-

- (A) tierenden Einnahmeausfälle unterstellt. Die in diesem Zusammenhang für Bremen zu erwartenden Mindereinnahmen bewegen sich, je nachdem, welches Modell man unterstellt, zwischen 100 und 300 Millionen DM. Diese Einnahmeausfälle werden, wie ich eingangs sagte, den Konsolidierungsdruck erhöhen.

Meine Damen und Herren, das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil vom November 1999 zum Finanzausgleich den Gesetzgeber aufgefordert, zeitnah ein Maßstäbengesetz und darauf aufbauend ein Finanzausgleichsgesetz zu machen. Ich will an dieser Stelle nur einmal betonen, in diesem Urteil des Verfassungsgerichts ist, gerade was die Andersartigkeit der Stadtstaaten angeht, noch einmal ausdrücklich betont, dass der Ausgleich für die Stadtstaaten, die Großstädte ohne Umland sind, eine Aufgabe der Solidargemeinschaft des Bundes und der Länder ist und nicht eine Aufgabe des Nachbarlandes. Wir sollten sozusagen den Bund und die Länder aus ihrer Solidaritätspflicht nicht ohne Not entlassen, denn ich vermute einmal, dass das Empfängerland Niedersachsen nicht in der Lage ist, das, was diese Solidargemeinschaft leisten muss, zu kompensieren.

Das Verfassungsgericht hat natürlich aufgefordert, die Einwohnerwertung im Detail zu begründen und nachzuweisen. Das werden wir im Einzelnen tun. Auch bei den Hafencosten sind wir gut gewappnet, ich habe das ausgeführt, auch bei den Kosten politischer Führung, den Fragen der Steuererlegung, der Schere, die wir zwischen Wirtschafts- und Finanzkraft und Steuerkraft haben, die geschlossen werden muss, die Frage der stärkeren Berücksichtigung der Sozialhilfelaisten, all dies sind Fragen, die in den nächsten Wochen zu diskutieren sind.

Lassen Sie mich dazu nur eines sagen: Der Prozess, in dem wir uns hier bewegen, ist kompliziert und schwierig, weil jedes Land in der Maximierung seiner Eigeninteressen gern Ideen vorbringt, die nicht mehrheitsfähig sind! Wir haben es zurzeit mit einer harten Konfrontation insbesondere mit den Ländern Bayern, Baden-Württemberg und Hessen auf der einen Seite zu tun. Es sieht so aus, als würde sich Nordrhein-Westfalen stärker auf die Schiene dieser drei Länder zubewegen.

Wenn man dem Papier dieser vier Länder folgte, dann wären die Stadtstaaten nicht mehr existenzfähig. Weil das so ist, brauchen wir eine eindeutige Mehrheit, um uns gegen diesen Druck der Südländer und gegebenenfalls Nordrhein-Westfalens zu wehren. Wir sind in einem Bündnis von zehn Ländern. Diese zehn Länder bestehen unter anderem aus drei Stadtstaaten und drei Flächenländern, die die Stadtstaaten umgeben, nämlich Brandenburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Zusammen sind das sechs von zehn Ländern.

Meine Damen und Herren, wenn nur eines dieser Länder herausbricht aus diesen zehn, verlieren wir

die Mehrheit im Bundesrat. Deshalb sind wir gut beraten, die Solidarität dieser zehn Länder in der Frage Stadtstaat/Umland gegen diejenigen zu erhalten, die uns sozusagen in der Einwohnerwertung, den Hafencosten und den Kosten politischer Führung angreifen. Wir sind nicht in der Lage, uns Kompromisse mit Bayern, Baden-Württemberg und Hessen zu leisten, weil jeder Kompromiss, den wir dort schließen, uns dreistellige Millionenbeträge kostet.

Deshalb ist es so wichtig, dass diese zehn Länder zusammenhalten und dass wir uns auf dem Weg zur Neuordnung des Finanzausgleichs auf stabile Mehrheiten im Bundesrat stützen. Deshalb werden wir nicht jede Einzelposition, die Bremen hat, sofort durchsetzen können, sondern wir müssen sehen, dass wir unsere Positionen maximal verankern in dieser Zehn-Länder-Gemeinschaft, um mit ihr am Ende das Ergebnis der Beratungen des Vermittlungsausschusses und des Bundesrates bestimmen zu können. Deshalb sage ich noch einmal, ich gehe davon aus, dass, sagen wir einmal, Arbeitsskizzen, Denkmodelle, die im Moment in diese Zehn-Länder-Runde kritisch einwirken, so lange zurückgestellt werden, bis wir denn sozusagen das, was wir für uns durchsetzen müssen, auch tatsächlich durchgesetzt haben. Das wäre insgesamt sicherlich sinnvoll.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Meine Damen und Herren, die in Jahrzehnten angehäufte Schuldenlast, der verschleppte Strukturwandel, die restriktive Flächenpolitik, die eine Abwanderung von Bürgern und Unternehmen bewirkt hat, das zu gering ausgeprägte Bewusstsein für die Metropolfunktion Bremens haben unser Bundesland im Vergleich zu anderen Ländern stark zurückgeworfen. Die große Koalition hat in den letzten Jahren den Strukturwandel beschleunigt, die Kosten gesenkt, die Flächenpolitik geändert und unsere Metropolpolitik gestärkt. Damit sind wir auf dem richtigen Weg, wie die gesamtwirtschaftlichen Zahlen zeigen.

Wir sind inzwischen, wenn Sie so wollen, vom Keller in das Erdgeschoss aufgerückt. Einige scheinen zu glauben, wir hätten bereits das Penthaus erreichen müssen, das ist absurd und unsinnig.

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/
Die Grünen]: Das haben Sie selbst erwartet!)

Wir sind am Beginn der zweiten Sanierungsphase und noch weit davon entfernt, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, aber wir können die Sanierungsziele erreichen, wenn wir Kurs halten, das bisher Erreichte nicht zerreden und unsere Kraft auf die Fortsetzung der dynamischen Entwicklung in Bremen und Bremerhaven konzentrieren. Dazu

(C)

(D)

- (A) brauchen wir die große Solidarität der großen Koalition, und dazu ertragen wir auch gelegentliche leichtgewichtige Angriffe der Opposition.

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Äußerst großzügig! Vielen Dank!)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Zachau.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Du musst dich erst einmal bedanken, dass du überhaupt reden darfst!)

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen *)): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Perschau, vielen Dank für das Leichtgewicht! Ich bemühe mich immer abzunehmen, wenigstens Sie haben es gemerkt!

(Heiterkeit)

Frei nach dem Motto unseres ehemaligen Bundeskanzlers, des ehemals schwarzen Riesen, entscheidend ist, was hinten herauskommt, möchte ich mich heute einmal ein bisschen mit der Politik anlässlich des Haushalts der großen Koalition auseinandersetzen, wobei mich übrigens sehr wundert, dass in diesem Parlament der Chef der Regierung bei der zentralen Debatte über die Politik der Regierung überhaupt nicht anwesend ist. Bremen ist wahrscheinlich das einzige Bundesland, das sich diesen Luxus erlaubt.

- (B)

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum soll er auch hierher kommen? Er kann doch nur die Grünen beschimpfen, etwas anderes hat er doch nicht drauf!)

Die bremische sehr große Koalition ist vor knapp fünf Jahren angetreten, um das Bundesland zu sanieren. Sie formulierte selbst drei wesentliche Ziele: Erstens, die Schulden müssen deutlich gesenkt werden, um Handlungsspielräume für die Zukunft zu haben. Zweitens, der Strukturwandel in der Wirtschaft soll offensiv begleitet werden, um so mehr Arbeitsplätze und mehr Einwohner zu bekommen und um damit die Steuerkraft des Landes Bremen zu erhöhen, und drittens muss die Position unseres Bundeslandes im Länderfinanzausgleich deutlich gestärkt werden, damit auch über diesen Weg eine Verbesserung der Einnahmesituation erreicht wird.

Wir sanieren Bremen, und dafür müsst ihr Bürgerinnen und Bürger Opfer bringen! Das war und ist die Grundbotschaft der großen Koalition. Das ist im

*) Vom Redner nicht überprüft.

Übrigen auch die einzige Botschaft in den gesamten Ausführungen des Finanzsenators, in der die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes überhaupt vorkommen.

- (C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wesentliche Opfer sind gebracht. Die Leistungen des Staates sind in weiten Bereichen, wie in Schulen, Kultur, Inneres und für die Kinder und Jugendlichen schlechter, und etliches bremisches Vermögen ist verkauft worden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Gegenleistungen der Koalition im Sinne ihrer eigenen Zielsetzungen und Versprechungen, und darum geht es, genauso sichtbar sind wie die Folgen der Einsparungen von Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger.

Fangen wir zur Überprüfung dieser Frage mit der Schuldenentwicklung an! Die sehr große Koalition hat jetzt einen Haushaltsentwurf für einen Doppelhaushalt und eine mittelfristige Finanzplanung vorgelegt, nach der die Schulden am Beginn der Sanierung knapp 17 Milliarden DM betragen haben und am Ende der Sanierung knapp 20 Milliarden DM betragen werden.

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist Sanierung des Haushalts!)

- (D)

Das ist Sanierung des Haushalts, eine leichtgewichtige Sanierung mit schweren Schulden!

Obwohl diverse Schuldentitel in Schattenhaushalten der öffentlichen Gesellschaften und dem Kapitaldienstfonds versteckt worden sind, so zum Beispiel Kosten der Entsorgung des TBT-belasteten Bagger-schlicks, die Kosten für die Herrichtung des Bahnhofsvorplatzes oder der Bremerhavener Schleuse, um nur einige zu nennen, obwohl also auch die Schattenhaushalte in den letzten Jahren erheblich und für die Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar ausgeweitet worden sind, nimmt der Schuldenstand in dem ordentlichen Haushalt um etwa drei Milliarden DM zu. Allein daraus ergibt sich eine Zahlungsverpflichtung von zirka 180 Millionen DM, nehmen wir die Schattenschulden noch dazu, werden es wahrscheinlich eher 250 Millionen DM sein, Jahr für Jahr strukturell!

Die sehr große Koalition hat für zirka zwei Milliarden DM bremisches Vermögen verkauft, sie hat über 16 Milliarden DM Bonner und dann Berliner Sanierungshilfe erhalten, und sie hat trotzdem den Schuldenstand unseres kleinen Bundeslandes erheblich ausgeweitet. Wir finden, dass das keine Sanierung ist, der Senator meint, unsere Kritik ist zu leichtgewichtig, dafür wiegen seine Schulden um so schwerer.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Die Bürgerinnen und Bürger werden hierfür einen hohen Preis bezahlen müssen. Zinsen sind konsumtive Ausgaben, diese will die Koalition jetzt senken, das heißt, Kultur, Bildung, Inneres, Sport, Jugend und Soziales müssen, bleibt es bei der bisherigen Senatslogik, diesen Beitrag erwirtschaften, Jahr für Jahr. Dazu kommen die strukturellen Verschlechterungen, die die Verkäufe bewirkt haben.

Der Verkauf der Wohnungsbaugesellschaften wird eine Erhöhung der Sozialhilfekosten mit sich bringen. Der Verkauf der Bremer Entsorgungsbetriebe ist mit Verlust erfolgt, wie ein jüngst veröffentlichtes Gutachten, was der Opposition kennzeichnenderweise nicht vorliegt — es wurde aber immerhin in den Zeitungen darüber berichtet —, zeigt. Statt der jährlich gut 30 Millionen DM Kapitalverzinsung, die in der Vergangenheit von den bremischen Entsorgungsbetrieben an den bremischen Haushalt abgeführt wurden, muss Bremen jetzt die Verluste des senatorischen Privatisierungsdilettantismus tragen, allein in diesem Jahr 68 Millionen DM für die Bremer Entsorgungsbetriebe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Fazit: Die Schuldenmarke befindet sich auf Rekordniveau, und der Haushalt ist strukturell durch zusätzliche Zinszahlung, Gewinnverzicht und Verkaufsverluste stärker belastet, trotz gut 16 Milliarden DM vom Bund und zahlreicher Verkäufe bremischen Vermögens. Für den Senator ist diese Kritik abwegig, aber dann waren es unter anderem die vom Verfassungsgericht gegebenen Vorgaben auch. Wir sagen, das Sanierungsziel Nummer eins, Schuldenabbau, ist nicht erreicht worden.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kommen wir zu dem zweiten Sanierungsziel, nämlich dem überproportionalen wirtschaftlichen Wachstum! Die Voraussetzungen hierfür sind in Bremen sehr günstig, der Senator hat das in einer etwas eigenwilligen Interpretation eigentlich auch bestätigt. Wir haben eine stark exportabhängige Wirtschaft, etwa die Hälfte unserer Wirtschaftsgüter gehen in den Export. Die Wirtschaft in Bremen profitiert in besonderem Maße von der Schwäche des Euros, das wissen eigentlich alle. Trotzdem liegt die bremische Wirtschaft derzeit unter dem Durchschnitt des Wachstums der Bundesländer.

Herr Perschau erklärt uns das heute als kleine Delle, weil es Anfang des Jahres die asiatische Krise, nicht etwa die Grippe, gegeben hat, und deswegen der bremische Export im Jahr 1999 wesentlich schwächer als im Jahr 1998 gewesen sei. Das ist wieder einer dieser großkoalitionären Glaubenssätze, der durch keinerlei Tatsachen belegt ist. Fakt ist, dass die bremische Exportwirtschaft ihren Auslandsumsatz im vergangenen Jahr um 4,2 Prozent stei-

gern konnte. Damit lag selbst diese Steigerungsrate noch über der des Vorjahres. Das können Sie in der „taz“ Bremen vom 26. Februar 2000 nachlesen, die Zahlen stammen von Hans-Jürgen Kröger, Wirtschaftsexperte der Arbeiterkammer Bremen. Trotzdem liegt das Wachstum Bremens unter dem Bundesdurchschnitt. Der Export war es also nicht, einmal sehen, welche nächste Variante Sie uns anbieten!

(C)

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Grünen!)

Die Grünen wahrscheinlich, ja! Das wird es sein! Wir sind mit unserem Wachstum hoffentlich bald wieder im grünen Bereich.

In der Arbeitsmarktentwicklung hat sich das Bundesland Bremen seit 1998 — die Vulkanpleite war 1995, ich möchte nur darauf hinweisen — wieder deutlich von der Bundesentwicklung abgekoppelt. Die Zahl der Arbeitsplätze sank allein um zweieinhalbtausend im Jahr 1998, und die Einwohnerentwicklung ist auch nach wie vor stark rückläufig. Das ist in dem bereits angesprochenen Artikel von Hans-Jürgen Kröger nachzulesen.

Wir sind nicht so vermessen, im Gegensatz zu manchen anderen hier im Haus, zu behaupten, dass die große Koalition diese Entwicklung verursacht hat, weil ich es, ehrlich gesagt, nicht glaube, dass der Staat und schon gar nicht so eine kleine Region wie Bremen, es schafft, wirtschaftliche Entwicklung dermaßen nachhaltig zu beeinflussen, wie hier immer behauptet wird.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die große Koalition ist mit ihrem omnipotenten Anspruch gescheitert, mit massiven Geldausgaben und Wirtschaftssubventionen die bremische Wirtschaft sowohl strukturell als auch konjunkturell per Kraftakt in eine Richtung zu zwingen. Das funktioniert offensichtlich nicht.

In keinem von der Koalition selbst proklamierten Ziel wurde auch nur eine Trendwende erreicht, ganz zu schweigen von den Zahlen, die Sie selbst hier vorgegeben haben. Ich möchte sie dann auch noch einmal nennen dürfen: 40.000 Arbeitsplätze mehr, 50.000 Einwohner mehr! Mit diesen Zahlen wurden wir in der letzten Legislaturperiode erschlagen, und mit den Zahlen haben Sie ja auch noch Wahlkampf gemacht. Wenn ich Ihre heutigen Äußerungen höre, sage ich, Sie haben die Leute getäuscht mit diesen Zahlen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Noch nicht einmal in einem der Schwerpunktbe-
reiche der Investitionen haben Sie eine Trendwende

(A) erreicht. In der Dienstleistungsentwicklung hinkt Bremen im Großstädtevergleich hinterher, auch wenn es partiell sicherlich positive Ergebnisse gibt.

(Bürgermeister P e r s c h a u : Wo hingen wir denn vor drei, vor fünf Jahren? Wo hingen wir denn bei der Ampel?)

Es gibt, lieber Herr Perschau, noch nicht einmal eine Annäherung, sondern diese Entwicklung ist nach wie vor mit Abstand von Bremen parallel. Sie haben noch nicht einmal erreicht, dass man irgendwann sagen kann, wir erreichen die anderen, sondern wir sind nach wie vor auf Distanz zu allen anderen Großstädten, wie selbst der Vater des ganzen Programms kürzlich feststellen musste, der jetzt als Direktor des BAW-Instituts für Wirtschaftsforschung für den Senator als Kronzeuge erfolgreicher Wirtschaftskonzepte herhalten muss. Das ist wahrlich eine solide Begleitung des Koalitionsprogramms, der Senator und sein ehemaliger Staatsrat projizieren die Erfolge ihres Programms in die weite Zukunft.

Wenn ich es richtig verstanden habe, soll etwa 2020 alles sichtbar werden. Da haben wir ja sogar die Hoffnung, dass Henning Scherf nicht mehr im Senat sein wird, das ist natürlich ausgesprochen praktisch, dann können er und der heutige Senat nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden, und mit den Schulden dürfen sich die nachfolgenden Generationen herumplagen.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Heute werden die Möglichkeiten staatlicher Gestaltung realistischer gesehen. Herr Staatsrat Hoffmann ist von später Erkenntnis getroffen, wenn er schreibt: „Eine isoliert autarke Strategie der Kernstadt zur Erhöhung ihrer Arbeitsplätze verfolgt zwar unstrittige Ziele, vermag aber die übergreifende Suburbanisierung allenfalls abzuschwächen, nicht zu stoppen. Umgekehrt löst die Aufgabe der Landeseigenständigkeit keines der tiefer liegenden Probleme, schon gar nicht in der Konkurrenz der Gemeinden. Da auch eine Eingemeindung des Umlandes ausgeschlossen ist, führen die bisher diskutierten Sackgassen lediglich in die Gefahr eines jahrzehntelangen Siechtums.“

Frei übersetzt heißt das in diesem Papier, wir haben mit den Wachstumserwartungen als Ziel etwas vorgegeben, was nicht funktionieren kann. Ich widerspreche Herrn Hoffmann nur an einer Stelle, die Wege der sehr großen Koalition wurden hier und auch im Wahlkampf nicht als Sackgasse diskutiert, sondern als der alleinige, absolute und alternativlose politische Weg behauptet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was bleibt? Das außerordentlich hohe Wirtschaftswachstum und die schnellen Effekte des Struktur-

wandels bleiben aus, die Zahl der Arbeitsplätze und der Einwohner ist weiter rückläufig, Sanierungsziel zwei wurde eindeutig nicht erreicht.

(C)

Kommen wir zum dritten Sanierungsziel der sehr großen Koalition! Bremens Stellung im Länderfinanzausgleich soll deutlich verbessert werden. Das ist eine Schlüsselfrage der künftigen Finanzierung unseres Gemeinwesens, denn der größte Teil unserer Einnahmen stammt aus Bundessteuern, die über den Länderfinanzausgleich umverteilt werden. Wir erinnern uns sehr ungern an die schon fast fröhliche Begrüßung des von den Südländern erwirkten Urteils des Bundesverfassungsgerichts durch den Senat. Bürgermeister Perschau setzt diese Schönfärberei heute hier fort. Nun wird aber langsam deutlich, welche tief greifenden Einschnitte dieses Urteil für Bremen bringen wird, es birgt Gefahren und bietet Chancen. Bremen muss diesen Prozess offensiv und kreativ begleiten. Das hat auch die Bürgerschaft beschlossen und wollte deshalb einbezogen werden in die Begleitung dieses Prozesses.

Das durch das Bundesverfassungsgericht vorgegebene Verfahren sieht im Kern zwei Schritte vor: Erstens, es muss ein Maßstäbengesetz durch den Bundestag und dann durch den Bundesrat verabschiedet, dieses muss dann durch eine Folgevereinbarung konkretisiert werden. Was macht der Senat in diesem Verfahren? Der Finanzsenator macht erst einmal dicke Backen. Ich zitiere: „Wir werden dieser Forderung mit aller Macht entgegentreten und für die Erhaltung der Selbständigkeit unseres Stadtstaates kämpfen!“ Das posaunt er auch heute heraus. Die Frage nach dem Wie beantwortet er leider nicht! Der Finanzsenator verkündet Durchhalteparolen zugunsten der bremischen Sonderbelastungen und betreibt ansonsten fröhlich Fundamentalopposition gegen die Steuerpolitik der rotgrünen Bundesregierung, die immerhin in Berlin die Mehrheit stellt.

(D)

Hat uns nicht die CDU immer wieder in diesem Haus vorgehalten, Bremen müsse besonders bundestreu sein, weil wir als Sanierungsland auf die Mehrheit in Bonn angewiesen sind? Ich höre das noch, immer wieder kam als einzige Antwort auf unsere Kritiken, dass man gegenüber Bonn vielleicht auch in der einen oder anderen Frage auftreten sollte. Galt das eigentlich nur für die schwarzgelbe Bundesregierung?

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Das hat aber auch etwas mit der Qualität der Vorschläge zu tun!)

Ich meine, die Qualität der Arbeit der Bonner Regierung stellt sich ja inzwischen auch in einem deutlichen Licht dar, wenn ich mir manche Finanzvorgänge, manche Staatssekretäre Ihrer Regierung, die heute in Indonesien weilen, anschau. Insofern wür-

(A) de ich mit der Qualität an der Stelle ausgesprochen vorsichtig sein!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mit wem will Herr Perschau denn bremische Interessen im Bundestag durchsetzen, wenn nicht mit der Berliner Mehrheit? Liebe Genossinnen und Genossen von der SPD, gestatten Sie mir diese — —!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Oh, er fällt in alte Zeiten zurück!)

Auf jeden Fall hören Sie mir jetzt wenigstens zu! Horchen Sie einmal in die Berliner Fraktion Ihrer Partei! Die sind nicht sehr freundlich, wenn die Rede auf Bremen und Herrn Perschau kommt.

(Zuruf der Abg. Frau J a n s e n [SPD])

Unsere sind schon gar nicht freundlich mit ihm! Bei seinen eigenen Parteifreunden aus der Südschiene hat Herr Perschau auch nichts bewegt, wie wir dieser Tage der Presse entnehmen konnten. Was macht eigentlich der Finanzsenator konkret, wenn er nicht gegen die Unternehmensteuerreform opponiert? Was er, außer Sprüche zu klopfen, tut, können wir nicht sagen, aber was er nicht tut, ist sichtbar.

(B) Zum Maßstäbengesetz sind keinerlei bremische Aktivitäten zu verzeichnen. Inhaltlich gibt es keine Debatte zu möglichen bremischen Positionen. Es gibt auch keine mehrheitlich artikulierten Positionen. Gesprächsangebote an die Bremer Opposition, die ja Teil der Berliner Mehrheit ist, daran kommt noch nicht einmal Herr Perschau vorbei, hat es bisher nicht gegeben, folglich auch keine Verabredung über ein mögliches bremisches Vorgehen. Allerdings haben wir jetzt immerhin einen Unterausschuss des Haushaltsausschusses zur Begleitung des Prozesses eingerichtet, nachdem wir Grüne einen Bericht über die Strategie des Senats eingefordert hatten. Eine solche konnte uns der Senat bisher leider nicht erklären, obwohl dieses Parlament doch beschlossen hatte, an dem Verfahren beteiligt zu werden, wohl gemerkt vier Monate nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes! Der Senat stochert immer noch im Nebel.

Wir als Grüne sind nicht der Nabel der Welt, das weiß ich auch, wir sind eine kleine, aber fleißige Partei, aber wir können in dem komplizierten Willensbildungsprozess ein wichtiges Mosaiksteinchen sein, und dieses Angebot wiederhole ich heute eindeutig in der Hoffnung, dass Sie damit künftig konstruktiver umgehen als in der Vergangenheit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt keine Initiative des Senats in Richtung Deutscher Städtetag, obwohl das Bundesverfas-

sungsgericht die Einbeziehung der Städte in das Prozedere des Verteilungsausgleichs fordert. Ein Teil unserer Probleme, etwa die Sozialhilfelasten, resultiert aus unserer Großstadtsituation und nicht aus der Stadtstaatsituation. Hier ergäbe sich die Möglichkeit, ganz andere Bündnispartner in der kommenden Auseinandersetzung zu gewinnen.

Es gibt auch keine Initiative wie in Hamburg, wo alle Kräfte der Stadt, übrigens auch die oppositionelle CDU, mit der Aktion „Allianz für Hamburg“ ins Boot geholt wurden. Wo bleibt eigentlich die politisch notwendige Stadtstaateninitiative? Es gibt nur drei Stadtstaaten, und die müssen sich verdammt gut abstimmen. Fehlanzeige! Diese sehr große Koalition scheint es nicht nötig zu haben, Bündnispartner zu gewinnen. Anders kann man ihr Verhalten nicht interpretieren.

Kämpfen um Besitzstände ist wichtig, aber es reicht nicht. Im Rathaus haben das einige gemerkt. Sie haben nachgedacht und andere mögliche Strategien entworfen. Nachdem die CDU-Senatoren den Umlandgemeinden seit Jahr und Tag den Flächenkampf ansagen und Kooperationen verweigern, holt nun der rote Koalitionspartner zum ganz großen Schlag aus. Staatsrat Hoffmann droht den Umlandgemeinden, übrigens ganz und gar nicht bremisch zurückhaltend, mit einer Art Zollgrenze, wenn sie Bremen nicht finanziell unterstützen würden. Schade eigentlich! In dem Papier von Herrn Hoffmann stecken — —.

Jetzt fehlt mir eine Seite!

(Heiterkeit — Abg. E c k h o f f [CDU]: Die hat Hoffmann! Das war die einzig inhaltliche Seite!)

Nobody is perfect, aber ich freue mich, zu Ihrer Unterhaltung beigetragen zu haben! Jetzt muss ich aufpassen, dass ich nicht alles durcheinander bringe. Ich mache freihändig weiter.

In dem Papier von Herrn Hoffmann stecken viele gute Ansätze, Hannover und Stuttgart bewegen sich in die Richtung einer solchen Kooperation, aber die Überheblichkeit und Arroganz der sehr großen Koalition in Bremen wird zum gefährlichen Bumerang, wenn sie einfach nach außen getragen wird. Damit wird unendlich viel Porzellan zerschlagen. Niedersachsen ist flächendeckend sauer, die Forderung nach einer formalen Entschuldigung wurde gerade noch abgewehrt, und auch die anderen möglichen Bündnispartner werden verschreckt.

Henning Scherf, der mit ganz wenigen Ausnahmen doch nun wirklich fast alle als seine Freunde bezeichnet und das Hoffmann-Papier übrigens zunächst als Riesenchance bezeichnet hat, steht plötzlich als unberechenbarer Brandstifter da. Uwe Barnsen kommentiert das bremische Verhalten in der „Welt“ — Lokalausgabe Hamburg — wie folgt, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten:

(C)

(D)

(A) „Bislang konnte man mit einiger Verlässlichkeit davon ausgehen, dass die Bürgermeister der beiden Stadtstaaten an Elbe und Weser sich angesichts ihrer wesentlich gleichgerichteten Interessenlage in Sachen Länderfinanzausgleich miteinander abstimmen. Der Spitzengenosse und Oberkoalitionär Scherf hat jedoch, ohne sich mit seinem Koalitionspartner CDU und deren Finanzsenator Hartmut Perschau abzustimmen, ein brisantes Papier erarbeitet und auch verschicken lassen, das flächendeckend böses Blut erzeugt hat.“ Weiter: „Wer sich mit Bürgermeister Ortwin Runde in Sachen Länderfinanzausgleich in die Allianz für Hamburg und auf die Reise in den gegnerischen Süden begibt, muss einigermaßen sicher sein können, dass die Mitreisenden aus Bremen nicht mit politischen Sprengkörpern herumspielen, die die Pferde scheu machen und das Gepäck demolieren.“

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dies sagt Herr Barnsen, nicht dass ich hier noch einen Ordnungsruf bekomme!

„Wenn eine solche Gewissheit nicht herzustellen sein sollte, sind wir Hamburger gut beraten, auf eine solche Reisegesellschaft zu verzichten und uns unsere eigenen Bundesgenossen zu suchen.“ Soweit zur Stadtstaateninitiative des bremischen Senats!

(B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es zeigt sich, die für Bremen sehr große Koalition erweist sich im Hinblick auf die Bundesebene eher als klein und hässlich. Sie wirbt nicht um Bündnispartner für die existentiellen Anliegen unseres Bundeslandes, sondern verprellt mögliche. Sie hat nicht den geringsten Ansatz einer gemeinsamen Strategie, sondern praktiziert unvereinbare Positionen. Scherf blinkt links, biegt rechts ab, Perschau blinkt überhaupt nicht und fährt gegen die Wand, wie auch immer!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Finanzsenator übt sich in Fundamentalopposition gegen die Steuerpolitik der Berliner Mehrheit und ist ausschließlich auf die Besitzstände fixiert. Von ihm kommen keine Impulse, keine neuen Ideen, keine anderen Politikansätze.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber er hat die rosarote Brille!)

Ja gut, die braucht man auch!

An welchen Punkten wäre beispielsweise eine Ausweitung der Steuerhoheit der Länder und Gemeinden denkbar? Wie kann künftig ein Ausgleich für die unterschiedlichen Soziallasten erfolgen? We-

ge sind gefragt, Herr Perschau, und kein schwarzer Beton! Das Rathaus stellt diese Fragen auch nicht und verprellt mit seinem selbstherrlichen Vorgehen stattdessen den Rest der möglichen Bündnispartner. Kurzum, die sehr große Koalition verfügt über keine abgestimmte politische Strategie vier Monate nach dem Urteil, praktiziert viel Parteitaktik und verspielt damit die Chance auf eine verbesserte Einnahmesituation durch einen neuen, verbesserten Länderfinanzausgleich. Auch das Sanierungsziel drei wird nicht erreicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die sehr große Koalition hat also keinen Weg, der zum Ziel, Rettung Bremens, führt. Sie hat ihre eigenen gesetzten Zielsetzungen verfehlt. Trotzdem verlangt sie weiterhin Opfer von der bremischen Bevölkerung, um dieses mit ihren Mitteln nicht erreichbare Ziel doch noch zu erreichen. Sie schiebt die Risiken ihrer Politik der Überschuldung auf die kommenden Generationen.

Vor dem Hintergrund des offensichtlichen Scheiterns der Sanierungspolitik der sehr großen Koalition stellen wir die Frage: Was ist eigentlich wichtig für dieses Land und für seine Bewohnerinnen und Bewohner? Diese kommen in den Ausführungen des Finanzsenators schon nicht mehr vor. Wir beantworten die Frage anders als die Politik des derzeitigen Senats.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für die Zukunft unseres Landes spielt die Qualifikation der kommenden Generationen eine ganz wesentliche Rolle. Wissen ist das Wirtschaftsgut der Zukunft. Gut strukturierte Gedanken zum Beispiel in Form von Software sind heutzutage die am besten zu verkaufenden Waren. Bill Gates' Produkte sind nichts weiter als klug strukturierte Gedanken. Deswegen halten wir den Investitionsbegriff der großen Koalition für antiquiert, weil er die reale Veränderung wirtschaftlicher Tätigkeit einfach nicht zur Kenntnis nimmt.

Die heutigen Ausführungen des Finanzsenators hierzu sind auch nicht gerade von Solidität geprägt. Wenn Sie für 100 Millionen DM Computer kaufen und diese in die Schulen stellen, ist das eine Investition nach Haushaltsrecht, das ist doch ganz eindeutig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der relativ hohe Anteil von Personalkosten in Ihrem Wirtschaftspolitischen Aktionsprogramm ist haushaltsrechtlich konsumtiv, das ist auch eindeutig. Sie ignorieren das in Ihrer Argumentation und behaupten einfach, Bildung ist konsumtiv und schlecht, Beton und Wirtschaftssubventionen sind

(C)

(D)

(A) investiv und gut. Das mögen Sie so sehen, das ist Ihre politische Bewertung, aber durch das Haushaltsrecht ist das nicht gedeckt. Statt in Beton wollen wir in Köpfe investieren. Gerade die aktuelle Diskussion über die Green Card zeigt doch, dass die Defizite der CDU genau in diesem Bereich liegen.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Aber es gibt auch Betonköpfe!)

Ja, Ihre Betonköpfe, Herr Töpfer, das ist das Problem! So wie Sie in der Bundesrepublik, meine Damen und Herren von der CDU, die Entwicklung verschlafen haben, tun Sie es in Bremen schon wieder. Wer will, dass Bevölkerung in Bremen und Bremerhaven bleibt, wer will, dass Menschen hierher ziehen, der muss auch für lebenswerte Städte sorgen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Dazu gehören Schulen und Kindergärten, Jugendeinrichtungen, Selbsthilfegruppen und Beratungseinrichtungen für Menschen, die Hilfe brauchen. Projekte, die alternative Wohnformen praktizieren, gehören genauso dazu wie solche, in denen verschiedene Altersgruppen zusammenleben können.

(B) By the way, lieber Herr Perschau, von Metropole schwadronieren und alternative Wohnformen zerstören, das passt einfach nicht zusammen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD — Unruhe bei der CDU)

Entweder Metropole und weltoffen oder provinziell und Gartenzwergidylle! Sie müssen sich schon entscheiden, Gartenzwerg oder Metropole, da gibt es keine Alternative.

Wir vom Bündnis 90/Die Grünen fordern einen Kurswechsel in der bremischen Politik. Nur durch deutliche Korrekturen kann unser kleines Bundesland auf den Weg gebracht werden, wieder zu gesunden. Elementar in diesem Prozess ist ein fairer Interessensausgleich zwischen Investitionen und den Bedürfnissen der Bevölkerung. Erfolgt dieser nicht, dann kann eine politisch hochbrisante Stimmung entstehen, in der Populisten von rechts und möglicherweise auch von links Tür und Tor geöffnet werden.

(Zuruf der Abg. Frau D r e y e r [CDU])

Ich habe von Populisten gesprochen, Frau Dreyer! Ich weiß nicht, warum Sie sich da angesprochen fühlen.

Für uns gelten für die kommenden Haushaltsberatungen folgende Eckpunkte: Erstens, wir werden in den Haushaltsberatungen eine Abkehr von

(C) der Verschuldungspolitik fordern. Unser Ziel lautet, die Neuverschuldung muss abgebaut werden. Wir haben damit unsere bisherige Position deutlich korrigieren müssen, denn bisher wollten wir Schulden tilgen, so wie es der Senat der Ampelkoalition begonnen hatte. Aber die Ausgabenpolitik des großkoalitionären Senats hat diese Option aktuell zunichte gemacht.

Zweitens: Zur Verbesserung der Einnahmesituation fordern wir eine offene und offensive politische Begleitung der Willensbildung im Rahmen des Länderfinanzausgleichs! Wir fordern eine Aktion, meinestwegen Allianz für Bremen, an der alle relevanten Kräfte in Bremen beteiligt werden sollen! Mit dem Unterzeichnerkreis der Bremer Erklärung besteht eine gute Ausgangsbasis, und daran, Herr Teiser, Sie waren damals ja noch in Bonn und haben diesen schwarzen Riesen mit seinen schwarzen Kassen unterstützt, daran sind auch die Grünen beteiligt gewesen.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Was, an der Sache von Teiser? Das ist interessant!)

Ferner fordern wir den Senat auf, endlich die Stadtstaateninitiative auf den Weg zu bringen, um die Verhandlungsposition der betreffenden Länder deutlich zu verbessern! Dass Sie diese Entwicklung dermaßen verschlafen haben, ist mir völlig unverständlich, aber es ist so.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Sie haben ja auch damals darauf hingewiesen!)

Natürlich, wir haben darauf hingewiesen, Herr Teiser, wir waren sogar mit dem Haushaltsausschuss in Berlin, und da haben wir es sogar über die Fraktionen hinweg vereinbart. Passiert ist leider nicht so viel. Aber das ist Ihr Problem. Fragen Sie einmal bei Ihnen in der Partei nach! Herr Perschau bestreitet, dass wir die Stadtstaateninitiative brauchen, gut, das ist auch ein Weg.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Nein, dass Sie Ahnung haben, hat er bestritten!)

(D) Eine entsprechende Initiative soll der Senat auch im Hinblick auf den Deutschen Städtetag auf den Weg bringen, damit die speziellen Probleme der deutschen Großstädte angemessen in die Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs eingebracht werden. Schließlich wollen wir, dass die Eckpunkte eines Maßstäbengesetzes, die politischen Eckpunkte, die wir aus Bremer Sicht für notwendig halten, diskutiert und formuliert werden, damit der Diskussionsprozess durch uns offensiv vorangetrieben werden kann. Ziel für Bremen muss es sein, das nach wie vor bestehende strukturelle Defizit im Rahmen einer Neuordnung zu beseitigen oder zumindest deutlich zu verringern.

(A) Drittens: Dieser Prozess soll nach unserer Auffassung durch starke Eigenanstrengungen begleitet werden. Wir treten dafür ein, dass die Ausgaben unseres Gemeinwesens nicht ausgeweitet werden. Wir wollen, dass die Finanzierungsräume für Projekte nicht länger als zehn Jahre laufen, damit die nachfolgenden Generationen nicht übermäßig durch unsere Entscheidungen belastet werden. Wir wollen endlich Strukturreformen im öffentlichen Dienst. Das Dienst- und Tarifrecht soll so weit wie möglich regionalisiert werden.

Die Ausgründung wollen wir unter dem Kostengesichtspunkt überprüfen, weil die Verwaltung nicht schlanker, sondern umfangreicher geworden ist. Die Verwaltung soll kundenorientiert dezentralisiert werden, damit die Haushaltsreform, die Sie angesprochen haben, sich auch endlich im praktischen Verwaltungshandeln wieder findet, nämlich die Leistung für die Bürgerinnen und Bürger. Das ist das Zentrum und nicht, dass wir viel Papier haben. Das war nicht das Ziel.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Viertens: Die Projekte des ISP und des Sonder-ISP sollen auf den Prüfstand gestellt werden. Die Verkehrs- und Gewerbeflächen sowie die Großprojekte im Bereich des Tourismus und des Einzelhandels wollen wir radikal reduzieren. Auch die Projekte im Wissenschaftsbereich gehören auf den Prüfstand. Wir wollen hier eine stärkere Verzahnung mit Privatinvestitionen erreichen.

(B)

Fünftens werden wir neue Schwerpunktsetzungen im Bereich Bildung und Qualifizierung, insbesondere im naturwissenschaftlichen, technischen und ökologischen Bereich beantragen. Ebenso verlangen wir neue Schwerpunktsetzungen im Bereich Gesundheit. Für Bremerhaven werden wir eigene Schwerpunktsetzungen beantragen wie zum Beispiel im Bereich neuer Verkehrskonzepte an der Schnittstelle zwischen Wasser, Straße und Schiene. Wir setzen nicht auf Kraftakte, sondern auf systematische Entwicklung vorhandener Potentiale unseres Bundeslandes, ganz im Sinne einer lernenden Region.

Schließlich fordern wir sechstens eine gesellschaftspolitische Begleitung des Strukturwandels durch Angebote im Bereich der Kinder- und Jugendbetreuung sowie den Erhalt der kulturellen Vielfalt dieser Stadt ein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Schließlich, das ist mehr eine technische Frage, die wird aber in den Beratungen auch eine Rolle spielen, wollen wir das Controllingwesen deutlich intensivieren. Die Koalitionsfraktionen haben uns schon im Vorfeld signalisiert, dass wir in dieser Frage an einem Strang ziehen. Darauf freuen wir uns.

Die große Koalition zeigt, dass sie in weiten Feldern nicht mehr in der Lage ist, die Zukunft zu gestalten. Hierzu reicht es eben nicht aus, mit viel Geld Stimmungen zu erzeugen und die nahe stehende Klientel zu bedienen, die bei einer sehr großen Koalition naturgemäß auch sehr groß ist, sondern tragfähige Konzepte und eine pragmatische Politik sind gefragt.

(C)

Bei der Gestaltung Bremens und Bremerhavens fehlen bei Ihnen die Gemeinsamkeiten. Sie haben in zentralen Politikfeldern überhaupt keine gemeinsame Basis. In der Bildungspolitik sind Sie zerstritten und knauserig, in der Kulturpolitik sind Sie ideenlos, in der Sozialpolitik verkennen Sie die Wichtigkeit der vielen sozialen Initiativen in unseren Städten. Sie einigen sich nicht, in welchem Umfang Sie die Flächen in der EU anmelden wollen. Ihre Haushaltspolitik belastet die künftigen Generationen und nimmt ihnen die Gestaltungsspielräume der Zukunft. Zur Bundespolitik befindet sich die Koalition zumindest in der Finanzpolitik in der Opposition.

Statt des vermeintlichen Ampelgehampels, das war dagegen noch relativ harmlos, weil die Konflikte noch ausgetragen wurden und nicht unter den Teppich gekehrt wurden, wie das bei Ihnen ist, haben wir heute die gegenseitige Blockade zweier tönerer Riesen in wesentlichen Politikfeldern. Wozu brauchen wir in Bremen eigentlich noch eine große Koalition? — Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich eine Frauengruppe des Dokumentationszentrums Blumenthal der Volkshochschule in Bremen-Nord ganz herzlich begrüßen.

(Beifall)

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Zachau, mit der gebotenen Zurückhaltung möchte ich als Vertreter der sehr großen Koalition die sehr kleine Opposition darauf hinweisen, dass Politik eigentlich nicht nur daraus besteht, dass man Probleme aufzählt und sie mehr oder weniger zutreffend analysiert, sondern dass Politik doch in erster Linie Lösungen erarbeiten muss.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Da, lieber Kollege Zachau, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört, sind Sie uns nicht nur einiges, sondern fast alles heute in Ihrer Rede schuldig ge-

(A) blieben. Dass Politik unter Sanierungsbedingungen kein Spaziergang sein würde, wussten wir schon.

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/
Die Grünen]: Wir auch!)

Machen Sie uns doch einmal Vorschläge, mit denen wir uns dann ernsthaft auseinandersetzen können! Heute müssen wir leider konstatieren, insofern Fehl-anzeige!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Senat legt heute einen Haushalt vor, der voraussichtlich nicht identisch sein wird mit dem Zahlenwerk, das wir im Juni als Haushaltsgesetzgeber beschließen werden. Die autonome Willensentscheidung gehört zum Wesen parlamentarischer Debatten, und so wird es auch bei den Haushaltsberatungen sein.

Eine erste Lesung, wie wir sie heute vornehmen, kann deshalb nicht jede Zahl festklopfen, sondern muss auf die richtige Richtung achten, auf die richtigen Weichenstellungen. Das große Ziel, unter das sich auch dieser Haushaltsentwurf einordnet, ist die Fortsetzung des Sanierungskurses. Der vom Senat vorgelegte Entwurf fügt sich ein in eine solide Finanzpolitik für Wachstum, für Beschäftigung und für Strukturwandel. Wir halten an dem Ziel fest, im Jahre 2005 einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen. Die Summe der Nettokreditaufnahme soll also das Investitionsvolumen nicht mehr übersteigen.

(B) Meine Damen und Herren, Hoffnungen machen einige Daten der jüngsten Zeit. Die Arbeitsmarktdaten signalisieren seit Monaten zunehmende Entspannung auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote sank im Jahresdurchschnitt 1999 um 0,8 Prozent, vor allem im zweiten Halbjahr 1999 gelang der Abbau der Arbeitslosigkeit im Lande Bremen deutlicher als im übrigen Bundesgebiet.

(Beifall bei der SPD)

Die Stimmung in der Wirtschaft ist gut. Die aktuelle Konjunkturumfrage der Handelskammer belegt dies. Im verarbeitenden Gewerbe liegt die Umsatzentwicklung über dem Bundesdurchschnitt. Auch Tourismusbranche, Gastgewerbe und Hafenumschlag verzeichnen starke Zuwachsraten. Der Abwanderungstrend aus der Hansestadt ins Umland hat sich im vergangenen Jahr abgeschwächt. Aber es gibt auch andere Stimmen. So attestieren das Statistische Landesamt wie das Bremer Institut für Wirtschaftsforschung dem Land Bremen ein Wirtschaftswachstum, das sich nach zeitweise überdurchschnittlicher Entwicklung wieder abgeschwächt hat. Der erhoffte Boom auf dem Dienstleistungssektor sei bislang ausgeblieben.

Dennoch, ich denke, das Fazit ist erlaubt, die Signale weisen auf einen positiven Trend. Der Anstieg der Auftragseingänge, die optimistischen Erwartungen der bremischen Wirtschaft und ihre stärkere Investitionsbereitschaft sind deutliche Signale, die sich durch die Steuerreform der Bundesregierung noch verstärken werden.

Meine Damen und Herren, notwendiger Bestandteil unserer Sanierungsstrategie ist, Bürgerinnen und Bürgern bei Ausstattung und Angebot an öffentlichen Leistungen Einschränkungen und Veränderungen zuzumuten und gleichzeitig die Investitionsquote sehr hoch zu halten. Die Projekte des Investitions Sonderprogramms werden allerdings ausschließlich aus Sanierungshilfen finanziert. Wir setzen hier Mittel ein, die wir ohne das Sanierungsprogramm gar nicht hätten, Mittel, die wir also nicht für konsumtive Zwecke ausgeben dürfen. Vorhaben wie Space-Park, Internationale Universität Bremen oder das Biotechnologiezentrum sind wichtige Bausteine des eingeleiteten Strukturwandels zu einem modernen dienstleistungs-, technologie- und innovationsorientierten Stadtstaat.

Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven stärken. Zugleich aber möchten wir durch Investitionen die Attraktivität des Landes als Lebens- und Wohnort dauerhaft verbessern.

(Beifall bei der SPD)

Nur so, meine Damen und Herren, werden wir die Abwanderung von Einwohnern ins Umland weiter begrenzen. Deshalb unternehmen wir zum Beispiel größte Anstrengungen, um die Bäderlandschaft der Stadt Bremen zu erhalten. Im Übrigen, auch darauf möchte ich hinweisen, sind wir fest entschlossen, sparsamste Mittelverwendung auch im Investitionsbereich sicherzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Für Projekte der Wirtschaftsförderung müssen hinsichtlich der Einhaltung des Kostenrahmens und der Wirtschaftlichkeit dieselben strengen Maßstäbe angewendet werden wie für Projekte im Kultur-, Jugend- oder Sozialsektor.

(Beifall bei der SPD)

Fehlinvestitionen oder Mitnahmeeffekte müssen ausgeschlossen sein. Die bremische Investitionspolitik muss sich für die Menschen in Bremen und Bremerhaven lohnen. Wenn wir in Marketing- und Tourismusprojekten investieren, sollen davon nicht nur einige Entwickler-, Finanzierer- und Betreibergesellschaften verdienen, sondern damit müssen Arbeits-

(C)

(D)

(A) plätze in Bremen und Bremerhaven geschaffen werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Bremen ist ein Haushaltsnotlageland. Wir erhalten Sanierungsmilliarden vom Bund. Für die Zusage dieser Sanierungshilfen hat sich Bremen zu weitreichenden eigenen Sanierungsleistungen verpflichtet. Bisher hat das Land diesen Eigenbeitrag erbracht, wie Bund und Länder einvernehmlich festgestellt haben.

Bei den für die Zukunft der Eigenstaatlichkeit Bremens außerordentlich wichtigen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die künftige Finanzverteilung wird uns der vorliegende Haushaltsentwurf als Ausdruck der Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit unserer Eigenanstrengung unterstützen. Der Haushaltsentwurf zeigt ohne Beschönigungen, wie drastisch gespart werden muss, wie tief die Einschnitte sein werden, wie sehr sich die Leistungen der öffentlichen Hand auf das Unvermeidliche und Unverzichtbare reduzieren werden. Zugleich müssen wir unsere Mitbürger davon überzeugen, dass wir unsere Politik auch unter schwierigen Rahmenbedingungen an sozialer Gerechtigkeit ausrichten. Uns ist klar, nur wenn niemand das Gefühl zu haben braucht, es werde Politik gegen ihn gemacht, können wir von den Bürgerinnen und Bürgern Engagement und aktive Mitwirkung an der Gestaltung der Zukunft unseres Stadtstaates erwarten.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Nur wenn wir es schaffen, möglichst vielen das Gefühl zu vermitteln, dass wir Politik für und nicht gegen sie machen, kann uns die schwierige Gratwanderung zwischen Sparen und Investieren in sozial gerechter Verantwortung gelingen. Wir wollen beim Sparen keinen Crashkurs fahren. Wir gehen vielmehr so behutsam wie möglich vor und folgen dabei längerfristigen Strategien. Um die Einsparvorgaben in den einzelnen öffentlichen Aufgabenfeldern zu realisieren, werden wir mit Leistungserbringern und -empfängern mehrjährige Kontrakte über verbindliche Umbau- und Rationalisierungsmaßnahmen abschließen.

Der vorliegende Haushalt beinhaltet Investitionen in die Vor- und Überleitungsfinanzierung solcher neuen und langfristig kostensenkenden Strukturen. Sie sind Beispiel dafür, wie wir Sparen mit Umbau und Gestalten verbinden können. Weil er Erfolg verspricht, sind wir entschlossen, diesen und andere ungewohnte Wege zu gehen. Wer sich dagegen darauf beschränkt, Horrorszenarien zu entwickeln, verliert wertvolle Zeit zur Lösung drängender Probleme.

Wir werden offensiv an die vor uns liegenden Aufgaben herangehen. Dass wir dies nicht ohne, schon

gar nicht gegen, sondern ganz entschieden mit den Bürgerinnen und Bürgern tun wollen, betone ich hier noch einmal. Damit sie uns auf dem Sanierungsweg begleiten, haben sie Anspruch auf Transparenz und Überprüfbarkeit politischer Entscheidungen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen aktive, mündige Bürgerinnen und Bürger. Ihrer Kritik stellen wir uns, ihre Vorschläge nehmen wir ernst.

Meine Damen und Herren, das Gesamtwohl hat Vorrang vor Einzelinteressen. Dieser Satz der Koalitionsvereinbarung steht außer Frage. Es gilt aber auch: Das Wohl der Bürgerinnen und Bürger des Landes muss für die Politik Leitlinie allen Handelns sein. Sie muss daher alles daransetzen, dem Eindruck entgegenzuwirken, das Wohl des Einzelnen werde etwa der abstrakten Idee bremischer Eigenstaatlichkeit geopfert. Ich könnte mir in diesem Zusammenhang vorstellen, durch sparsamstes Vorgehen bei der Realisierung des ISP-Programms einige Millionen DM als Impulse für eine lebenswerte Stadt bereitzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Mit diesem Geld könnten einige kleinere Investitionen verwirklicht werden, die zwar auch die Wirtschaftskraft stärken, aber in mindestens gleicher Weise die Lebensqualität in Bremen und Bremerhaven erhalten und verbessern.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Wichtigstes Kriterium für die Entscheidung, welche Vorhaben mit diesem Geld finanziert werden, könnten nach meiner Auffassung die von möglichst vielen Bremerinnen und Bremern, Bremerhavenerinnen und Bremerhavenern erfahrenen unmittelbaren Wirkungen solcher Projekte sein: Investitionen in die kulturelle Infrastruktur, in die Sicherheits- und Gesundheitsinfrastruktur, um nur Beispiele dafür zu nennen. Solche, ich nenne es einmal Impulsgelder könnten ausschließlich für solche Planungen verwendet werden, deren Realisierung im übrigen Haushalt trotz nachdrücklichen Bemühens nicht gelingt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich lade Sie ein, dass wir über diese Vorschläge nachdenken. Ich denke, es könnte ein Weg sein, nicht nur das eine oder andere wichtige Vorhaben zusätzlich zu finanzieren, sondern es könnte auch ein Weg sein, die unabdingbare Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern für unseren Sanierungsweg zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

(A) Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund enger finanzieller Rahmenbedingungen müssen wir allerdings Prioritäten und Schwerpunkte immer auch unter Berücksichtigung des Finanzierbaren setzen. Hierzu einige Beispiele: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist für Sozialdemokraten die vorrangige Aufgabe.

(Beifall bei der SPD)

Ich sagte bereits, erste Erfolge auf dem Arbeitsmarkt berechtigen zu Hoffnungen. Dennoch bleibt die Lage insbesondere in Bremerhaven schwierig und unbefriedigend. Fortführung und Ausbau aktiver Arbeitsmarktpolitik haben für uns trotz des Sparzwangs Priorität.

(Beifall bei der SPD)

Das Programm „Hilfe zur Arbeit“, das Sozialhilfeempfänger ins Berufsleben zurückführt, soll in den nächsten Jahren deutlich ausgebaut, das Stellenangebot auf 2000 verdoppelt werden. Auf diese Weise verfolgen wir eine doppelte Strategie. Teilnehmer des Programms werden vom Staat finanziell unabhängig, und der Staat wird auf längere Sicht von einem Teil seiner drückenden Sozialhilfelasten befreit. Das Bündnis für Arbeit und Ausbildung wurde erfolgreich fortgesetzt. Es gibt eine Reihe von konkreten Verabredungen der Bündnispartner mit dem Ziel, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Die Bekämpfung der Schwarzarbeit steht ebenso auf der arbeitsmarktpolitischen Agenda des Landes Bremen wie die Entwicklung neuer Arbeitszeitmodelle.

(B)

Meine Damen und Herren, der Bildungsbereich ist und bleibt für die SPD-Fraktion ein weiterer deutlicher Schwerpunkt. Die von uns durchgesetzte Erhöhung der Ressortekwote ist Ausdruck dieser Gewichtung.

(Beifall bei der SPD)

Das in den Haushaltsentwurf eingestellte höhere Budget ist sicherlich nicht geeignet, alle Wünsche zu erfüllen, bietet aber eine gegenüber der vorangegangenen Legislaturperiode weitaus günstigere Ausgangsbasis. Der immense Sanierungsbedarf der Schulen ist unbestritten. Über den Stadtreparaturfonds werden wir nun 30 Millionen DM pro Jahr in die Sanierung der Gebäude investieren. Wir sind uns bewusst, dass auch diese Summe noch nicht ausreicht, um alle Bedarfe zu decken. Mir macht aber Mut zu erleben, mit welcher Entschlossenheit unser Bildungssenator Willi Lemke unkonventionelle Ideen entwickelt, neue Wege prüft und nutzen will.

(Beifall bei der SPD)

Sein Vorgehen weist in die richtige Richtung. Wir Sozialdemokraten werden ihn und jeden, der eben-

so konstruktive Innovationen präsentiert, tatkräftig unterstützen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Eine der wichtigsten bildungs- und sozialpolitischen Projekte dieser Legislaturperiode ist die flächendeckende Einführung der verlässlichen Grundschule mit dem Ziel eines möglichst umfassenden und einheitlichen pädagogischen Angebots für Grundschulkindern. Hier sind Bildungs- und Sozialressort neue Wege der Kooperation gegangen. Diese ressortübergreifende Zusammenarbeit wird, da bin ich ganz sicher, die verlässliche Grundschule zu einem Erfolgsmodell unserer Politik machen. Allerdings wird es eine wichtige Aufgabe in den bevorstehenden Haushaltsberatungen sein, dass wir dafür auch die notwendigen finanziellen Ausstattungen schaffen.

Mit der Beschlussfassung der Bildungsdeputation in der vergangenen Woche ist ein konstruktiver Weg gefunden worden, die vollen Halbtagsschulen in das neue Konzept einzubinden. Neue Wege der Kooperation sehen wir auch in der zwischen dem Bildungsminister und der Handelskammer verabredeten Zusammenarbeit, die auf eine Qualitätsoffensive für praxisorientierte Schulabschlüsse zielt. Das engere Zusammenrücken von Wirtschaft und Schule wird die Berufschancen junger Menschen sicherlich verbessern.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Die begrüßenswerte Vereinbarung entlastet die Wirtschaft allerdings nicht davon, allen Jugendlichen, die dies wünschen, einen Ausbildungsplatz zu verschaffen und so einen wichtigen Beitrag zur Sanierung des Landes Bremen zu leisten.

(Beifall bei der SPD)

Unter das Motto „Sparen und Erneuern“ hat Sozialsenatorin Hilde Adolf die Bewältigung der vor ihr liegenden Aufgaben gestellt. Sie schafft die Voraussetzungen dafür, die Gratwanderung des verordneten Nullwachstums der Sozialhilfeausgaben zu bestehen. Sie ist auf gutem Wege zu zeigen, dass die Angleichung unserer sozialen Standards an die anderer Länder nicht zu einer schlechteren sozialen Versorgung in unserem Lande führen muss.

(Beifall bei der SPD)

Der von Hilde Adolf in Angriff genommene Umbau ist darauf ausgerichtet, mehr Effizienz bei der Leistungserbringung mit der Absicherung der Hilfsangebote für wirklich Bedürftige zu koppeln. Dabei soll insbesondere das Potential der Selbsthilfemöglichkeiten der betroffenen Menschen gestärkt wer-

(A) den, damit sie mehr Verantwortung für ihr Leben übernehmen. Um die unverzichtbaren sozialen und gesundheitlichen Aufgaben weiterhin in einer hohen Qualität leisten zu können, müssen wir Synergieeffekte und Wirtschaftlichkeitsreserven nutzen und vorhandene Ressourcen konzentrieren. Entsprechende Strukturveränderungen hat Hilde Adolf auf den Weg gebracht, sei es bei der Sozialhilfe, den Kindergärten oder durch ein neues Programm zur Innovation von Gesundheit und Pflege.

Wir werden diese Politik nachdrücklich unterstützen. Wir werden entschlossen, aber nicht überstürzt handeln, um die zukunftsächtigen Strukturen bis zum Ende der Sanierungsphase zu realisieren.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Sanierung des Landes Bremen ist untrennbar mit der zur Verfügung stehenden Infrastruktur sowie den Angeboten an Gewerbeflächen und Bauland verbunden. Eine leistungsfähige Infrastruktur ist wichtig für die Entwicklung unserer Stadt. Wir investieren in die Zukunft. Wichtige Beispiele hierfür sind: Bau des Hemelinger Tunnels, sechsspüriger Ausbau der A 27, Hafenrandstraße, Autobahnanschluss für die Hemelinger Marsch, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, unter anderem die Linie vier bis Borgfeld beziehungsweise bis Lilienthal.

(B) (Beifall bei der SPD)

Wir investieren in die Innenstadt, in die Nebenzentren, schaffen am Hauptbahnhof ein erstklassiges Messe- und Veranstaltungszentrum und setzen weitere Schwerpunkte, beispielsweise durch den Space-Park, die Entwicklung der Häfen rechts der Weser sowie in Vegesack und auch in Blumenthal.

(Beifall bei der SPD)

Für unseren Zwei-Städte-Staat hat zudem die regionale Einbindung und Abstimmung besondere Bedeutung, die künftig im Rahmen einer Weiterentwicklung der gemeinsamen Landesplanung verstärkt wird, damit sich der gesamte Nordwesten mit dem Oberzentrum Bremen im Konzert der europäischen Regionen behaupten kann. Tine Wischer hat hier in der vergangenen Woche eine wichtige neue Funktion übernommen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, angesichts der schwierigen Arbeitsmarktlage und der Wirtschaftsstruktur in Bremerhaven besteht für uns die besondere Verpflichtung, der Seestadt bei ihren strukturpolitischen Anstrengungen umfassend zu helfen.

(Beifall bei der SPD)

(C) Dabei stellen das Wahlergebnis und die neue Koalition in Bremerhaven die erfolgreiche politische Basis im Handeln für Bremerhavens Zukunft dar.

Basis der Aktivitäten in Bremerhaven wird auch zukünftig der Hafen sein. Der überwiegende Teil der Hafeninvestitionen fließt nach Bremerhaven, die Fischereihafendoppelschleuse wird Mitte 2000 fertig.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen]: Auch Herr Weber strahlt!)

Ein Entwicklungskonzept „Häfen 2010“ wird erarbeitet. Bis zum Jahre 2003 soll das Projekt „Containerterminal III a“ fertig gestellt sein. Die Planungen für den Terminal IV werden vorbereitet, der Columbusbahnhof wird mit einer Investitionssumme von rund 45 Millionen DM zu einem zukunftsfähigen Kreuzfahrtterminal umgebaut.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Neben dem Ausbau der maritimen Funktion im Hafensektor werden wir unter anderem durch die Bereitstellung von Wettbewerbshilfen die Beschäftigung auf den Werften marktorientiert stabilisieren und selbstverständlich EU-konform unterstützen. Die besondere Chance der Seestadt im maritimen Tourismus wollen wir nutzen und stehen zum Ocean-Park, natürlich unter Beachtung der nachzuweisenden Wirtschaftlichkeit.

(D) Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen und sagen, der Senat hat dem Parlament nun seinen Haushaltsentwurf vorgelegt! Dieser Entwurf geht jetzt in die parlamentarische Beratung, und nun sind wir, der Haushaltsgesetzgeber, am Zuge. Ich bin sicher, dass wir vor dem Hintergrund noch offener Probleme im Laufe der parlamentarischen Beratungen den Haushaltsentwurf verändern werden, aber dort, wo wir mehr Geld ausgeben wollen, werden wir auch sagen müssen, an welcher Stelle wir weniger Geld einsetzen werden.

Ergebnisse werden wir kaum ohne intensive und vermutlich auch schwierige Gespräche und manche Kontroverse in der Sache erzielen, aber wir brauchen harte Auseinandersetzungen nicht zu scheuen. Uns geht es darum, zu verantwortlichen, fairen, sozial ausgewogenen Ergebnissen zu gelangen. Wir Sozialdemokraten sind bereit, konstruktiv und kreativ für die Sanierung des Haushalts und das Wohl der in Bremen und Bremerhaven lebenden Menschen zu arbeiten. Ich danke allen, die uns auf dem für uns alle schwierigen Weg aus der Haushaltsnotlage unterstützen! Ich bin sicher, wir werden am Ende Erfolg haben.

(Anhaltender Beifall bei der SPD
und bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

(A) Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bremen steht weiterhin vor großen Anstrengungen, die auf dem zukünftigen Wege der Sanierung vor uns liegen, aber eine Verbesserung der Wirtschafts- und Finanzpolitik unseres Bundeslandes, und das geht speziell an die Adresse auch der Grünen, werden wir weder mit dem Schüren von Ängsten noch mit dem Beschimpfen einer erfolgreichen Politik, sondern nur, wenn alle Bürgerschaftsabgeordneten der großen Koalition zusammen mit dem Senat die jetzt anstehenden Aufgaben anpacken, in Bremen erreichen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Beckmeyer [SPD]: Das Land!)

Immer das Land Bremen, Herr Kollege Beckmeyer! Deshalb habe ich, Herr Zachau, auch Ihre Rede, ehrlich gesagt, nur bedingt nachvollziehen können. Sie haben 25 Minuten eine aus Ihrer Sicht vorhandene Situation beschrieben und haben dann Gott sei Dank in den letzten drei Minuten Ihrer Rede wenigstens noch einmal den einen oder anderen alternativen Punkt vorgeschlagen. Aber Sie haben, und das finde ich eigentlich bedenklich, weil ich dachte, grüne Politik zeichnet sich immer durch eine gewisse Form von neuen Ideen aus, sich leider auch permanent in Widersprüchen verzaudert.

(B) (Heiterkeit)

Herr Kollege Zachau, Sie haben auf der einen Seite kritisiert, dass dieser Plan, den uns der Senat vorlegt, einen Anstieg der Verschuldung von 17 auf 20 Milliarden DM vorsieht, haben aber permanent, nicht nur in den letzten Jahren, sondern unterschwellig auch heute wieder, neue konsumtive Ausgaben im Bereich Kultur, Soziales, Bildung et cetera gefordert. Dies würde bedeuten, dass die Verschuldung über die 20 Milliarden DM hinaus ansteigt. Sie müssen sich schon entscheiden, was Sie wollen, entweder sparen oder konsumtive Ausgaben!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Lieber Herr Zachau, dann kommen Sie und sagen, diese Privatisierung hätten die Grünen nicht betrieben, das würde aber bedeuten, dass unsere Neuverschuldung beziehungsweise unser Schuldenstand im Jahr 2005 ohne die Privatisierungserlöse entsprechend höher liegen würde. Auch da müssen Sie sich entscheiden, was Sie wollen, die Privatisierungserlöse, die entsprechend dazu führen, dass wir bei nur 20 Milliarden DM sind oder aber entsprechend die Situation, so wie Sie sie beschrieben haben.

Darüber hinaus, Herr Kollege Zachau, sagen Sie, auf der einen Seite hätten die CDU-Senatoren den Umlandgemeinden den Kampf angesagt und hät-

ten einen Flächenkampf begonnen, und auf der anderen Seite kritisieren Sie, wenn sich die Betriebe im Umland ansiedeln oder die Bürger nach auswärts gehen. Sie müssen sich schon für eine Richtung entscheiden und die dann hier vortragen und nicht versuchen, uns mit einer Sowohl-als-auch-Politik Alternativen aufzuzeigen!

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, dass, sehr geehrte Damen und Herren, der Weg, wie er durch die große Koalition beschritten wird, leider ein alternativloser Weg ist, weil wir, und Hartmut Perschau hat das sehr ausführlich ausgeführt, im Jahr 2005 einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen müssen, aber wir wollen es auch, um insbesondere der Jugend in dieser Stadt wieder mittelfristig und langfristig Perspektiven aufzuzeigen.

(Beifall bei der CDU)

Die zukünftige Existenzfähigkeit des Bundeslandes Bremen hängt natürlich zu ganz erheblichen Teilen von dem zukünftigen Länderfinanzausgleich ab. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom November des vergangenen Jahres hat klargestellt, dass wir bis zum Jahr 2002 den Finanzausgleich neu regeln müssen. Die Zeit drängt, und die Verhandlungslage ist sicherlich schwierig, aber ich glaube, Hartmut Perschau hat in seiner Rede noch einmal sehr deutlich beschrieben, wie die Strategie aussieht, die er als Finanzsenator mit der Allianz der zehn Länder verabredet hat. Ich glaube, es ist gut so, dass wir gegenüber den Südländern insbesondere auch die Interessen der schwächeren Regionen im Norden dieser Republik deutlich formulieren, und Hartmut Perschau hat diese Interessen in den letzten Wochen und Monaten in der Öffentlichkeit sehr deutlich vorgetragen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Beckmeyer [SPD]: Wer regiert eigentlich in den Südstaaten?)

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten, sehr geehrte Damen und Herren, zeigen eine positive Grundtendenz in Bremen. Sowohl aktuelle Entwicklungsindikatoren, Arbeitsmarktumsätze in den verschiedenen Bereichen als auch die mittelfristigen Kennzahlen wie Auftragseingänge und Geschäftsklima lassen zunehmende Verbesserungen der regionalen Wirtschafts- und Finanzdaten im laufenden Haushaltsjahr erwarten.

Der Kollege Böhrnsen hat auf einige Zahlen hingewiesen. Ich möchte sie doch noch einmal ganz kurz ansprechen: Verringerung der Arbeitslosenquote im Jahresschnitt um 0,8 Prozent, im Januar lagen wir bereits 1,1 Prozent unter der entsprechenden

(C)

(D)

(A) Zahl des Vorjahres. Weitere Indikatoren wie zum Beispiel die Umsätze des verarbeitenden Gewerbes sind um 3,2 Prozent oder aber, um einmal eine Zahl zu nennen, um eine Milliarde DM hier entsprechend angestiegen. Der Seegüterumschlag, insbesondere aufgrund des Erfolgs auch des Containerverkehrs, der um 18,7 Prozent gestiegen ist und damit einen wichtigen Beitrag gerade für die Kommune Bremerhaven gebracht hat, steigt an.

Die Bereiche Tourismus und Gastgewerbe haben sich entsprechend erhöht, die Zahl der Übernachtungen stieg um 7,3 Prozent. Erstmals wurde die Eine-Million-Grenze erreicht, Hartmut Perschau hat darauf verwiesen, und die Umsatzwerte im Gastgewerbe überstiegen das Vorjahresniveau um drei Prozent. Diese Entwicklung, Herr Kollege Zachau, zeigt deutlich, dass wir eine angelaufene Aufschwungphase haben, die sich auch in diesem Jahr fortsetzen wird, und dass dies zu entsprechenden Arbeitsmarkt- und auch Steuereinnahmeeffekten führen wird.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen:
Bundestrend!)

Aber, sehr geehrte Damen und Herren von den Grünen, auch andere Zahlen, wie sie von der Handelskammer in den letzten Wochen und Monaten veröffentlicht wurden, zeigen, dass die wirtschaftliche Entwicklung auf dem richtigen Weg ist. Das anziehende Auslandsgeschäft ist zum Beispiel einer dieser Indikatoren, von denen Bremen natürlich auch entsprechend profitiert.

(B)

Ich möchte jetzt gar nicht auf die weiteren Rahmendaten, die es in diesem Punkt auch gibt, eingehen. Ich möchte nur sagen, dies alles darf für uns kein Grund sein, die Anstrengungen nachzulassen, wir müssen sie auf den verschiedenen Gebieten intensivieren. Was das für uns bedeutet, darauf will ich gleich noch einmal eingehen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte als erste Maßnahme auch speziell den Bereich Bremerhaven erwähnen. Dort explodieren nämlich die Zahlen des Containerumschlags radikal, und es gibt Steigerungsraten von knapp 20 Prozent, die man vorsichtig auch in den kommenden Jahren fortschreiben kann, wenn wir denn rechtzeitig die notwendigen Infrastrukturen schaffen. Das bedeutet für uns als CDU-Fraktion eine schnelle Realisierung des Containerterminals III a und auch des Containerterminals IV.

(Beifall bei der CDU)

Wir dürfen uns in der Entwicklung der Region Bremerhaven nicht durch bestimmte Umweltauflagen beeinträchtigen lassen, meine Damen und Herren.

Deshalb bin ich Hartmut Perschau dankbar für seine Ausführungen zum Containerterminal IV, wie weit wir bis zum Jahr 2001 mit der Planreife kommen werden.

(C)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, dies ist auch nicht alternativ zu Planungen eines Seehafens in Wilhelmshaven oder Cuxhaven zu sehen, dies ist additiv, weil in erster Linie vom CT IV die Region Bremerhaven, die strukturschwach genug ist, profitieren wird. Ich hoffe, dass Sie dort mitziehen werden!

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, aber auch die anderen Zahlen zeigen deutlich, dass wir unsere Anstrengungen erhöhen müssen. Der Dienstleistungssektor, das ist heute auch kurz angesprochen worden, bietet enorme Perspektiven. Ich stimme da ausdrücklich auch mit dem Kollegen Böhrnsen überein, was das für die Menschen bedeutet, hier müssen wir sagen, dass das natürlich in erster Linie auch mit der Frage der Schaffung neuer Arbeitsplätze verbunden ist. Was das bedeutet, haben wir auch der BAW-Studie entnehmen können. Eine Angleichung der Dienstleistungsgesellschaft Bremen an die Zahl des bundesdeutschen Durchschnitts der Großstädte würde nach der Studie 17.200 Arbeitsplätze in Bremen und 4200 neue Arbeitsplätze in Bremerhaven bedeuten. Nur ein Durchschnitt der jeweiligen Städte! Dies wären 21.000 neue Arbeitsplätze im Bundesland Bremen. Deshalb müssen wir natürlich in diesen Bereichen unsere Anstrengungen auch noch einmal entsprechend erhöhen.

(D)

Ein Schwerpunkt davon ist unter anderem aber auch die Frage des Städtetourismus. Eine Anpassung an den Durchschnitt würde hier 600.000 zusätzliche Übernachtungen bedeuten. Das wiederum würde zirka 6000 neue Arbeitsplätze in diesem Bereich mit sich bringen. Dafür muss man aber natürlich auch Vorleistungen erbringen, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Grünen und auch von der SPD! Dies bedeutet, dass wir natürlich Projekte, die wir eigentlich schon beschlossen haben, auch durchziehen müssen. Wir müssen die Projekte, wie zum Beispiel Messehalle sieben, das Rhodarium oder aber auch die Rennbahn, auf den Weg bringen.

Dazu möchte ich den Sprecher der Wirtschaftsdeputation, Herrn Leo, der sich ja in der letzten Zeit häufiger zu Wort gemeldet hat, mit Genehmigung des Präsidenten zitieren. Im „Weser Report“ schreibt Herr Leo: „Ich hoffe, dass nach der Baudeputation nun auch die Wirtschaftsförderungsausschüsse am 30. März alle Projekte beschließen werden. Mein Ziel als Sprecher der Wirtschaftsdeputation lautet, alle gemeinsam mit den Koalitionären vereinbarten Projekte müssen jetzt zügig in die Tat umgesetzt werden. Space-Park, Rhodarium und Rennbahn müssen endlich als Baumaßnahmen sichtbar werden.“

(A) Recht hat Herr Leo, wir unterstützen ihn dabei, ich hoffe auch seine eigene Fraktion!

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren von der Opposition,

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Von der kleinen Opposition!)

von der sehr kleinen Opposition, nur mit Gute-Nacht-Politik steigert man nicht die Zahl der Übernachtungen in Bremen, deshalb müssen Sie auch in diesem Bereich deutliche Perspektiven nennen, was Sie eigentlich wollen! Sie haben in den Bereichen Städtetourismus und Dienstleistung nicht eine Perspektive vorgetragen! Deshalb hoffe ich, dass wir das in den nächsten Runden vielleicht erwarten können.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch ein deutliches Statement zu dem Bereich Kultur, der uns ja in den nächsten Wochen sicherlich noch weiter beschäftigen wird!

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Banause!)

(B)

Sie müssen nicht immer nur die eigenen Kollegen zitieren, Frau Stahmann!

(Zuruf der Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/Die Grünen])

Nein, Frau Dr. Trüpel, die Kultur ist natürlich in diesem Sinne auch ein weicher und im Rahmen des Städtetourismus ein entscheidender Standortfaktor.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Deshalb hat es in den letzten Jahren zum Beispiel aus dem Wirtschaftsressort jedes Jahr zehn Millionen DM gegeben. Es ist auch für die nächsten Jahre vorgesehen, dass dort Mittel zur Stärkung der kulturellen Vielfalt dieser Stadt bereitgestellt werden. Das wird fortgesetzt werden. Deshalb ist das überhaupt kein Widerspruch zur Politik der großen Koalition, den Sie hier definieren wollen.

(Beifall bei der CDU — Zuruf der Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/Die Grünen])

Nein, Frau Dr. Trüpel, das ist kein Widerspruch, weil — das ist wiederum der umgekehrte Punkt — natürlich auch die Kultureinrichtungen, was die

Sparanstrengungen betrifft, keinen Freibrief in dieser Stadt bekommen können. Jens Böhrnsen hat es gesagt, wir müssen die Politik verständlich machen für die Menschen, und verständlich heißt auch, dass in den Kultureinrichtungen alle Anstrengungen des Sparens unternommen werden. Wenn es dann einen Fehlbedarf gibt, bin ich mir sicher, dass wir uns in den Haushaltsberatungen entsprechend einigen werden, diesen Fehlbedarf auch auszugleichen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(C)

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/Die Grünen]: Er hat es immer noch nicht verstanden!)

Ach, Frau Dr. Trüpel, ich bin gern bereit, meine Zeit mit Ihnen zu opfern, dass Sie es mir noch einmal erklären können! Das mache ich sehr gern, und ich hoffe, dass Sie es mir dann noch einmal beibringen können.

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/Die Grünen]: Daran arbeiten wir!)

Vielleicht begreift es dann auch der Kulturbanause Eckhoff irgendwann einmal in Ihrem Sinne!

(Abg. Manfred O p p e r m a n n [SPD]: So viel Zeit hat sie nicht! — Heiterkeit)

(D)

Das ist ja eigentlich ärgerlich, nicht, Herr Kollege? Für mich zumindest, ja!

Sehr geehrte Damen und Herren, aber auch in anderen Bereichen, und ich finde, darüber kann man sich durchaus noch einmal auseinandersetzen, das ist eigentlich der einzige Vorschlag, den ich vom Kollegen Zachau gehört habe, auf den man noch einmal näher eingehen sollte, ist die Frage, wie wird sich Bremen zukünftig den neuen Technologien, der Informations- und Mediengesellschaft nähern. Diese Technologien bestimmen den Wandel der Gesellschaft weltweit in einem Tempo, wie wir es alle bei den letzten Haushaltsberatungen vor zwei Jahren sicherlich noch nicht gedacht haben.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Auch in den Schulen!)

Auch in den Schulen, Frau Kollegin Hövelmann! Ich komme darauf gleich noch einmal zurück.

Das Internet, meine Damen und Herren, sorgt dafür, dass sich sämtliche Schutzzonen der heimischen Wirtschaft mittlerweile auflösen. Neue Informationstechnologien bilden den Mittelpunkt des Wirtschaftswachstums und auch der Schaffung neuer Arbeitsplätze in fast allen Ländern und Regionen. Wenn ich das nur einmal sagen darf, weil das auch eine Zahl ist, bei der man, glaube ich, überhaupt

(A) gar keine Schuld zuweisen kann, sondern bei der wir alle daran arbeiten müssen, dass sich dies ändert. Die Gründerquote in den Vereinigten Staaten von Amerika beträgt 8,4 Prozent, also, es machen sich von 100 Erwachsenen 8,4 selbständig. In Kanada beträgt die Quote 6,8, in Israel 5,4, in Großbritannien 3,3 Prozent. Deutschland liegt leider bei 2,1 Prozent. Dies ist auch eine Frage von gesellschaftlichen Ansprüchen, die wir hier an uns selbst richten.

Wir als CDU werden in den nächsten Jahren alles dazu beitragen, Herr Kollege Zachau, dass wir hier wirklich wieder eine Selbstständigkeitsinitiative starten werden. Erste Anstrengungen sind auf diesem Weg auch in Bremen erfolgt. Wir werden aber auf diesen Gebieten sicherlich die Anstrengungen weiter erhöhen müssen.

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/
Die Grünen]: Richtig, genau!)

Frau Kollegin Trüpel, ich habe aber nicht gerade den Eindruck gehabt, dass es die Grünen waren, die in den letzten zehn Jahren diese Philosophie hochgehalten haben. Sie haben sie leider kontraproduktiv begleitet in unserem Land!

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau L i n -
n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Nun
müssen Sie die Vorurteile aber auch nicht
alle bedienen, das ist doch auch langwei-
lig!)

(B)

Frau Kollegin Linnert, ich habe sehr wohl erkannt, dass es im Vortrag des Kollegen Zachau eine andere Schwerpunktsetzung gegeben hat, als ich sie mir vor vier Jahren vielleicht noch hätte vorstellen können. Deshalb habe ich es doch positiv angesprochen als einen Beitrag, über den wir uns alle in den nächsten Wochen und Monaten noch einmal verständigen könnten. Ich will weitere Kennzahlen, die ich hier noch dabei habe, nicht erwähnen. Was wir in den Bereichen noch alles machen können, würde für eine Extradebatte reichen.

Vielleicht können wir auch die Diskussion über den Antrag zur Green Card, den die Grünen eingebracht haben, dazu nutzen, um uns ausführlich darüber zu unterhalten. Der Weg, den Sie jetzt allerdings andenken mit Ihrem Bundeskanzler Schröder, die Leute für fünf Jahre ins Land zu holen, zu hoffen, dass man irgendwelche Arbeitsmarkteffekte damit erreicht, vielleicht noch, dass die Leute sich hier selbständig machen, ist doch völlig illusorisch! Dieser Weg, den Sie andenken, ist leider der völlig falsche, dann müssen wir uns über andere Themen unterhalten. So, wie Sie es machen wollen, wird es nicht klappen! Die Leute, die Sie hierher bekommen, werden nicht die Topeliten sein, weil sie eine Perspektive über die fünf Jahre hinaus haben wollen. Des-

halb freue ich mich sehr auf die Debatte zu diesem Thema.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, Bremen hat in den nächsten Jahren die Gelegenheit, von dieser neuen Technologie- und Mediengesellschaft in der Region zu profitieren, indem wir sie weiter offensiv angehen und gestalten, oder wir haben die Alternative, von der Entwicklung überrollt zu werden, und in anderen Regionen werden dann die Arbeitsplätze entsprechend gestaltet. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion wird diesen Prozess offensiv mitgestalten. Dies bedeutet aber natürlich auch, und deshalb möchte ich Ihnen dazu ein paar Vorschläge machen, dass wir Scherpunkte setzen müssen. Dies bedeutet auch, dass wir in der Bildungspolitik, sehr geehrte Damen und Herren, die Naturwissenschaften weiter stärken müssen und vor dem Hintergrund der gestrigen Debatte, dass wir möglichst schnell, weil das internationaler Standard ist, zu einer weiteren Schulzeitverkürzung kommen müssen.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Ha-
ben wir doch gesagt gestern!)

Ich hoffe, dass wir andere Modelle finden werden, Frau Kollegin Hövelmann, um möglichst zügig weitere Projekte zur Schulzeitverkürzung realisieren zu können.

(D)

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen]: Es geht um die Qualität!)

Richtig, Frau Stahmann, es geht auch um Qualität! Es hat aber kein Mensch gesagt, dass man die gleiche Qualität nicht auch in zwölf Jahren erreicht, für die man bis jetzt 13 Jahre benötigt, indem man sich auf die wesentlichen Bereiche der Bildungsinhalte konzentriert.

(Beifall bei der CDU — Zurufe vom Bünd-
nis 90/Die Grünen)

Darüber haben wir sicherlich Definitionsprobleme, das glaube ich auch, zumindest dass es da Punkte gibt, die man diskutieren muss.

Auch in der Wissenschaftspolitik müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um insbesondere den Bereich der Informatik weiter zu stärken. Dazu eine letzte Kennzahl vielleicht: In Deutschland werden in jedem Jahr 5000 Wirtschaftsinformatiker ausgebildet und 100.000 nachgefragt, sehr geehrte Damen und Herren. In der neuen Aktiensprache ist das eine zwanzigfache Überzeichnung! An diesem Zustand müssen wir an unseren Hochschulen möglichst schnell etwas ändern!

(Beifall bei der CDU)

(A) Deshalb hoffe ich, dass wir das entsprechend erreichen werden.

Um zu den Schulen noch einmal ein Wort zu sagen, Frau Kollegin Hövelmann, weil Sie mich gerade so nett anschauen! Wir haben als CDU-Bürgerschaftsfraktion auf unserer Klausurtagung beschlossen, dass wir gern mit Ihnen bereit sind, Mittel des Öko-WAP umzusteuern in ein Zukunfts-WAP und zu sagen, damit wollen wir insbesondere das von Ihnen propagierte Programm „PC an die Schulen“ stärken. Es hat keine 24 Stunden gedauert, bis Sie sich davon verabschiedet haben. Das ist Ihre konkrete Zukunftspolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD.

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau H ö -
v e l m a n n [SPD]: Wir finden da noch einen Weg!)

Der Kollege Böhrnsen hat ja gesagt, wir wollen uns in den nächsten Wochen konstruktiv streiten. Vielleicht finden wir ja auch in dieser Frage eine konstruktive Lösung, wie wir es als große Koalition immer hinbekommen haben.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Wir stellen die
PC in den FFH-Gebieten auf!)

(B) Damit geben Sie mir ein weiteres Stichwort, und das zeigen wirklich alle Untersuchungen, alle Gespräche und alle Studien, die es in diesem Bereich gibt, letzte Woche hat gerade die Boston Consult Group eine Studie im „Focus“ veröffentlichen lassen, was auch ganz entscheidend für die Entwicklung dieser Zukunftstechnologiezentren ist: Ganz entscheidend dafür ist die Nähe zur Universität, entscheidend dafür ist ein entsprechendes Klima in einem Umfeld, in dem es auch andere Firmen des Hightech-Bereiches gibt. Deshalb habe ich kein Verständnis, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass es uns bisher in der großen Koalition noch nicht gelungen ist, den Technologiepark auf die andere Seite der Autobahn auszuweiten. Das ist konkrete Zukunftspolitik, die wir da mit Ihnen machen wollen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Z a c h a u
[Bündnis 90/Die Grünen]: Das hörte sich
zwischen durch so gut an!)

Sehr geehrte Damen und Herren, ein Wort noch zur Bildungspolitik, weil mir das auch am Herzen liegt! Jens Böhrnsen hat ein Wort dazu gesagt.

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:
Mehrere!)

Aber er hat eines, das ich aufgreifen möchte, dazu gesagt, und zwar die Frage des Stadtreparaturfonds.

Herr Senator Lemke, der Stadtreparaturfonds, Bürgermeister Perschau hat das gesagt, selbst bei der Reduktion der Mittel, die vorab sozusagen nicht für die Sanierung eingeplant sind, nämlich von den 30 Millionen DM ja 24 Millionen DM, kommen wir auf die 96 Millionen DM, die uns Herr Perschau vorgebracht hat. Ich hoffe, dass Sie diese 96 Millionen DM wirklich so einsetzen für die Sanierung von Schulen, wie diese Gelder auch gedacht sind, damit wir aus der öffentlichen Diskussion herauskommen, dass unsere Sanierungspolitik im Widerspruch zu irgendwelchen Fragen steht, dass es in Schulen durchregnet. Sie haben jetzt die Gelegenheit, das zu beweisen, und ich hoffe, Sie werden es tun. Dabei wünsche ich Ihnen viel Erfolg in den nächsten Jahren!

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, zu einigen anderen Bereichen noch einige wenige Bemerkungen! Der Bereich der inneren Sicherheit wird für die CDU-Fraktion bei den Beratungen einen Schwerpunkt darstellen. Dort gibt es noch bestimmte Punkte, über die wir auch reden müssen, bei denen ich hoffe, dass wir uns entsprechend einigen werden. Eine Frage ist die Definition der Umsetzung der Koalitionsvereinbarung, die die Präsenz der Polizei und die Polizeizielzahlen in Bremen betrifft. Wir werden bei der Polizei dafür sorgen, dass unsere Gelder effektiv im Sinne der hier geführten Debatte eingesetzt werden. Aber dort, wo die Präsenz auf den Straßen sich reduziert, hört der gemeinsame Weg mit der CDU auf. Wir werden dafür sorgen, dass die Polizeipräsenz auf den Straßen auch in den nächsten Jahren in dem entsprechenden Umfang der letzten Jahre sichergestellt ist.

(Beifall bei der CDU)

Zur Baupolitik! Ich hoffe, weil das auch ein ganz wichtiger Faktor für eine erfolgreiche Politik Bremens ist, dass es uns gelingen wird, die Projekte, die im Rahmen der Baupolitik vereinbart sind, zügig zu realisieren. Ich nenne das Beispiel Brokhuchting, ich nenne aber auch das Beispiel Osterholzer Feldmark. Ich hoffe, Frau Senatorin, dass Sie beim Thema Osterholzer Feldmark Druck machen werden, damit wir dort möglichst schnell interessante Wohnungsangebote für die jungen Familien in dieser Stadt entstehen lassen können. Da haben Sie uns an Ihrer Seite. Ich hoffe, dass die Vorlagen bald von Ihnen kommen, damit wir das zügig realisieren können.

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau L e m -
k e - S c h u l t e [SPD]: Wie Borgfeld-
West!)

Zu dem Bereich von Frau Adolf, Jugend und Soziales, nur zwei Anmerkungen! Erstens: Die Einspa-

(C)

(D)

(A) rungen im Bereich der KTH, der Jugendpolitik, finde ich, dürfen jetzt nicht so aussehen, dass es uns bei den öffentlichen Einrichtungen vielleicht nicht gelingt, die Sparmaßnahmen umzulegen, so dass wir dafür gegebenenfalls die freien Träger überproportional beanspruchen müssen. Da ist unser Politikverständnis etwas anders. Wir wollen zunächst die freien Träger, um das Angebot dort sicherzustellen, und dann die staatlichen Einrichtungen. Ich hoffe, dass wir das gemeinsam mit Ihnen auch entsprechend hinbekommen werden.

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD)

Einen Satz nur zum Bereich Hilfen zur Arbeit, den Herr Böhrnsen in seinem Beitrag so positiv erwähnt hat: Das war, glaube ich, die letzten Jahre nicht immer so, aber ich bin froh, dass wir das gemeinsam, insbesondere auch auf Druck unserer Sozialpolitiker,

(Abg. Frau J a n s e n [SPD]: Was?)

ich nenne nur Herrn Oppermann, hinbekommen haben. Wir mussten Sie da häufig zum Jagen tragen, aber es ist uns gelungen, Gott sei Dank!

(Beifall bei der CDU — Widerspruch bei der SPD — Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

(B)

Nein, Sie haben immer nur von sehr groß gesprochen, von sehr harmonisch haben Sie nicht gesprochen von den Grünen, Herr Dr. Güldner, und das ist auch unser Anspruch. Wir sind dazu in der Lage, uns auch in diesem Jahr einmal über Projekte zu streiten und trotzdem den richtigen Weg zu finden und die richtigen Beschlüsse zu fassen. Das werden wir auch weiterhin in den nächsten Monaten und Jahren in der großen Koalition entsprechend erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, die konsumtiven Ausgaben, Hartmut Perschau hat es beschrieben, werden in den nächsten Jahren weiter reduziert werden müssen. Je höher unser Anteil an eigenen Einnahmen, die wir weiter ausbauen können, ist, umso geringer werden die Einschnitte in diesem Bereich ausfallen. Deshalb ist die Politik des Investierens auch alternativlos, und trotzdem müssen wir weiter sparen.

In diesem Sparvorgang wird uns sicherlich in den nächsten Monaten, auch über diese Haushaltsberatungen hinaus, der Wind ins Gesicht blasen. Deshalb ist es gut, dass es eine sehr große Koalition gibt, Herr Zachau. Wenn dann einmal einige wenige aus den Reihen der so großen Koalition umfal-

len, haben wir immer noch eine deutliche Mehrheit. Diese Mehrheit werden wir auch dazu nutzen, um kritische und auch umstrittene Projekte entsprechend durchzuziehen.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihr braucht doch nur 15 Sozis!)

Nein, wir brauchen nur neun Sozialdemokraten, nicht 15, Herr Kollege Zachau!

Aus diesem Grund bin ich mir sicher, dass wir den Weg in den nächsten Monaten bis zu den Haushaltsberatungen im Juni gemeinsam erfolgreich absolvieren können, so dass wir dann einen Haushalt hier im Parlament verabschieden werden, auch aufgrund der hervorragenden Vorarbeit des Senators für Finanzen und seiner Mitarbeiter, bei denen ich mich noch einmal ganz herzlich für diese Vorarbeit bedanken möchte, der wegweisend für die Zukunft unseres Bundeslandes ist. — Vielen Dank!

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, damit wäre die erste Runde der Haushaltsberatung abgeschlossen. Wir kommen dann zur zweiten Runde.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

(D)

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erst einmal möchte ich sagen, es ist schon eine denkwürdige, merkwürdige Haushaltsdebatte heute. Die Debatte muss man sich einmal so zu Gemüte führen: Herr Perschau hält eine Kampfrede, ehrlich gesagt, er hält immer dieselbe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen — Vizepräsident D r . K u h n übernimmt den Vorsitz.)

Wir fragen uns eigentlich immer, hält er die eigentlich für sich selbst, für die Öffentlichkeit, für die CDU, so kommt es mir vor, vor allen Dingen hält er sie für die CDU.

(Abg. B o r t t s c h e l l e r [CDU]: Für Sie, Frau Linnert!)

Für den Senat hält er diese Rede nicht, das kann man sich eigentlich nicht vorstellen, denn vieles von dem, was er gesagt hat, ist offenkundig gar nicht Position des Senats. Auch wenn man schaut, wie der Beifall im Hause ist, dann würde man eigentlich bei einer solchen Rede auf die Idee kommen, dass dieser Senat ausschließlich von der CDU getragen ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Aber ich habe es ja auch vernommen, der Senat braucht nur, damit er klarkommt, neun Personen von der SPD, und die bekommen Sie ja irgendwie locker zusammen.

Dann hält Herr Böhrnsen eine nachdenkliche Rede, die fand ich auch angemessen, bei der CDU rührt sich keine Hand.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Was? Ich habe dreimal geklatscht! — Heiterkeit)

Herr Perschau findet das unverschämt. Bisher bin ich davon ausgegangen, dass die Geschäftsordnung in diesem Haus solche Zwischenrufe des Senats eher nicht gestattet, aber wir können das ja auch ändern. Herr Böhrnsen hält also eine nachdenkliche Rede. Man weiß nicht so genau, was die CDU darüber denkt, und Herr Eckhoff heizt ordentlich ein. Dafür bekommen Sie dann allerdings ganz viel Beifall, auch für Kalauer gibt es hier ganz viel Beifall. Nur eines haben Sie vergessen, Herr Eckhoff, Sie haben die CDU-Senatoren gar nicht gelobt. Gibt es dafür eigentlich einen Grund?

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Ich dachte, das machen Sie!)

(B) Irgendwie ist das so, wie alle sagen, so sind große Koalitionen. Alles wird irgendwie abgedeckt und bedient, aber ich sage noch einmal, wir werden es einklagen, dass die Linie des Senats, was die Fraktionen machen, ist ihre Sache, wenigstens klar sein sollte.

Dann möchte ich etwas zu der Behauptung sagen, Ihre Politik sei alternativlos. Ich habe ganz lange gewartet, bis das kommt. Herr Eckhoff hat dann dankenswerterweise das Stichwort gegeben. Wissen Sie was, lassen Sie einfach diesen Schmarren! Politik ist nie alternativlos!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen —
Abg. E c k h o f f [CDU]: Dann nennen Sie uns doch einmal einige Alternativen!)

Alternativlosigkeit ist das, was mit Glauben zu tun hat, mit Festsetzungen, aber Politik ist die Suche nach Alternativen. Es ist das kluge Abwägen der Alternativen, die sich einmal öffnen, und dann bewertet man sie, und dann entscheidet man sich für eine. Politik ist nie alternativlos, sondern man muss sich eine Sache aussuchen, und das muss man begründen, und das ist etwas ganz anderes als diese ewigen Beschwörungen, die Sie hier loslassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann habe ich mich auch sehr gefreut, Herr Eckhoff, dass Sie den Abbau der Arbeitslosigkeit hier in

Bremen, über den wir uns auch sehr freuen, als Er-rungenschaft der großen Koalition abgefeiert haben. Ich würde eher sagen, die Zahlen belegen, dass wir uns da im Bundestrend bewegen, Gott sei Dank.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist ein bisschen peinlich, wenn Sie das so machen. Da kann man der Wahrhaftigkeit zuliebe etwas weniger dicke Backen machen!

Meine Damen und Herren, Herr Senator Perschau, ich möchte eigentlich ganz gern noch einmal darüber reden, worüber Sie hier eher geschwiegen haben in Ihrer langen Rede. Sie haben verschwiegen, dass Sie dem Haus bis heute keine Finanzplanung vorgelegt haben, das müssen Sie aber, das steht im Gesetz. Eine Finanzplanung ist nicht nur ein Zettel, ein Papier oder pro forma das Gesetz einhalten, sondern sie belegt, wie die Politik in den nächsten Jahren sein soll, mit welchen Einnahmen und Ausgaben man eigentlich rechnet, und an ihr soll beurteilt werden, welche Linie die Politik einschlagen soll. Das haben Sie hier nicht vorgelegt. Sie haben hier zwar Ihr Sanierungssicherstellungsgesetz abgefeiert —

(Abg. Frau W i e d e m e y e r [SPD]:
Das war unseres, nicht seines!)

gut, Ihr gemeinsames! —, aber das ist etwas ganz anderes als eine ordnungsgemäße Finanzplanung.

(D)

Sie haben auch keine Globalplanung vorgelegt. Ich weiß, dass der Antrag der Grünen, nach dem Sie das machen sollten, hier vom Haus abgelehnt wurde, ich bleibe aber dabei. Planungssicherheit: Wie soll der öffentliche Dienst aussehen, welche Dienstleistungen werden wir in Bremen in welchen Stadtteilen brauchen, in welchen Bereichen werden sich welche Probleme von Dienstleistungen gegenüber Bürgern, in Kindergärten, in Schulen ergeben, welche Bereiche müssen wie entwickelt werden? All das weiß man nur, wenn man eine anständige Globalplanung macht. Die „taz“ hat heute in ihrer Kolonne „Vor zehn Jahren“ sinnigerweise gezeigt, dass die letzte Globalplanung zehn Jahre alt ist.

(Abg. B o r t t s c h e l l e r [CDU]: Lesen Sie auch noch andere Zeitungen?)

Ich lese auch noch andere Zeitungen!

Das ist einfach unseriös, und wir bleiben dabei, eine Haushaltsplanung, so wie Sie sie hier vorlegen wollen, und die Qualität, die Sie dafür in Anspruch nehmen, ist nur möglich, wenn es eine ausreichende Globalplanung gibt. Wir bestehen darauf, dass Sie solch eine vorlegen sollten!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Sie haben auch nicht zum Haushalt über die hohen Ausgaben für Zinsen gesprochen. Das kann ich gut verstehen. Sie haben über das strukturelle Defizit im Haushalt gesprochen, das sind 800 Millionen DM. Das ist richtig, das ist ein Problem, das wird in den nächsten Jahren verringert werden müssen. Die Grünen werden sich daran beteiligen, auch Vorschläge machen, wie dieses Defizit verringert werden kann. Es wird im konsumtiven Bereich, aber auch im investiven Bereich verringert werden müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das strukturelle Defizit in Höhe von 800 Millionen DM entsteht vor allen Dingen durch ein zentrales Problem, nämlich, wir müssen über 950 Millionen DM im Jahr an Zinsen für die Kredite bezahlen, die in der Vergangenheit aufgenommen wurden. Wenn man so argumentiert wie Sie, da wird einfach gesagt, ist klar, der böse konsumtive Bereich, da wird das gute Geld ausgegeben, und dann sind die Kultur-, Sozial- und Bildungspolitiker da, die ziehen erst einmal ordentlich den Kopf in die Schultern. Sie müssen sich darüber klar sein, dass das Hauptproblem, das wir im konsumtiven Bereich haben, die Zinsen sind! Dazu haben Sie keine Idee, im Gegenteil! Die Politik der großen Koalition der letzten Jahre hat diese Verpflichtung noch weiter ansteigen lassen, auch in den Schattenhaushalten, die Sie produziert haben.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Zinsen für Ihre Kreditaufnahmen, ob nun für Investitionen oder konsumtiv, müssen über Personalausgaben, Betriebsausgaben, Zuwendungen für Kindergärten und Theater und über die Sozialhilfe erbracht werden. Das sind die Bereiche, die die Bevölkerung am härtesten treffen. Oder noch einfacher: Ihre Kreditaufnahmen für in ihrer Wirkung häufig zweifelhafte Investitionen sind heute unsozial und werden auch morgen unsoziale Folgen haben. Sie reden aus gutem Grund auch nicht über die gesetzlich vorgeschriebene Wirtschaftlichkeitsprüfung für Projekte der Wirtschaftsförderung. Angeblich kann man die Wirkungen gar nicht immer so genau nachweisen. Bei der letzten Debatte darüber haben Sie dem Parlament gesagt, dass der BAW jetzt Studien erstelle, um das genauer hinzubekommen.

Sie haben ein Problem, Sie wollen nämlich gern, dass hier in Bremen Fakten durch Glauben ersetzt werden. Das Gesetz schreibt aber vor, dass diese Wirtschaftlichkeitsprüfung gemacht werden muss und dass bei allen Investitionen, die hier auch kreditfinanziert werden, gesehen werden muss, welche finanz- und wirtschaftskraftstärkenden Effekte sie haben. Darüber mogeln Sie sich nach wie vor hinweg!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie wollen hier die angebliche Alternativlosigkeit Ihrer Politik beschwören. Sie wollen die Argumente über die Frage, welche Investition eigentlich sinnvoll ist für Bremen und welche es nicht ist, mit Beschwörungen über angebliche Alternativlosigkeit ersetzen.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann ist es auch so, dass es mir immer mehr auffällt, wie stark die Abwertung Andersdenkender zum bestimmenden Element der Debatte geworden ist. Die Abwertung Andersdenkender, und seien die Differenzen mit Andersdenkenden noch so klein, zeigt irgendwie, dass Ihr Denken in Feindbildern für Ihre Politik total grundlegend ist. Hier ständig zu erzählen, dass die Grünen das Hauptproblem für diese Stadt seien, das ist einfach nur lächerlich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch Ökologie und Umweltschutz tauchen nur noch als Feindbilder auf. Wenn man sich das heute einmal in der Zeitung ansieht, auch in einer anderen Zeitung als der „taz“, Herr Perschau, liest man, Frau Lemke-Schulte hält es gerade hoch: „Das Ozonloch über der Antarktis“. Ehrlich gesagt: Glauben wir denn wirklich, dass Bremen in den nächsten Jahren eine Politik wird machen können, bei der diese Probleme keine Rolle spielen? In all den Reden kommt Ökologie gar nicht mehr vor! Das wird die nächsten Generationen betreffen, investiv und konsumtiv mit dem, was hier in den nächsten Jahren passieren wird. Das, Herr Perschau, ist provinziell, darüber nicht nachzudenken und nicht eine Politik zu machen, die solche Gesichtspunkte einbezieht!

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Davon wohltuend abgehoben hat sich, das habe ich eingangs schon gesagt, die Rede von Herrn Böhrnsen. Der angebotene Diskurs mit den Menschen in dieser Stadt ist auch aus unserer Sicht unverzichtbar. Die viel beschworene Eigenständigkeit unseres Bundeslandes ist eben kein Selbstzweck. Diese Eigenständigkeit ist nur dann sinnvoll, wenn die Menschen sie wollen, und wenn es ihnen gut damit geht. Diese Eigenständigkeit kann man höchstens verspielen, und zwar immer dann, wenn man mit der Eigenständigkeit ausschließlich Opfer begründet, und das tun Sie, meine Damen und Herren von der CDU! Das ist das Schlimmste, was Sie der Eigenständigkeit Bremens antun können!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Am wenigsten, Herr Senator Perschau, sprechen Sie über die Menschen in unserer Stadt. Die müssen Opfer erbringen, sonst tauchen sie nicht auf. Was

- (A) macht denn eigentlich aus Ihrer Sicht oder aus Sicht des Senats den Wert unseres Bundeslandes und unserer zwei Städte aus, Flächenwirtschaftsförderung? Ich verstehe es nicht! Das sind doch die Bereiche, die den Menschen dienen sollen, den Menschen, wie sie hier wohnen, wie sie sich hier wohl fühlen, ob sie in Bremen wohnen, ob sie Arbeit haben. Das steht im Mittelpunkt der Politik!

Das krude Gerede von der Metropole zeigt doch nur, dass Sie gar keine Vorstellungen davon haben, wie hier eigentlich zusammengelebt werden soll. Gegen die Abwanderung ins Umland, gemeinsames Problem, haben wir auch schon x-mal angeboten, dass wir uns an der Lösung beteiligen wollen, und wir haben auch Ideen dazu, da fällt Ihnen nur eine einzige Sache ein: Flächen, Flächen, Flächen. Wie langweilig!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Fragen Sie doch einmal die Menschen, was sie an einem Leben in einer Großstadt schätzen! Kurze Wege, Kulturvielfalt, Bildungsvielfalt, Einkaufen ohne Auto, lebendiges Leben, funktionierende soziale Infrastruktur!

(Bürgermeister P e r s c h a u : Machen wir doch alles!)

- (B) Sie haben nur von Flächen gesprochen, Herr Perschau, ich habe Ihrer Rede sehr genau zugehört! Die Bereiche, die aber die Qualität des Lebens in der Stadt ausmachen, trifft gerade Ihre Sparpolitik vorrangig. Im Sozial- und Jugendbereich wird im Jahr 2005, und diese Zeitschiene legen Sie ja, jede vierte Stelle eingespart werden müssen. Glauben Sie wirklich, dass das diese Stadt nicht verändern wird? Glauben Sie wirklich, dass Sie mit einer solchen Politik Werbung für Bremen machen werden? Ich kann mir das nicht vorstellen! Es wird zu einem rabiaten Personalabbau in den Kindergärten, in den staatlichen und in den freien, kommen. Glauben Sie wirklich, dass junge Familien Lust haben, in eine Stadt zu ziehen, wo das Niveau in den Kindergärten mittlerweile erheblich schlechter ist als im niedersächsischen Umland und außerdem die Gebühren noch viel höher sind?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann komme ich zu dem Stichwort, das uns immer vorgeworfen wird, wir würden keine Lösungen erarbeiten. Gut, das ist klar, so etwas muss jede Regierung jeder Opposition vorwerfen. Ich nehme das auch nur begrenzt ernst, man kann auch nachweisen, dass die Grünen sehr viele Vorschläge gemacht haben, was man in welchen Bereichen eigentlich wie machen kann. Aber ich sage noch einmal eines: Es gibt in der notwendigen Sparpolitik für unsere Stadt

keine Bereiche, die aus Sicht der Grünen verschont werden. Wir sind bereit, über alle Bereiche zu sprechen, alle Sachen auf den Prüfstand zu legen. Es gibt da keine sakrosankten Sachen, auch nicht die Wirtschaftsförderung.

Es ist falsch, ideologisch darauf zu reagieren, wenn die CDU sagt, die Wirtschaftsförderung ist die heilige Kuh, da darf man überhaupt nicht heran und darf auch gar nicht genau sehen, dass dann die andere Seite sagt, nein, wir wollen aber den Bildungs- und Sozialbereich. Es ist richtig, sich gemeinsam hinzusetzen und in allen Bereichen zu schauen, wo es eigentlich unsinnige Strukturen gibt, die zuviel Bürokratie erzeugen, wo eigentlich Geld und Energie in unnötigen Tätigkeiten versackt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube aber, dass mindestens in den so genannten weichen Politikbereichen das Ende der Fahnenstange erreicht ist an einem Punkt, an dem man die Schraube immer noch weiter dreht und versucht, jedes Jahr noch einmal vier, fünf oder sechs Prozent herauszupressen. Der Punkt ist erreicht, dass man das so nicht mehr machen kann und auch nicht mehr machen sollte, vor allen Dingen im Interesse einer Qualität der Angebote. Man muss sich zusammensetzen — da bieten wir Zusammenarbeit an — und muss für alle Politikbereiche sehen, welche Angebote man wie überprüfen kann und an welchen Punkten auch Bundesgesetze geändert werden müssten, um zum Beispiel bestimmte Strukturen einfacher zu machen.

Gerade für die Frage, wie geht Bremen jetzt eigentlich mit den Neuverhandlungen des Länderfinanzausgleichs um, wäre es wichtig, dass sich auch Fachpolitiker daran beteiligen. Vielleicht kommen ja doch ein paar Arbeitsgruppen von Politikern zustande. Im Sozialbereich kenne ich mich fachlich am besten aus, da gäbe es, wenn es zu einer Reform von Bundesgesetzen kommt, auch in den Ländern und Kommunen noch Einsparungen, ohne dass man das direkt in Leistungskürzungen an die Betroffenen weitergeben muss. Solche Wege müssen wir gehen! Das kann man aber nur machen, wenn man Politik insgesamt beteiligt und die Sanierungsverhandlungen nicht als Geheimveranstaltung der Verwaltung begreift.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insgesamt will ich auch noch etwas zu dem Stil Ihrer Rede sagen. Das gilt eigentlich auch ein bisschen für Herrn Eckhoff. Machen Sie einfach ein bisschen weniger dicke Backen! Das ist irgendwie so unzeitgemäß!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Nun habe ich schon abgenommen, nun wirft sie mir immer noch dicke Backen vor! — Heiterkeit)

(C)

(D)

(A) Ja, das ist ja klar! Junge Männer müssen sich immer irgendwie tierisch aufplustern. Auch wenn sie älter werden, haben sie es noch nicht verlernt.

Es ist in Bremen finanzpolitisch schwierig. Es wird in den nächsten Jahren, egal wer hier regiert und welche Politik gemacht wird, schwierig bleiben, und das wissen Sie auch! Da muss man nicht Andersdenkende denunzieren oder selbst so tun, als hätte man den Stein der Weisen gefunden, sondern man muss das machen, was Herr Böhrnsen auch gesagt hat. Man muss einen Diskurs führen, man muss sich den Argumenten stellen. Da hat nämlich keiner die Weisheit für sich gepachtet.

Wenn Sie noch einmal sehen, Frau Fugmann-Heesing! Es ist ja vielleicht unverdächtig, wenn die Grünen sich auf sie beziehen. Ich finde nicht alles richtig, was sie vertreten hat, aber die Art und Weise, wie sie das vertreten hat, hat mir gefallen. Die war nämlich modern. Man sieht sich alle Sachen an, und dann bewertet man die Argumente, dann redet man darüber, und dann kommt man zu einem Ergebnis von Politik.

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:
Die hat doch gerade an Kindergärten gepart wie verrückt!)

(B) Es ist nicht per se falsch, in Kindergärten zu sparen, sondern man muss sich ansehen, was da gemacht wird. Vielleicht ist es auch in dem Fall falsch gewesen, es geht aber um den Stil der Auseinandersetzung. Hier wird beschworen, unsere Politik ist alternativlos. Wer das nicht glaubt, ist ein vaterlandsloser Geselle und bringt Bremen in die Steinzeit. Die Grünen sind überhaupt ganz schlimm und wollen die ganze Sanierung nicht. Das ist doch die Argumentation, die Sie hier fahren. Es ist einfach niveaulos, es tut mir Leid!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen —
Abg. E c k h o f f [CDU]: Man wird sich über die Punkte doch noch streiten dürfen!
Ich streite mich gern mit Ihnen!)

Wenn Sie sich doch streiten würden, Herr Eckhoff! Hier werden ständig Tabus aufgebaut. Hier werden Setzungen gemacht, was absolut ist, welcher Bereich auf keinen Fall bespart werden darf. Heiligtümer gibt es nicht! In einem Bundesland, das in einer solchen Lage ist wie Bremen, wird man sich alle Sachen ansehen müssen, und zwar etwas weniger voreingenommen und etwas weniger ideologisch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Grünen sind hier nicht das Hauptproblem der Haushaltspolitik, auch wenn Sie in Ermangelung von Argumenten in Ihren Reden immer ein ganz großes Gewicht darauf legen. Ich finde es eigentlich eher

unsouverän. Wenn Sie sich Ihrer Sache so sicher wären, wie Sie hier immer vorgeben mit Ihrer großen Mehrheit, die Sie hier haben, dann hätten Sie es nicht nötig, immer so zu tun, als seien die Grünen das Hauptproblem in dieser Stadt. Wenn man also dann zu einem Wettstreit der Argumente zurückkehrt, das bieten wir noch einmal nachhaltig an, dann werden wir uns auch ordentlich daran beteiligen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eigentlich hatte ich mir eine andere Reihenfolge meiner Statements vorgenommen, aber Frau Linnert provoziert einen ja förmlich. An erster Stelle möchte ich Ihnen erst einmal Recht geben. Was wir heute hier vorliegen haben mit dem Finanzplan, ist eigentlich nur ein Sachstandsbericht über die Fortschreibung. Der Finanzplan ist natürlich nicht das, was wir uns als Parlamentarier vorstellen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Die Debatte haben wir hier im letzten Jahr geführt. Damals gab es noch einen Finanzplan, der hatte das auch in der Überschrift stehen, zwar als Tischvorlage, aber immerhin. Heute bekommen wir einen Sachstandsbericht. Diesen Sachstandsbericht hat es vor vier Wochen schon einmal gegeben. Wir haben dann einen freundlichen Brief des Senats bekommen. Diese Drucksache wurde zurückgezogen. Dann hat man leider irgendwie aufgrund von Missverständnissen nicht darauf geachtet, dass der Senat zum Ausdruck bringen wollte, dass diese Vorlage nun doch wieder im März auf die Tagesordnung sollte, deshalb bekommen wir sie heute noch einmal in unveränderter Form hier auf den Tisch.

Das, finde ich, ist eigentlich etwas, das geht an die Adresse des gesamten Senats, worüber ich mich furchtbar ärgere, insbesondere, wenn am Ende des ersten Absatzes steht: „Bis Ende April sind diese Berechnungen in eine offizielle Finanzplanung zu überführen, die dem Senat zur Beschlussfassung und der Bremischen Bürgerschaft vor Aufnahme der parlamentarischen Beratungen zur Kenntnisnahme vorzulegen ist.“

Dass dieser Satz einfach sachlich falsch ist und die Beratungen hier und heute anfangen, war dem Senat auch bekannt, als er vor vier Wochen die Vorlage zurückgezogen hat. Eigentlich hätte man da qualitativ doch eine Fortentwicklung erwarten können,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(C)

(D)

(A) zumindest eine Bereinigung dieser Ausführungen hier auf der ersten Seite, denn sie sind einfach sachlich falsch. Es mag sicherlich richtig sein, und wir akzeptieren es auch ein Stück, dass wir sagen, es macht Sinn, auch nach den Haushaltsberatungen, nach den Mai-Steuerschätzungen einen Finanzplan aufzulegen, der dann Gültigkeit hat, der dann auch in Absprache mit den Parlamentariern, mit den Fachpolitikern ein Herunterbrechen auf verschiedene Bereiche ermöglicht und so auch eine höhere Qualität hat, wenn wir ihn zur zweiten Beratung haben, aber ich hätte mir gewünscht, wenigstens diese sprachlichen Ungenauigkeiten zu ändern, das wären fünf Minuten Arbeit gewesen.

Das ist nicht so. Wir haben gestern schon diskutiert, was wir manchmal für ein Gefühl haben, wie mit Parlamentsbeschlüssen umgegangen wird. Das ist bedauerlich! An dieser Stelle soviel zu diesem Finanzplan, aber mehr auch nicht!

Frau Linnert, Sie haben Recht, Sie haben vollkommen Recht, wenn Sie sagen, Politik ist nie alternativlos. Da gibt es ganz viele Alternativen. Aber eines können wir hier doch klar und deutlich festhalten, Alternativen zu dieser Sanierungsstrategie: „Sparen und Investieren“ gibt es nicht. Es hat auch noch keiner, und auch nicht die Grünen, einen erfolgversprechenderen Weg aus der Krise aufgezeigt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(B) Wenn Sie uns dann mit Argumenten kommen würden, dann würden wir die natürlich gern aufgreifen. Wir würden sie auch gern diskutieren, wir würden sie auch gern rechnen lassen, aber diese Alternativen hat es bislang nicht gegeben. Es gibt globale Aussagen, die da heißen, dann brauchen wir eine neue Schwerpunktsetzung im ISP. Sie selbst haben in der Ampelregierung dieses Sanierungsprogramm angemeldet in Bonn mit den Projekten, die darin stehen. Natürlich sind einige mittlerweile verfeinert worden, aber Sie wissen selbst ganz genau, dass diese Grobstruktur steht und dass alle Programmschwerpunkte inhaltlich mit der Bundesregierung, mit der Arbeitsgruppe aus Bund und Ländern abgestimmt sind und es dazu nur eine Alternative gibt, und die heißt, das Geld nicht auszugeben! Sie wecken hier aber Illusionen, indem Sie sich immer wieder nach vorn stellen und sagen: Nun planen wir einmal alles um! Viele dieser Maßnahmen sind aber bereits in Arbeit, und es ist einfach nicht möglich!

Herr Böhrnsen hat vorhin noch einmal darauf hingewiesen, dass wir natürlich verantwortungsbewusst umgehen müssen mit allen Ausgaben, die wir hier tätigen. Dazu gehören nicht nur die konsumtiven Ausgaben, dazu gehören selbstverständlich auch alle Investitionen.

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/Die Grünen]: Richtig, genau das sagen wir auch!)

(C) Es ist doch eine Selbstverständlichkeit, dass wir sehen, wie wirtschaftlich sie denn sind, und dass wir bei den Ausgaben, die wir tätigen, bei dem Geld, das wir dann verbauen, auch sehen, dass wir das Ziel, was wir wollen, unter dem Einsatz möglichst weniger Mittel erreichen. Wenn es uns dann gelingt, bei den so genannten Großprojekten die eine oder andere Mark, und ich sage Mark und nicht dreistellige Millionenbeträge, irgendwo einzusparen, ohne inhaltliche Abstriche zu machen — ich denke, die Berechnungen des Rhodariums haben es doch gezeigt, wie es möglich ist, ein Ziel zu erreichen und trotzdem ein reduziertes Bauvolumen anzustreben —, dann haben wir auch die Möglichkeit, dieses Geld zu nehmen und zum Beispiel zielgerichtet in eine Verbesserung der Wirtschaftsstruktur zu stecken.

Positive Beispiele einer nachhaltigen Wirtschaftsstrukturpolitik sind für uns die Anstrengungen, die wir gemeinsam mit dem Wirtschaftsressort, auch mit Unterstützung der EU, aber auch aus ISP-Mitteln machen mit der Revitalisierung eines gesamten Stadtteils, dem Sanierungsgebiet Gröpelingen. Hier gelingt es doch wirklich, eine Investitionspolitik zu betreiben, die erstens Arbeitsplätze schafft, zweitens brachliegende Flächen aufwertet, hochwertige Angebote und Infrastrukturen schafft für Unternehmen. Das Lichthaus ist ein Beispiel. Es boomt, ist voll. Wir könnten ein Zweites daneben stellen, und das wäre voll, ohne dass wir dafür zu werben bräuchten.

(D) Wir versuchen mit begleitenden Maßnahmen, die auch von der EU gefördert werden, die wirklich Bedürftigen aus den Stadtteilen, die Sozialhilfeempfänger und die Arbeitslosen, wieder in Lohn und Brot zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich sind das alles nur kleine Erfolge, aber es ist eine Politik, die bei den Bürgern ankommt und die auch gemeinsam mit den Bürgern vor Ort gemacht wird. Auch das kann Wirtschaftspolitik sein, und auch das ist Wirtschaftspolitik. Frau Linnert, Sie müssen zur Kenntnis nehmen, auch das ist Wirtschaftspolitik der großen Koalition!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU —
Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die
Grünen]: Das Lichthaus kommt aus Ampel-
zeiten!)

Ich komme an dieser Stelle beim Stichwort Wirtschaftspolitik noch einmal kurz auf den Finanzplan zurück. Er wird bis 2005 reichen. Als einer der noch offenen Punkte ist hier auch eine Fortentwicklung oder eine Beschreibung einer weiterhin nachhaltigen Wirtschaftspolitik, ISP-Folgeprogramm, für die Jahre 2005 bis 2010 aufgeführt. Wir gehen davon aus, dass es uns auch im Laufe der parlamentari-

(A) schen Beratung erreicht. Dazu gehört natürlich dann ebenso eine Fortschreibung des wirtschaftsstrukturpolitischen Aktionsprogramms, unseres WAP 4.

Wir erwarten natürlich, Frau Linnert hat es eben gesagt, dass auch Ökologie berücksichtigt werden muss, wir haben bisher auch einen Ökologiefonds im WAP gehabt. Nun mag man darüber streiten, wie groß er war, ob er ausreichend war, ob es die richtigen Projekte waren, aber ich denke, Bremen braucht sich auch in dieser Hinsicht nicht zu verstecken. Wir haben auch in diesem Bereich wirklich große Beträge ausgegeben. Ich bin mir absolut sicher, dass wir bei der Fortschreibung selbstverständlich auch auf diese Strukturteile ein großes Gewicht legen werden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Eckhoff,

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Jetzt muss ich mich ordentlich hinsetzen!)

eigentlich hätten Sie fünf Minuten vor Schluss aufhören können zu reden. Sie haben zum Schluss auf Zuruf einfach behauptet, was die konsumtiven Ausgaben anbelange, da müssten wir kürzen im öffentlichen Bereich, und die privaten Anbieter seien da einfach besser, und es müsse doch jetzt Politik sein, dass man dies vorrangig mache.

(B)

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Auf den KTH-Bereich hin habe ich das gesagt!)

Ich denke, es muss ein vernünftiges Miteinander geben, es muss ein gesundes Nebeneinander geben, und wir müssen alle, auch die privaten Einrichtungen natürlich, daraufhin überprüfen, wie effektiv und wie effizient sie arbeiten. Insgesamt stehen wir in der Verantwortung, nicht nur im KTH-Bereich!

(Beifall bei der SPD — Abg. E c k h o f f [CDU]: Aber da haben wir die Überprüfung doch schon!)

Auch! Wir müssen alle! Wir werden es aber nicht nur auf den KTH-Bereich beschränken können. Da haben wir ein, das muss ich zugeben, riesiges Vermittlungsproblem. Ich habe die große Demonstration, die wir gestern hier vor der Tür hatten, überhaupt nicht verstanden. Vielleicht muss das so sein, weil es Haushaltsberatungen gibt, weil man nichts wirklich Schwerwiegendes gefunden hat in dieser Stadt, und die kann man immer gut mobilisieren. Es gibt ernsthaft keinen Grund, Frau Linnert, und das wissen Sie ganz genau! Die Umsetzung der verlässlichen Grundschule ist ein Erfolg und wird ein Er-

folg werden! Das bietet eine Sicherheit für den Großteil aller Eltern mit Kindern im Grundschulalter.

(C)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU — Zuruf der Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen])

Es werden die Hortbeträge gekürzt, natürlich nicht anteilmäßig, das kann aber auch keiner erwarten. Es gibt kein Weniger an Betreuung, und ich gehe davon aus, dass auch die Qualität der Betreuung nichts zu wünschen übrig lässt. Ich hätte auch von allen, die in der guten Situation sind, dass sie einen Hortplatz haben, etwas mehr Solidarität erwartet für all die Eltern, die jetzt davon profitieren, wenn wir die verlässliche Grundschule einführen! Das ist sozialdemokratische Bildungspolitik, und das ist sozialdemokratische Sozialpolitik!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund ist die Demonstration gestern nicht zu verstehen gewesen. Da gibt es größere Probleme.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Den Dialog führen wir an anderer Stelle, aber nicht hier auf dem Marktplatz, Herr Zachau!

(D)

Herr Eckhoff, wir können nicht nur beim KTH-Bereich stehen bleiben und sagen, da müssen wir jetzt einmal schauen, wie wir das wirtschaftlich machen müssen, sondern, das haben die Vorredner vorher gesagt, die Fraktionsvorsitzenden, auch der Finanzsenator für den Senat, wir haben nach wie vor das Problem des strukturellen Defizits. Unsere Verantwortung im Dialog mit dem Bürger wird es auch sein, dass wir als Politiker uns klar dazu bekennen in den kommenden Jahren, welche Wege wir bis zum Jahr 2005 gehen, welche Aufgaben wir überhaupt noch erbringen können in der derzeitigen Lage und wo wir Schwerpunkte setzen. Bei den Aufgaben, die wir erbringen oder für die wir Geld zur Verfügung stellen, denke ich, müssen wir dann genau schauen, machen wir diese Aufgabe selbst, oder lassen wir private Dritte zum Zuge kommen. Aber auch da muss Qualität im Vordergrund stehen und nicht Ordnungspolitik!

(Beifall bei der SPD)

Herr Senator Perschau, Sie haben heute Morgen nicht nur im Radio, sondern auch hier in der Debatte noch einmal auf unsere Übernachtungszahlen hingewiesen, das finde ich richtig toll!

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Wir müssen jetzt die Kläranlage erweitern!)

(A) Wir haben auch das Glück, dass wir diese Übernachtungszahlen natürlich nicht in der Online-City von Herrn Eckhoff realisieren können, weil die Leute nicht virtuell kommen, sondern richtig nach Bremen kommen, und sie schlafen hier in einem Bett, das vorhanden ist. Aber diese Übernachtungszahlen, hoffe ich, führen nicht dazu, dass wir eine Wirtschaftspolitik betreiben, die nur darauf abzielt, dass die Leute in Bremen schlafen, denn eigentlich sind diese Zahlen ja nur ein Indikator dafür, dass sie in dieser Stadt etwas anderes machen. Wir legen viel mehr Wert darauf, dass der Tourismus, auch der Tagestourismus, boomt. Diese Übernachtungszahlen sind ein wichtiges Kriterium. Es gibt gesicherte Erkenntnisse darüber, dass die Leute Geld hier lassen. Das ist alles Tourismus, das ist alles richtig.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Aber Tagestourismus hatten wir schon immer sehr viel!)

Das ist alles richtig, auch die Übernachtungszahlen, aber es ist nur ein Indikator und nicht allein der Maßstab für Wirtschaftspolitik.

Sie haben Stimmen der Gegner des Sanierungskurses kritisiert. Ein bisschen weniger Investition! Ich denke, dass wir Sozialdemokraten nicht die Devise vertreten, weniger investieren, sondern wir wollen richtig investieren, und das ist ein Unterschied.

(B) (Beifall bei der SPD)

Das ist es auch, was uns, denke ich, entscheidend von den Grünen hier unterscheidet. Wir sind eben nicht der Auffassung, dass wir die Sanierung erreichen können, wenn wir Abstriche bei unserem Sanierungskurs machen und wenn wir auf das Investieren verzichten, sondern wir sind der Auffassung, wir müssen hier durchhalten, wir müssen fort-schreiben, aber wir müssen hier qualitativ Akzente setzen, die zukunftsgerichtet sind.

Sie haben vorhin definiert, was Investitionen sind. Da haben Sie sicherlich formal Recht. Sie haben gesagt, es seien Bau und bewegliche Sachen,

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Kinder sind auch beweglich!)

und es seien Zuwendungen an Dritte, die das damit realisieren wollen. Herr Perschau, ich glaube, diese Definition hätten Sie lieber nicht geben sollen. Wir haben uns gemeinsam darauf verständigt, dass wir mit dem ISP durchaus akzeptieren, dass es Ausgaben gibt, die nicht Bau sind. Die mögen vielleicht beweglich sein. Ich erinnere an den Großteil der Ausgaben, die wir im Rahmen des HGP III machen. Die sind gewollt. Da haben wir gemeinsam erkannt, dass das Investitionen in Köpfe sind, und das ist auch das,

was wir als Sozialdemokraten unter einer zukunftsgerichteten Investitionspolitik verstehen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört für uns, dass es natürlich nicht nur die Betonbauten an der Universität sein können, denn die könnten wir auch anderswo hinstellen. Der Bau allein bringt es nicht, sondern gerade im universitären Bereich sind es die Wissenschaftler, die darin sitzen.

(Bürgermeister P e r s c h a u : Die erhöhen das konsumtive Defizit!)

Die erhöhen das konsumtive Defizit. Sie werden auch dazu beitragen, dass wir umstrukturieren müssen, das haben wir gewusst. 1995 haben alle Ressorts, alle Fachpolitiker und Fraktionen zur Kenntnis genommen — und die regierungsbildende Koalition hat das auch unterstützt —, dass es nach 2005 Umschichtungen zugunsten des Wissenschaftsbereichs geben muss. Die sind aber dann auch vor dem Hintergrund gerechtfertigt, dass wir uns sicher sind, dass ein erheblicher Anteil des zukünftigen Wirtschaftswachstums, überhaupt des Wachstums hier in Bremen auch generiert wird durch diese Leute, die wir heute an die Universität setzen und die in Folge natürlich Arbeitsplätze nach sich ziehen.

Herr Eckhoff, Sie haben gesagt, die Arbeitslosenquote sei um 0,8 Prozent gesunken. Ich glaube, es sind eher 0,8 Prozentpunkte, das wäre dann noch ein bisschen mehr.

(D)

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Ja, ich gestehe es zu!)

Das mit der Mathematik üben wir vielleicht noch!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Ich bin in Bremen zur Schule gegangen!)

Ich auch!

Es ist nicht ausreichend, finde ich, immer nur diese absolute Größe anzuschauen, sondern viel spannender, und das sage ich auch nicht zum ersten Mal an dieser Stelle, ist zu schauen, welche Bewegung es denn auf dem Arbeitsmarkt gegeben hat. Per saldo hat sich da nicht viel getan. Wir haben nach wie vor ein viel zu hohes Arbeitslosenniveau. Wir haben leider auch nicht viel mehr Arbeitsplätze in dieser Stadt, aber es hat eine enorme Bewegung zwischen einzelnen Sektoren gegeben.

Es hat auch Bewegung vom verarbeitenden Gewerbe hin zum Dienstleistungsbereich gegeben, auch wenn der immer noch unterrepräsentiert ist. Auch wenn das verarbeitende Gewerbe enorme Zu-

(A) wächse hat, wissen wir, dass es ein hohes Rationalisierungspotential hat, durch den Automobilbereich geprägt ist, und zurzeit natürlich Wachstum auch dadurch realisieren kann, weil es mit außenwirtschaftlichen Beziehungen zu tun hat, zum Beispiel spricht der Euro zurzeit für den Export, nicht für uns als Touristen.

Das sind alles Faktoren, die eine Rolle spielen. Ich denke, wir haben da viel geleistet, auch auf dem Arbeitsmarkt, das gilt es zu vermitteln. Ich kann nur alle ermutigen, dass sie auch einmal genau nachschauen, wie sich diese Landschaft hier verändert hat. Wo gibt es denn neue Impulse?

Was die Zukunftsfähigkeit betrifft, haben Sie vorhin meiner Meinung nach die Bildung ein bisschen zu kritisch angesprochen. Ich denke, da ist in Ihnen der CDU-Senator durchgebrannt, da haben Sie vielleicht nicht unbedingt für den gesamten Senat gesprochen.

(Beifall bei der SPD)

Wir als Sozialdemokraten können die Anstrengungen, die unser Willi Lemke zurzeit unternimmt, nur unterstreichen und unterstützen!

(Beifall bei der SPD)

(B) Ich finde es insbesondere auch in finanzieller Hinsicht sehr attraktiv, wie kreativ er auch auf Bundesebene versucht, zum Beispiel über Schulsponsoring der einen oder anderen Art, wie auch immer das enden wird, Geld in die Schulen zu transferieren, Geld, aber auch technische Ausrüstung.

(Beifall bei der SPD — Abg. Frau H ö - v e l m a n n [SPD]: Sehr gut!)

Wir müssen beachten, und ich habe bei der Bildungsdebatte, die wir gestern wieder geführt haben, teilweise das Gefühl gehabt, dass es doch auch unterschiedliche regionale Chancen in dieser Stadt gibt, was die Bildungsbeteiligung angeht, das ist so, Schwachhausen auf der einen Seite, Gröpelingen auf der anderen Seite, wo sie keine Möglichkeit haben, in den Klassen fünf bis zehn in den Gymnasialbereich zu wechseln!

(Abg. Karl Uwe O p p e r m a n n [CDU]: Das haben wir aber gefordert! Sie haben es nicht gewollt!)

Ich habe das nicht gefordert! Ich kann mich nicht erinnern, dass sich jemals jemand in dieser großen Koalition dafür eingesetzt hat, dass wir ein Gymnasium nach Gröpelingen bekommen, auch Sie nicht, Herr Oppermann, und auch nicht Herr Bürger. Im Gegenteil, Herr Bürger vertritt die Auffassung, dass

wir in Gröpelingen gar keinen weiteren Schulbedarf haben. (C)

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Zwölf Jahre Abitur in Gröpelingen! — Unruhe bei der CDU)

Dann setzt uns doch die Schule dort hin, wir nehmen sie als Gröpelinger!

(Beifall bei der SPD)

Ich will jetzt nicht an dieser Stelle diskutieren, wo man wie schnell das Abitur macht, natürlich können die Kinder alle pendeln, das ist klar, aber es gibt ganz einfach eine regionale Ungleichheit, das sagen auch die Sozialindikatoren, die nämlich als wesentlichen Aspekt die Bildungsbeteiligung enthalten, die muss man nur anschauen. Es liegt doch an der Struktur der Bevölkerung in diesen Stadtteilen.

Wenn wir uns dann aber dafür stark machen, dass wir akzeptieren, dass Private in Schule eingreifen, indem sie Mittel oder Produkte zur Verfügung stellen, dann werden wir ein Augenmerk darauf haben, dass dies dann auch regional gleich verteilt passiert und dass nicht die Ausstattung einer Schule davon abhängen darf, ob gerade Eltern ihre Kinder an dieser Schule haben, die es sich erlauben können, da auch noch Geld hineinzuschießen. Das muss natürlich gleichmäßig und gerecht verteilt werden, damit wir da wirklich zu gleichen Chancen für alle kommen, dafür werden wir uns einsetzen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Die Bildungsdebatte sollen die Bildungsdeputierten führen.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Aber jetzt ist Mittagspause!)

Herr Teiser erinnert daran, dass Mittagspause ist!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Wir machen die Debatte jetzt zu Ende! Lassen Sie sich nicht verwirren, Frau Kollegin!)

Ich bleibe dabei, ich kann nur nachhaltig den Weg unterstützen, den wir hier eingeschlagen haben. Wir werden das weiter kritisch und konstruktiv gemeinsam zu Ende bringen, da bin ich ganz sicher, Herr Eckhoff.

Ich bin mir auch sicher, das hat Herr Böhrnsen schon angesprochen, wir werden, wenn wir im Juni hier stehen, doch die eine oder andere Position in diesem Haushalt verändert haben. Sie haben zwar gesagt, Sie seien gegen konsumtive Ausgaben, sie dürften nicht gesteigert werden, das zielte gegen den

- (A) Kultursenator Schulte, Sie haben sich dann aber an den Innensenator Schulte gewandt und gesagt, aber natürlich dürfe es keine Einsparungen im Polizeibereich geben.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Das habe ich überhaupt nicht gesagt! Hören Sie doch zu! Das ist immer die Sache mit den Pappkameraden!)

Ich denke, Sie haben uns da sicherlich auch, was das Sicherheitsbedürfnis anbelangt, an Ihrer Seite. Das hat mein Fraktionsvorsitzender auch ausführlich ausgeführt. Die konsumtiven Ausgaben, die wir dafür tätigen müssen, werden wir auch noch gemeinsam hinbekommen in diesem Haushalt. Zum Finanzplan kann ich nur mit auf den Weg geben: Unsere Erwartungen haben wir formuliert, die kennen Sie auch. Wir wollen auch eine Differenzierung nach Einnahmen und Ausgaben der Ressorts, am liebsten auch noch eine nach der Frage der beiden Städte, aber ich denke, auch der Senat hat noch ein bisschen Zeit. Schauen wir einmal, wie es dann im Juni aussieht!

(Beifall bei der SPD)

- (B) **Vizepräsident Dr. Kuhn:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute früh vereinbart, dass wir die Haushaltsberatungen bis 13 Uhr abschließen. Ich denke, wir sind frei darin zu bestimmen, wann es 13 Uhr ist. Ich schlage vor, dass wir die Wortmeldung von Herrn Dr. Schrörs, die jetzt noch offen ist, noch verhandeln und tatsächlich bis zur Mittagspause dieses Thema beenden. Ich stelle Einverständnis fest.

Dann hat Herr Dr. Schrörs das Wort.

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde mich auf wenige kurze Punkte beschränken, so dass wir dann alle noch einigermaßen pünktlich in die Mittagspause gelangen können.

Lassen Sie mich beginnen mit dem Hinweis auf das Gesetz zur Sicherstellung der Sanierung des Landes Bremen, um damit die Debatte aufzunehmen, was mit dem ISP passiert! Ich weise nur darauf hin, dass wir hier in diesem Parlament dieses Gesetz beschlossen haben. Wenn man sich die Vorschrift Nummer drei anschaut, dann heißt es dort: „Das Investitionsprogramm wird bis 2004 im beschlossenen Umfang durchgeführt. Mit der Umsetzung des ISP als wesentlicher Bestandteil des Sanierungsprogramms sollen über Arbeitmarkteffekte und die Stärkung der Wirtschaftskraft die Steuereinnahmen erhöht werden.“

Dies ist das klare Ziel. Von diesem Ziel werden wir nicht abweichen, und die Maßnahmen sind selbstverständlich immer wieder geprüft worden und werden immer weiter geprüft, über Arbeitsmarkt-

effekte und Stärkung der Wirtschaftskraft zu einer Erhöhung der Steuereinnahmen zu gelangen. Soweit zu diesem Teil!

(C)

Das Ziel der Haushaltsberatungen ist definiert. Bremen muss spätestens im Jahr 2005 einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen. Wird dies nicht erreicht, ist die Selbständigkeit Bremens hochgradig gefährdet. Ein Punkt, der vorhin auch wieder in dieser Debatte eine Rolle gespielt hat, war die Frage der Steuerreform, war aber auch die Frage des Mittelstandes. Schon bei der letzten Debatte, die wir hier im Parlament geführt haben, hat es mich gereizt, ein paar Worte zu diesem Thema zu sagen. Nun nehme ich die Gelegenheit wahr, zu diesem Zusammenhang, der sich zwischen der konzipierten Unternehmenssteuerreform der jetzigen Bundesregierung und dem Mittelstand ergibt, ein paar Sätze zu sagen. Dies vor allem bezogen auf die Grünen, die ja vor kurzer Zeit den Mittelstand entdeckt haben und glauben, mit ihren Maßnahmen, die sie vorschlagen, den Mittelstand retten zu können! Ich wollte jetzt wenigstens versuchen, mit wenigen Sätzen Ihnen zu zeigen, dass Sie mit dem, was Sie in Berlin gerade praktizieren, dem Mittelstand schwer schaden statt nutzen werden.

(Beifall bei der CDU)

Die von Ihnen konzipierte Unternehmenssteuerreform führt nämlich zu einer Schlagseite zu Lasten des Mittelstandes. Der Mittelstand, wie Sie wissen, ist überwiegend in Personengesellschaften organisiert, und diese Personengesellschaften werden leider an der Tarifabsenkung, die Sie planen, nicht partizipieren. Auch der Hinweis auf das Optionsverfahren heilt diesen Konstruktionsfehler nicht, denn die dann irgendwann eintretende Erbschaftsteuer wird so hoch sein, dass es die Unternehmen beziehungsweise die, die Steuern zahlen, nicht überleben können. Es ist wirklich eine schiere Ungerechtigkeit, dass Familienunternehmen, die seit vielen Jahren die Arbeitsplätze schaffen, nicht so entlastet werden sollen wie die Kapitalgesellschaften.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie muten diesen Unternehmen, die 75 Prozent der Arbeitsplätze und 80 Prozent der Lehrstellen stellen, eine solche Benachteiligung zu. Zudem stellen diese Unternehmen, nämlich die mittelständischen Unternehmen, 80 Prozent der Unternehmen, die nicht begünstigt werden. Wie, glauben Sie denn, gerade von den Grünen, sollen sich Unternehmer in dem so genannten New Market verhalten, wo viele Unternehmen gegründet werden, aber viele Unternehmen auch wieder verkauft werden? Was ist mit denjenigen, die verkaufen, um wieder neu in Unternehmen zu investieren? Stellen Sie sich vor, dass jedes Mal die entsprechenden Steuern bezahlt werden können?

(A) Meine Damen und Herren, Deutschlands Stärke ist die mittelständische Struktur. Familienunternehmen sind flexibler, und sie kämpfen auch in Krisenzeiten härter und länger.

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Das hätten Sie der ehemaligen CDU-Regierung einmal erzählen sollen!)

Nein, da haben wir eine Reihe von Maßnahmen getroffen, und solche verrückten Vorschläge der Unternehmenssteuerreform, wie sie die Bundesregierung vorschlägt, hat die CDU nie gemacht und würde sie auch nie machen!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn Sie ernsthaft etwas für den Mittelstand tun wollen, das gilt auch insbesondere in Richtung der Grünen, so halten Sie keine Sonntagsreden, sondern verbessern Sie die Rahmenbedingungen, und zu den Rahmenbedingungen gehören Infrastrukturmaßnahmen und eine attraktive Steuerpolitik!

Zurück aber zu dem Beitrag von Herrn Leo im „Weser-Report“, den eben schon Herr Eckhoff zitiert hat! Ich darf zitieren: „Es liegt aber auch daran“, auf die Frage, warum es angeblich so schleppend in Bremen mit Entscheidungen vor sich geht, „dass zurzeit eine wachsende Zahl von Politikern Bedenken bekommt, ob das Investitionsprogramm denn das richtige sei oder ob man es nicht doch hätte anders machen können, wo überhaupt nicht klar ist, wie eine Alternative hätte aussehen können. Dadurch entsteht eine gewaltige Zögerlichkeit, die nicht geeignet ist, um Beschlüsse zu fassen und rasch umzusetzen.“ Wie Recht, meine Damen und Herren, hat Herr Leo in seinem Beitrag!

(B) Überall sind mittlerweile in dieser Stadt ein Neubeginn und ein Strukturwandel erkennbar. Wir brauchen eine wirtschaftliche Dynamik innerhalb der Stadtgrenzen, und der Niedergang Bremens wird nur dann eintreten, und zwar sicher eintreten, wenn Bremen resigniert und die Politik nicht gegensteuert. Die von Herrn Leo bei einem Teil seiner Parteikollegen beschriebene Zögerlichkeit bei den anstehenden Entscheidungen ist genau das falsche Signal. Entscheidungsfreude, auch auf die Gefahr hin, dass nicht alles gelingt, ist das Gebot der Stunde!

(Beifall bei der CDU)

Monatelange quälende Entscheidungsprozesse, die bewusst organisiert werden

(Widerspruch bei der SPD)

und in die sich insbesondere die Bedenkenträger einbringen, schaden der Entwicklung Bremens.

(Beifall bei der CDU)

In der aktuellen Debatte der Sanierung Bremens stehen Finanzpolitiker in der Beliebtheit nicht hoch im Kurs, aber so ist das, wenn man nicht Everybody's Darling sein will. Trotzdem bin ich sicher, dass die Bürger Verständnis für diesen Kurs haben. Es hat sich bei den Bürgern unserer beiden Städte herumgesprochen, dass die große Koalition nicht spart um des Sparens willen, denn Sparen ist kein Selbstzweck, sondern zusammen mit Investitionen die Voraussetzung zur Sanierung unseres Stadtstaates. Politik muss allerdings den Bürgern immer wieder klar machen, warum sie dies von ihnen abverlangt.

Hohe Zinsausgaben und überproportionale Ausgaben für Sozialhilfe sind die Bereiche, die Bremen krank werden lassen, nicht zu geringe Ausgaben im Bereich Soziales, Bildung und Kultur. Daher vergessen wir bitte nicht die Reihenfolge, in der wir die Probleme Bremens angehen müssen! Das heißt, zunächst muss die hohe Arbeitslosigkeit abgebaut werden. Dazu müssen die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessert werden, um dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen!)

Die mittelständischen Unternehmen, liebe Frau Linert, denen Sie gerade schaden wollen mit Ihrer Unternehmenssteuerreform!

(Beifall bei der CDU)

Weiterhin muss der Abwanderungsverlust aus Bremen und Bremerhaven gestoppt werden. Dies ist nur durch eine Ausweisung weiterer Wohnbauflächen möglich. Erst wenn dieser Strukturwandel geschafft ist, können wir uns wieder verstärkt den schönen Dingen des Lebens zuwenden. Meine Damen und Herren, vorerst bleibt nur der bisher eingeschlagene Weg!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Das hast du uns aber vorher nicht gesagt!)

Man darf als Finanzpolitiker nicht alles im Voraus sagen! Nur dieser Weg, der bisher eingeschlagene Weg, wird erfolgreich sein, um Bremens Selbständigkeit zu erhalten. — Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist vereinbart worden, bei den Haushaltsgesetzen zuerst die erste Lesung durchzuführen, um im

(C)

(D)

- (A) Anschluss daran über die Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss und die Ausschüsse, deren Aufgabenbereiche betroffen sind, abzustimmen.

Als Erstes lasse ich über das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2000 in erster Lesung abstimmen.

Wer das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2000, Drucksache 15/234, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Jetzt lasse ich über das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2001 in erster Lesung abstimmen.

Wer das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2001, Drucksache 15/234, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(B)

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt auch dieses Gesetz in erster Lesung.

Bei den verschiedenen Vorlagen zum Haushalt 2000 und 2001 ist die Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, federführend, sowie die Ausschüsse, deren Aufgabenbereiche betroffen sind, vorgesehen. Dies sind gemäß Paragraph 63 a Absatz 2 unserer Geschäftsordnung der Rechtsausschuss, der Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, der Datenschutzausschuss, der Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau, der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, der Ausländerausschuss und der Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

Ich lasse jetzt über die Überweisung abstimmen.

Wer der Überweisung der Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2000 und 2001, Drucksache 15/234, der Haushalts-

pläne und Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 und der Produktgruppenhaushalte für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, federführend, und die entsprechenden Ausschüsse seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Ich möchte Sie ferner darum bitten, damit einverstanden zu sein, dass der vom Senat noch nachzureichende produktgruppenorientierte Stellenplan und die bei der Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft noch eingehenden Anträge und Änderungsanträge zu den Haushalten 2000 und 2001 unmittelbar an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss sowie die entsprechenden Ausschüsse weitergeleitet werden. Die Ausschüsse werden gebeten, dem Haushalts- und Finanzausschuss Bericht zu erstatten, dieser wiederum wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) einen Gesamtbericht vorzulegen.

Ich stelle fest, dass es dagegen keinen Widerspruch gibt. Dann wird so verfahren.

Zum Schluss lasse ich über die Fortschreibung der Finanzplanung bis 2005, Drucksache 15/250, abstimmen. Auch hier ist die Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss vorgesehen.

Wer der Überweisung der Fortschreibung der Finanzplanung bis 2005, Drucksache 15/250, zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Fortschreibung der Finanzplanung bis 2005 zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Haushaltsporträt 2000/2001 Kenntnis.

Sehr verehrte Damen und Herren, eingedenk der Regel, die häufig angewendet wird, dass Überstunden mit doppelter Zeit abgefeiert werden, schlage ich Ihnen vor, dass ich die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) bis 15 Uhr unterbreche.

(Unterbrechung der Sitzung 13.15 Uhr)



(C)

(D)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 15.00 Uhr.

Präsident Weber: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Ich darf auf den Besucherrängen folgende Besuchergruppen heute Nachmittag begrüßen: eine Gruppe CDU-Mitglieder aus Osterholz, eine Gruppe vom Gustav-Heinemann-Bürgerhaus aus Bremen-Vegesack, eine SPD-Seniorengruppe aus Bremerhaven und eine CDU-Seniorengruppe aus Bremerhaven.

Herzlich willkommen!

(Beifall — Abg. Eckhoff [CDU]: Sind die zusammen gekommen?)

Meine Damen und Herren, trotz der interfraktionellen Absprache zum Ablauf der Tagesordnung müssten wir für den Beginn nach der Mittagspause eine kleine Umstellung vornehmen. Statt mit dem Punkt 26 beginnen wir mit dem Punkt sechs, Strukturwandel in den Hafenrevieren, und danach kommt Tagesordnungspunkt 26, Beziehungen in der Region verbessern. Eine kleine, notwendige Umstellung aus einem besonderen Anlass!

Strukturwandel in den Hafenrevieren

(B) Große Anfrage der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
vom 2. Februar 2000
(Drucksache 15/193)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 22. Februar 2000

(Drucksache 15/216)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Hattig, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Färber.

Ich gehe davon aus, dass die Antwort auf die Große Anfrage nicht mündlich wiederholt wird.

Dann treten wir in die Aussprache ein.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Schramm.

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute Morgen gehört, wir müssen die einzelnen Investitionsprojekte auf den Prüfstand stellen.

(Zuruf von der SPD: Sie waren doch gar nicht da!)

Aber im Radio vermittelt man auch Informationen! Das finde ich richtig. Wir wissen alle, dass Bremen

*) Vom Redner nicht überprüft.

kein Geld hat, und Bremens Häfen sind teuer. Das wissen wir nicht erst seit heute. Unser politisches Ziel dieser Großen Anfrage „Strukturwandel in den Hafenrevieren“, hauptsächlich in den stadtbremischen Häfen, war eigentlich die Frage nach der Rentabilität der Häfen, die Frage nach den Hafenumflächen und nach ihrer effektiven Nutzung, besonders in den stadtbremischen Häfen.

Meine Damen und Herren, wir wollten eigentlich auch noch einmal den Augenschein, der sich uns immer so darstellt, wenn man sich durch die Revier bewegt und kaum noch Aktivitäten feststellt, durch Daten und Fakten unterlegt wissen. Bei den ungenutzten Hafenumflächen zum Beispiel stellt sich ja die Frage, ob nicht Gewerbegebiete oder andere städtebauliche Nutzungen angeregt werden können oder ob sie nicht besser für eine Nutzung zur Verfügung stehen können, Stichwort Großmarkt oder Kopf des Europahafens, dort hat ja sozusagen schon der Strukturwandel angefangen. Man kann dazu stehen, wie man will, trotzdem war es eine Folge des Strukturwandels in den stadtbremischen Häfen.

Ich denke, das ist eine notwendige Debatte, um Steueraufkommen für das Land Bremen zu halten, sozusagen auch ein Beitrag zur Sanierung des Bundeslandes. Wir müssen einfach sparsamer sein und sinnvoll investieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Aktueller Anlass waren auch die Informationen über die offensichtliche Unternutzung der Neustädter Häfen und der Industriehäfen, die ja durch die Medien gegangen sind. Diese Frage wollten wir noch einmal untersucht wissen.

Zweitens stellt sich auch eine hafenpolitische Frage, die da heißt: Wie werden eigentlich die bremsischen Häfen auf die Zukunft vorbereitet? Wie wird der notwendige Strukturwandel in den Häfen organisiert? Diese Fragen sind absolut notwendig, meine Damen und Herren, sie brennen uns sozusagen auf den Nägeln, und sie sind seit der Debatte um das Hafenstrukturkonzept längst überfällig.

Der Senat sieht das in Ansätzen offenbar ähnlich. Seitdem Herr Senator Hattig auch die Federführung in der Hafenumpolitik übernommen hat, gibt es Ansätze, eine Port Authority für die Häfen zu organisieren mit der Aufgabe, den gesamten Strukturwandel der Häfen noch einmal zu untersuchen. Offensichtlich ist nicht alles machbar, was auch wünschenswert ist.

Herr Hattig hat es jetzt angefasst. Wir waren aber wie immer schneller als der Senat, denn mindestens seit 1995 stellen wir bereits diese Fragen, auch hier im Hause, und wir wundern uns, wie wenig der Senat in seiner jetzigen Antwort, die ja weit hinter das zurückfällt, was Herr Senator Hattig eigentlich vorhat, auf die Fragen der Zukunft eingeht. Da lautet

(A) zum Beispiel eine Antwort auf die Frage, wie dramatisch der Umschlag in den stadtbremischen Häfen eigentlich zurückgeht: Es deutet sich seit Jahren an, dass diese Tendenz so besteht, aber trotzdem wurden in den letzten Jahren noch mindestens 49 Millionen DM zum Ausbau der Neustädter Häfen bereitgestellt. Sechs Millionen DM wurden noch einmal in den Fruchtumschlag gesteckt, neun Millionen DM in die Modernisierung der Getreideanlagen und 38 Millionen DM in den Holz- und Fabrikenhafen.

Meine Damen und Herren, das sind alles Bereiche, die jetzt vor dem großen Strukturwandel stehen, und ich denke, diese Investition hätte man noch einmal genauer überprüfen müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man sich in der Antwort des Senats die Zahlen der Schiffsverkehre anschaut, dann stellt man fest, dass bei den Schiffsankünften im Neustädter Hafen 1991 noch 1143 zu verzeichnen waren, 1998 nur 695. Meine Damen und Herren, das ist ein Rückgang von sage und schreibe 50 Prozent. Im Holzhafen sind die Schiffsankünfte von 1156 auf 587 zurückgegangen, das ist ebenfalls ein Rückgang von gut 50 Prozent. Im Industriehafen sind die Schiffsankünfte von 1325 auf 802 zurückgegangen, das ist immerhin noch ein Rückgang von 40 Prozent.

(B) Wenn man sich die Arbeitsplatzentwicklung anschaut, das ist ja auch immer ein besonderes Anliegen der sozialdemokratischen Fraktion, dann ist hier die Zahl ähnlich dramatisch. In den Neustädter Häfen sind 1991 3000 Arbeitsplätze gezählt worden, 1997 waren es nur noch 780 Arbeitsplätze. Das sind pro Hektar noch ganze drei Arbeitsplätze, meine Damen und Herren. Ich denke, das ist keine Zahl, die für die Zukunft einer Struktur aussagekräftig sein kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Industriehafen, das kann man auch der Antwort entnehmen, ist die Anzahl der Arbeitsplätze leicht gestiegen, während sie in allen anderen Hafenrevieren gesunken ist, übrigens auch in den Überseehäfen in Bremerhaven, aber nicht so dramatisch wie im Neustädter Hafen. Der Senat sagt gleichzeitig, er will oder kann keine Auskunft darüber geben, welche Arbeitsplätze, die geschaffen worden sind, hafenabhängig oder hafenunabhängig sind, und fällt damit, sage ich einmal, hinter seine früheren Erkenntnisse weit zurück. Es wäre meines Erachtens auch notwendig, das zu analysieren, um Grundlagen für eine vernünftige Hafenplanung zu haben.

Wenn man Arbeitsplätze schaffen will, meine Damen und Herren, und den Hafen dafür sozusagen als Legitimation heranzieht, dann muss man auch

nachweisen können, dass der Hafen hafenabhängige Arbeitsplätze schafft, sonst hat das alles überhaupt keinen Wert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bisher jedenfalls sind vom Senat für jede Hafeninvestition hafennahe Arbeitsplätze als Legitimation herangezogen worden, auch in verschiedenen Gutachten. Es wundert mich, warum der Senat in seiner Antwort nicht zu diesen Aussagen steht. Meine These in dieser Hinsicht: Das hat Methode à la Hafenpolitik des ehemaligen Senators Beckmeyer. Ich glaube, der Senat will es gar nicht so genau wissen, dann müsste er nämlich die gesamten Investitionen auf den Prüfstand stellen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese, wie ich sie nenne, Verschleierungsmethode wird offenbar, wenn es auch um die Angabe geht, was denn in den einzelnen Hafenzonen an Kosten anfällt. Was kostet eigentlich der bremische Hafen? Ich finde, das ist doch eine ganz wichtige Frage. Der Senat sagt hier, es sei zurzeit nicht möglich, dies anzugeben —

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich denke, wir haben den Produktgruppenhaushalt!)

ja, dazu komme ich gleich —, er arbeite gegenwärtig an einer Kosten-Leistungs-Rechnung.

Gegenwärtig ist gut, meine Damen und Herren. Ich habe bei der Recherche zu der Rede noch einmal die alten Vorlagen durchgesehen. Ich bin in der Lage, das zu können. Da ist mir eine des Senators von 1995 in die Hand gefallen, als bereits beschlossen worden ist, dass die Hafenämter angewiesen sind, eine Kosten-Leistungs-Rechnung vorzusehen, und nun sagt der Senat, er arbeite gegenwärtig an einer Kosten-Leistungs-Rechnung. Das ist doch, ich sage einmal, ein Indiz dafür, dass es hier wirklich um Verschleierung und nicht um Kosten-Nutzen-Relationen geht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich denke, und das muss man dem Senat wirklich vorwerfen, er hat hier richtig eine falsche Aussage getroffen. Wenn er sagt, er kann die Kosten nicht angeben, dann widerspricht er seinen eigenen Beschlüssen. Der Senat hat in einer Senatsvorlage von 1994 bereits die Kosten der einzelnen Hafenzonen bekannt gegeben.

Meine Damen und Herren vom Senat, einige von Ihnen sind neu, aber nicht alle, ich kann Ihnen diese Quelle nennen. Das ist die Senatsvorlage 192/94.

(C)

(D)

(A) Auf der Seite 14 wird detailliert über die Kostenstruktur Auskunft gegeben. Lesen Sie das noch einmal nach, wenn Sie gegenwärtig die neue Struktur erarbeiten, dann ersparen Sie sich viel Zeit! Dort steht nämlich, dass für den Neustädter Hafen in den nächsten beiden Jahren zehn Millionen DM an Kosten anfallen und dass in zweijährigen Zeiträumen für den Industrie- sowie Holz- und Fabrikenhafen zwölf Millionen DM pro Jahr an Unterhaltungskosten anfallen, meine Damen und Herren. Das sind die Kosten, die wirklich für einen relativ ungenutzten Hafen entstehen.

Was eigentlich so besonders strukturkonservativ an der Antwort ist, ist die Tatsache, dass aus dem Funktionsverlust dieser Hafenanlagen und dieser Reviere keine politischen Schlussfolgerungen für die künftige Hafenpolitik gezogen werden, denn auf unsere Frage nach den Perspektiven, und darauf kommt es ja an, bekommen wir praktisch keine einzige Antwort. Der Senat sagt, er sieht sich augenblicklich wieder nicht in der Lage, Entwicklungen aufzuzeigen, Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln oder wesentliche Trends zu skizzieren, das ist ja eigentlich traurig, denn es wird an einem Entwicklungskonzept derzeit gearbeitet.

Meine Damen und Herren, das ist alles schön und gut, erinnert uns aber gleichzeitig an die Vorlage eines Hafenstrukturkonzeptes, das uns mindestens seit 1997 versprochen worden ist und was auch die Bürgerschaft hier in der letzten Wahlperiode einstimmig beschlossen hat, meine Damen und Herren. Wo ist eigentlich das Hafenstrukturkonzept, Herr Kollege Töpfer?

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Bei den Grünen!
Liegt in Ihrem Büro!)

Bei den Grünen! Wo ist dann das Landeshafengesetz, Ihre Leib- und Lieblingsthematik, mit der Hoheitsfrage?

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die
Grünen]: Alles im Hafen versenkt!)

Alles im Hafen versenkt oder im Überseehafen im Sand vergraben, jedenfalls steht es nicht zur politischen Entscheidung an.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir stellen fest, es gibt kein Gesamtkonzept des Senats, was den Hafen betrifft, und es gibt schon gar kein Konzept für Investitions- oder Flächenprioritäten, was die alten Reviere betrifft. Gleichzeitig sollen wir über den Hafenhaushalt entscheiden, es gibt aber kein Konzept, es gibt keine Investitionsprioritäten. Obwohl wir nicht wissen, was der Hafen kostet, soll über neue Großprojekte entschieden

werden. Ich denke, da machen Sie den zweiten Schritt vor dem ersten.

(Glocke)

Herr Präsident, ich komme sofort zum Ende! Ich möchte dem Senat nur noch den einen oder anderen Hinweis mit auf den Weg geben, denn er soll, bevor er neue Flächen auf der grünen Wiese anpackt, die alten Flächen für neues Gewerbe in den Hafenrevieren, die nicht mehr genutzt werden, doch überprüfen, damit es hier zu einer Verdichtung von Flächen kommt und nicht zu einem Ausbau auf der grünen Wiese.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Untersuchen Sie bitte die Entwicklungsmöglichkeiten in diesen Revieren, was Gewerbeansiedlungen, Existenzgründungen, Einwohnerwerbung für das Bundesland Bremen angeht, und beantworten Sie doch bitte unsere stark begründeten Fragen! Dann werden Sie auch wirklich einen Beitrag zur Steuerkraftehöhung im Land Bremen leisten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Oppermann, Fraktion der CDU.

(Zurufe: SPD!)

Entschuldigung, Herr Kollege! Der Kollege Oppermann von der SPD, dann der Herr Kollege Oppermann von der CDU! Ich bitte um Entschuldigung!

Abg. Manfred **Oppermann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Schramm, was Sie eben gesagt haben, dass der Senat untätig sei, sind die falschen Worte hier in diesem Raum, denn Sie wissen, dass wir mit Beginn dieser Legislaturperiode auch in der Koalitionsvereinbarung abgesprochen haben, dass wir uns hinsichtlich der alten Hafenreviere Gedanken machen, dass es hier Arbeitsgruppen seitens des Senats gibt, wie wir verfahren und umgehen mit den frei gewordenen Flächen in dem alten Hafen.

In der Tat, und da gebe ich Ihnen allerdings Recht, muss man sich Gedanken über die Nutzung des Neustädter Hafens machen, aber auch da steht ja in der Großen Anfrage und in der Mitteilung des Senats, dass sie in Erbbau an die Tochterunternehmen der BLG vergeben ist, dass diese aber aufgrund eines erhöhten Umschlags positive Tendenzen für dieses Jahr und für die folgenden Jahre sehen. Gleichwohl, da gebe ich Ihnen Recht, muss man sich auch

(C)

(D)

- (A) Gedanken machen, ob man nicht auch den Neustädter Hafen für andere Nutzer öffnen sollte.

(Beifall bei der SPD)

Die getätigten Investitionen in die bremsischen Häfen halte ich nach wie vor für wichtig, weil die bremsischen Häfen eine der tragenden Säulen unseres Landes und unserer Stadt sind. Von daher halte ich jede Mark, die wir in den Häfen investieren, für eine gut ausgegebene Mark, und die sollte man nicht so pauschal in Frage stellen. Wenn man sagt, wir müssen eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufstellen, mag das ja sein, aber gleichwohl leben hier Zehntausende von Bremerinnen und Bremern und auch, das muss auch ich zugeben, das Umland vom bremsischen Hafen. Insofern, denke ich, ist dies ein wichtiger Wirtschaftszweig in unserem Stadtgebilde, und von daher halte ich die Ausgaben für wichtig.

- (B) Was den Strukturwandel in den bremsischen Häfen angeht, darauf ist ja auch schon in der Mitteilung des Senats hingewiesen worden, so hat sich bei den Verantwortlichkeiten auch von denjenigen, die dort Handel und Wandel treiben, aufgrund der Globalisierung und der Strukturänderung in der Weltschifffahrt einiges geändert. Ihre Einschätzung hinsichtlich des Industriebahnhofs teile ich überhaupt nicht. Was ich überhaupt nicht verstehen kann, allerdings nach Ihrem Beitrag kann ich es eigentlich verstehen, aber ich habe dafür kein Verständnis: Gerade wir in der großen Koalition schaffen die Voraussetzungen dafür, dass die Betreiber, die dort im Industriebahnhof ansässig sind, nach dem erfolgten Umbau der Industriebahnhofschleuse hier Perspektiven für die Weiterentwicklung ihrer Unternehmen haben, und stärken somit die Wirtschaftskraft dieses Landes und dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass Sie da in der Deputation in der vergangenen Woche der Bremser waren und sich dagegen ausgesprochen haben. Das erklären Sie einmal bitte den 8770 Mitarbeitern, die unmittelbar im Industriebahnhof tätig sind, wenn Sie hier als Wirtschaftsbremser auftreten. Das, finde ich, ist nicht richtig, und da sollten Sie einmal Ihre Position überdenken!

Weil Sie vorhin auch den Kollegen Beckmeyer angesprochen haben: Man mag vielleicht in Nuancen unterschiedlicher Auffassung sein, aber ich will hier eines ganz deutlich sagen: Die Sozialdemokraten haben in den vergangenen Jahrzehnten maßgeblich die positive Entwicklung der Hafengruppe Bremen/Bremerhaven mitgestaltet, und wir werden das auch in Zukunft tun,

(Beifall bei der SPD)

weil wir hier unserer Verantwortung gegenüber denen gerecht werden wollen, die von diesem Hafen profitieren. Die Entwicklung gerade in Bremerhaven — und das hat eben die Weltschifffahrt mit sich gebracht —, die Containerisierung zeigt, dass wir da auf dem richtigen Weg sind.

Sicherlich gehen einige Investitionen nicht so schnell voran, wie wir es gern hätten, wir sprechen hier über CT III a und CT IV. CT IV ist in meinen Augen eine wichtige Ergänzung für den Containerterminal in Bremerhaven

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

und soll auch nach meiner Auffassung hier nicht fallen gelassen werden. Gleichwohl ist es sehr schwierig, weil die Planverfahren so sind, wie sie gesetzlich festgelegt worden sind. Die müssen wir alle ordnungsgemäß über die Bühne bringen, aber wir haben entsprechende Aussagen in unserem Koalitionsvertrag zum CT IV. Dass vielleicht auch unterschiedlich darüber nachgedacht wird, liegt in der Natur der Sache. Da sind wir hier alle frei im Denken und können auch sagen, wie wir darüber empfinden, aber CT IV ist ein Bestandteil der bremsischen Hafenspolitik.

Ich will noch einmal etwas zu dem Entwicklungskonzept sagen! Sie haben natürlich eine Fleißarbeit gemacht mit Ihrer Großen Anfrage zu dem Entwicklungskonzept und mit Ihrer Großen Anfrage, das will ich gar nicht verhehlen, aber Sie sind lange genug in dem politischen Geschäft, Herr Kollege Schramm und liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der Grünen, dass Sie sicherlich hätten wissen müssen, dass vieles bereits im Hause des Senators für Wirtschaft und Häfen in Arbeit ist und dass man, wenn Sie fundierte Kenntnisse haben wollen, auch ein bisschen Geduld haben muss.

Nun billige ich Ihnen in Ihrer Rolle als Opposition zu, dass Sie hier auch voreilig Anfragen an den Senat stellen, aber wenn Sie vernünftige Inhalte haben wollen, dann, denke ich, muss man auch dem Ressort die Möglichkeit geben, hier eine entsprechende Ausarbeitung zu machen. Wenn es dort schon Arbeitsgruppen gibt, die sich über die Hafensstruktur und auch über das Thema Port Authority Gedanken machen, dann sollte man abwarten, was aus dem Hause kommt, denn dann werden wir in den zuständigen Fachausschüssen und hier im Haus die Gelegenheit haben, darüber zu debattieren und zu diskutieren.

In diesem Sinne, das sage ich auch noch einmal für meine Fraktion: Wir stehen zu den bremsischen Häfen und werden uns weiter für sie einsetzen. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(C)

(D)

(A) **Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schramm, die Bremer und Bremerhavener Hafengruppen sind uns nicht nur teuer, sie sind uns auch lieb,

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

und glücklicherweise helfen uns die anderen Bundesländer über den Bundesfinanzausgleich bei der Finanzierung.

(Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn das so weitergeht, nicht mehr!)

Wenn man schon einmal im Hafen unterwegs ist, Herr Schramm, dann muss man auch richtig sehen wollen, denn wenn man richtig sehen will, kann man auch Anfänge von Strukturwandel in unseren Hafengruppen sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven sehen.

Ich möchte mich gern ausführlich mit Ihrer Großen Anfrage beschäftigen. Es war keine große Überraschung für uns, dass der Senat antworten musste, so ein richtig großer Strukturwandel habe in den letzten Jahren in den stadtbremischen und bremischen Häfen nicht stattgefunden. Ein Strukturwandel wäre es gewesen, wenn Wertschöpfung stattgefunden hätte. Wertschöpfung hat in der Vergangenheit in den Bremer Häfen keine große Rolle gespielt. Ich erinnere dabei an das Beispiel Bismarck-Denkmal: Die Hamburger haben von Bismarck das Recht bekommen, im Freihafen auch zu produzieren und zollfrei wieder zu veräußern, sie haben das Denkmal ein bisschen größer gemacht. Die Bremer haben leider nur das Recht bekommen zu lagern, und Lagern ist keine Wertschöpfung. Das Bismarck-Denkmal ist deswegen ein bisschen kleiner ausgefallen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

An dieser Wertschöpfung nämlich, an der Wasserkante und ihrer Nähe, müssen wir arbeiten, das würde einen wirklichen Strukturwandel in der Hafengruppe Bremen zum Wohle des Bundeslandes Bremen bedeuten. Ich hoffe, dass wir in dieser Debatte dazu beitragen können, einen Weg zu finden.

Was hat sich in den Häfen getan? Völlig klar, unübersehbar und leider auch unabwendbar war das Verfüllen des Überseehafens. Die Pier war so marode, dass wir dort die Kosten für eine neue Pieranlage für einen veralteten Hafen, über den die Zeit leider hinweggegangen ist, sicherlich kaum hätten aufbringen können.

Der Neustädter Hafen — für den ungeübten Betrachter ist keine Veränderung erkennbar — bleibt

hinter den Erwartungen zurück, aber darauf hat die Koalition schon eine Antwort gefunden: Wir haben auf ein weiteres Hafenbecken an der Neustädter Seite zugunsten des GVZ verzichtet.

(C)

Der Fischereihafen in Bremerhaven: Wirklich neu darin ist der Autoumschlag, aber diese Koalition hat etwas getan. Sie hat diesen Fischereihafen, dieses riesige Areal, durch den Bau und die Finanzierung der Fischereihafendoppelschleuse zukunftsfähig gemacht,

(Beifall bei der CDU)

ich nenne nur das Stichwort Großfroster, so dass Bremerhaven praktisch die Fischküche Europas werden und bleiben kann. Sie haben diesem Schleusenbau nicht zugestimmt, und das haben Sie sicherlich nicht gemacht, weil Sie das Geburtshaus unseres gemeinsamen Kollegen Pfahl schützen wollten, das zum Abriss freigegeben wurde.

(Beifall bei der CDU — Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie sind aber falsch informiert, Herr Oppermann!)

Die stadtbremischen Überseehäfen in Bremerhaven sind ohne Frage eine Erfolgsstory. Ich glaube aber, wir haben heute noch einen Tagesordnungspunkt, bei dem darauf weiter eingegangen wird. Deswegen werde ich mich damit in meinem Debattebeitrag weniger beschäftigen, wir haben ja noch diesen Ausbau des Containerterminals, obwohl es mich reizt, auch an diesem Containerterminal mitzumischen. Ich will Ihnen eines sagen: Die CDU war weiß Gott lange genug in der Opposition in dieser Stadt. Wir haben in der Opposition auch die zukunftssträchtigen Entscheidungen für die Hafengruppe Bremen und Bremerhaven immer mitgetragen.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Zu den Fragen zwei und drei, der Aufteilung nach Schiffsankünften und prozentualer Verteilung von 1991 bis 1998! Herr Schramm, natürlich kommen weniger Schiffe. Sie vergessen aber eines: Die Schiffe werden immer größer und immer spezialisierter, auch in der Stadt Bremen, und die Erfolgsstory der stadtbremischen Häfen in Bremerhaven beweist das. Diese Zahlen weisen aber auch eindrucksvoll die Hafengruppe Industriehafen mit dem Holz- und Fabrikhafen als neues Rückgrat der bremischen Hafengruppe in Bremen aus. Hier stimmen immer noch Ankünfte und Tonnage. Vergessen Sie nicht: Wenn die Containerkaje in Bremerhaven boomt, wenn dort deutlich zugelegt wird und diese stadtbremische Hafengruppe ihren Umschlag prozentual annähernd

- (A) halten kann, dann ist das ein Erfolg und kein Rückschritt!

(Beifall bei der CDU)

Das spricht auch für die Geschäftstüchtigkeit der Betreiber der Firmen in diesem Gebiet.

Die Koalition hat mit dem Beschluss zum Ausbau der Schleuse, jetzt meine ich die Industriehafenschleuse, die Signale auf Zukunft gestellt. Die Entscheidung dafür war überfällig. Die damalige Entscheidung, den Dremmel aus Kostengründen nicht gleich zu verändern, war kurzsichtig, meiner Meinung nach falsch und hat die Entwicklung der Hafengruppe Industriehafen zumindest in den letzten Jahren nicht gefördert, wenn ich mich einmal vorsichtig ausdrücken will.

Das Tidefenster und damit die Zahl der möglichen gleichzeitigen Schleusungen wurde deutlich vergrößert, Panmax-Schiffe passen durch die Schleuse, und Reeder bekommen ein größeres Tidefenster, was ihnen ihre Entscheidung, den Bremer Industriehafen anzulaufen oder nicht, leichter macht, weil sie nicht damit rechnen müssen, dass sie vor der Industriehafenschleuse Zeit vergeuden müssen. Davon kann das hinter der Schleuse gelegene Hafenrevier nur profitieren. Das gilt auch für die Fischereihafenschleuse in Bremerhaven, neue Schleusen verbessern die Chancen beider Anlagen.

- (B) Ein Blick auf das riesige Areal hinter dieser Industriehafenschleuse zeigt große Potentiale zum Ausbau, immer mit der Möglichkeit mit der Erhöhung der Lokoquote, und darauf kommt es auch an. Die Quote, die hier produziert wird, an der Menschen arbeiten, Geld verdienen, wo Wertschöpfung gemacht wird, ist das Entscheidende. Sehen Sie sich bei passender Gelegenheit doch einmal die Kaliaanlage an oder die vielen Ufermeter, die, ich möchte sagen, jetzt immer noch ohne Spundwände sind! Hier steckt ein Potential zur Erhöhung der Lokoquote, das die Koalition nicht leichtfertig übersehen wird.

Erinnert sei nur an die optimale Anbindung an das Netz der Bundesautobahnen. Nur einen Katzen sprung entfernt ist die Hafenrandstraße — wenn man sie sich ansieht, wird sie sicherlich in diesem Jahr völlig fertig gestellt —, eine optimale Anbindung an das Autobahnnetz, Wasser ist sowieso vorhanden, also alles bestens. Es kann ja nicht sein, dass im Industriehafen eine Disco mit Wasseranschluss, ich meine das „Dockland“, die letzte Lösung ist, dort müssen andere Betriebe hin. Da sind aber privatwirtschaftliche Initiativen gefragt, und mit der Fertigstellung der Schleuse hat diese Koalition zu einem positiven Strukturwandel in diesem Revier alles auf die Reise gebracht, was sie machen konnte. Jetzt sind andere gefragt.

Das gilt auch für die Absicherung der Arbeitsplätze an dieser Stelle. Wo waren denn die Grünen bei die-

ser zukunftsichernden Entscheidung? Die Erfolgsgeschichte dieser Hafengruppe zeigt sich auch in den Zahlen der Beschäftigten pro Hektar. Das haben Sie dankenswerterweise bestätigt. Wenn man heute den Fabrikenhafen und Industriehafen — das wird ja als eine Antwort gegeben — sieht, liegt auch hier diese Hafengruppe an der Spitze. Besonders positiv ist dabei zu berücksichtigen, dass die Zahl der Beschäftigten ansteigt, und das haben wir nicht überall in Bremen. Das gilt auch für die Anzahl der Betriebe, die hier wohnortnah Beschäftigung anbieten und die Wasserkante zum Umschlagen benötigen und auch nutzen. Es gibt ja auch Betriebe, die an der Wasserkante liegen und sie nicht nutzen, und die sind meiner Meinung nach dort falsch angesiedelt.

Meine Damen und Herren, dies alles sollten wir betrachten unter dem Aspekt der zweifelhaften Planungssicherheit für die Unternehmen in den letzten Jahren, weil viele Jahre an den Schleusen nichts getan wurde. Jemand, der sich dort vergrößern wollte und damit rechnen musste, dass in Zukunft größere Schiffe vielleicht nicht anlaufen könnten, ist doch mit seinen Investitionen sicherlich zurückhaltender gewesen als jemand, der optimale Zukunftsaussichten für seinen Betrieb allein durch die Infrastruktur sieht. Ein Vergleich mit der Hafengruppe rechts der Weser hinkt hier sicherlich, weil es dort, wie Sie es auch gesagt haben, zurzeit Schwierigkeiten gibt. Das gilt insbesondere bei Planungsunsicherheiten für die Betriebe rund um den Holz- und Fabrikenhafen.

Meine Damen und Herren, Strukturwandel ist das Thema Ihrer Anfrage gewesen. Für die Betriebe an der Südseite des Holz- und Fabrikenhafens können wir jetzt, nachdem der Überseehafen verfüllt ist, hervorragende Bedingungen für einen Strukturwandel bieten. Die Politik und die Unternehmer müssen jetzt nach der Verfüllung des Überseehafens die sich bietenden Chancen mit beiden Händen packen.

Der Überseehafen, über den die Zeit hinweggegangen war, ist verfüllt. Die Entscheidung für die Ansiedlung des Großmarktes mit Nebenfirmen ist gefallen. In wenigen Wochen wird der Zollzaun fallen, weil auch er in der heutigen Zeit seine Bedeutung verloren hat. Bismarck gibt es nicht mehr, Zollzäune sind überflüssig geworden. Das gibt der Planung und der Politik die Möglichkeit, gemeinsam mit den an der Südseite des Holz- und Fabrikenhafens angesiedelten Firmen zu einer großzügigen Lösung zu kommen.

Alte, verbrauchte, abgewirtschaftete Straßenbeziehungen können nun aufgelöst und durch neue ersetzt werden. Der Zollzaun wird nicht mehr im Weg sein. Die Grundstücke können mit Zustimmung der Nutzer so zugeschnitten werden, dass Fertigungsschritte in der Produktion optimiert werden können. Das sichert zumindest mittelfristig diese Betriebe und ermöglicht ihnen, neue Märkte zu suchen.

(C)

(D)

(A) Das ist das Besondere an dieser Stelle, neue Märkte direkt über See zu beschicken. Einen Vorteil hat der Holz- und Fabrikenhafen nämlich. Das sollten Sie sich einmal ansehen, das steht auch in der Antwort des Senats! Er hat eine Pier, die in weiten Teilen grundsaniert ist, er hat eine ausreichende Wassertiefe, die für alle Arten von Seeschiffen, die nicht zu den ganz großen, das gebe ich zu, gehören, ausreichend ist. Bei einer einvernehmlichen Veränderung der Grundstückszuschnitte könnte hier eine öffentliche Kaje mit Straßen- und Eisenbahnanbindung entstehen, die für ansiedlungswillige Unternehmen im Bereich von Packing und zum Ausbau vorhandener Betriebe von höchstem Interesse sein könnte.

Hier und genau an dieser Stelle bietet sich eine hervorragende Gelegenheit, das auch von Herrn Töpfer immer so bevorzugte Short-Sea-Shipping — früher hieß das einfach Küstenmotorschiffahrt — zu verwirklichen.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Jawohl, danke!)

Die wird nicht mehr mit Küstenmotorschiffen von gestern betrieben, sondern von Schiffen, die in dieser Größe früher weltweit fuhren. Feederschiffe mit 1000 Containern sind überhaupt keine Seltenheit mehr, und die Wassertiefe für diese Schiffe ist hier vorhanden, die Autobahn ist für den schnellen Transport ins Binnenland in der Nähe.

(B) An dieser Stelle sei an etwas erinnert, was früher einmal eine Belastung für die stadtbremischen Häfen war, hier kann sich das als Chance erweisen: Wir sind der südlichste deutsche Seehafen, die Wege ins Binnenland sind von dieser Stelle aus einfach kürzer, Wasser, damit wir über die Mittelweser transportieren können, haben wir hier ohnehin, und die Hafенrandstraße ist schnell zu erreichen.

Hier können aber auch Feederdienste aus Bremerhaven und anderen Häfen Europas der Nord-Range anlegen, hier kann in und aus Binnenschiffen umgeschlagen werden. Auch hier, meine Damen und Herren, kann die Ladung in Betrieben in der Nachbarschaft höherwertig veredelt werden und wieder über Seeschiffe, Binnenschiffe oder Feederschiffe in den Kreislauf der Weltwirtschaft gebracht werden. — Danke!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In diesem Haus über die Bedeutung der bremischen Häfen zu reden hieße wirklich, Eulen nach Athen zu tragen. Ich denke, das bedarf keiner längeren Ausführung. Bremen war eine Hafenstadt, Bremen ist eine Hafenstadt, und Bremen wird eine Hafenstadt bleiben. Ich füge sofort hinzu, dass mit

dem Wort Bremen, das ich synonym meine, vor allem Bremerhaven gemeint ist. Das liegt einerseits an unserer Zuwendung zu Bremerhaven, andererseits an der globalen Entwicklung der Weltwirtschaft.

Wir müssen es so zur Kenntnis nehmen, und ich glaube, wir können sagen, wir nehmen es erfreut zur Kenntnis, dass die Feststellung, die ich treffe, eine solche ist. Wir haben mit den bremischen Häfen vor allem in Bremerhaven sehr moderne Häfen, die im Wettbewerb handlungsfähig sind und die auch im Benchmarking, wie das neudeutsche Wort dazu heißt, eine durchaus angemessene Position haben und haben werden. Darum bemühen wir uns, und ich glaube, das ist auch und vor allem ein Verdienst der großen Koalition.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich das vorwegschicken darf: Herr Schramm, bei Ihren Ausführungen war ich mir im Moment nicht ganz klar, hat er nun etwas gegen Häfen, will er überhaupt noch Häfen, meint er nur die stadtbremischen Häfen, oder worauf zielt er denn eigentlich? Ich bin da aus Ihren Ausführungen nicht ganz schlau geworden, aber in einem stimmen wir völlig überein, auch Häfen, wie Investitionen jeder Art, bedürfen einer vernünftigen Kosten-Nutzen-Analyse.

Auch das werden Sie mir aber freundlicherweise abnehmen: Kosten und Nutzen bei einem Strukturproblem wie Hafen sind nicht nur betriebswirtschaftlich, sondern auch volkswirtschaftlich zu messen. Ich muss mich auch fragen, was ist direkt und was ist indirekt. Alles das lernen wir bereitwillig, denn Politik heißt ja nicht nur, eine Bilanz in ihren Ordnungsparametern nachzuvollziehen, sondern auch die Gesamtstruktur politischer Bedeutungen damit zu verbinden.

Wenn ich das doch noch um den einen oder anderen allgemeineren Gedanken ergänzen darf, dann bin ich mit Ihnen völlig einer Meinung, dass wir immer wieder kritisch fragen müssen, auch im Nachhinein, im so genannten Post-Check, ob wir denn Investitionen, die wir zum Beispiel vor 30 Jahren im Neustädter Hafen gemacht haben, heute noch in gleicher Weise machen würden. Da stimme ich Ihnen zu, da wäre sicher das eine oder andere heute ganz anders zu bemessen und zu bewerten, als es damals gemacht worden ist. Aber wie gesagt: Nach dem Essen weiß man, wie es geschmeckt hat. Vor dem Essen soll man da etwas vorsichtiger sein. Man muss sich allenfalls auf den Koch verlassen. Auch das ist gelegentlich eine Reise ins Niemandsland.

Wenn ich Ihnen einige Stichworte geben darf, um mich damit der Gegenwart und der Zukunft zuzuwenden, was heute bei Hafenstrukturen zu überlegen ist, dann ist zunächst einmal die Frage, wie wachsen eigentlich die Häfen, welche Zeitparameter muss man einbeziehen, wie entwickeln sich die Schiffsgrößen. Das muss ich alles in diesem Haus

(C)

(D)

- (A) nicht länger vertiefen. Wie weit kann man Flüsse ausbaggern, etwa bei Hafenstädten, die wie Hamburg oder Bremen an Flüssen liegen, wie weit kann man da gehen? Welche Ausbaumöglichkeiten gibt es? Die gibt es nicht nur technisch und technologisch, die gibt es auch unter Naturgesichtspunkten. Alles das muss ja hier nicht weiter vertieft werden.

Wie ist eigentlich das künftige Reederverhalten? Wir bemühen uns ja ständig. Wir müssen unsere ganzen Städte, wir müssen unsere ganzen Investitionen auch kundenfreundlich gestalten. Dann ist doch die erste Frage, die wir stellen müssen: Was macht eigentlich der Reeder in Zukunft, wie viele wird es denn noch geben, 20, 40, zehn, fünf? Was werden diese fünf sagen, wenn sie sehen, ihr in Bremerhaven habt da allerhand Probleme, dann gehe ich eben nach Amsterdam oder Rotterdam, oder ich gehe nach Hamburg!

Auch dazu eine mehr abstrakte Feststellung: Ich muss doch einsehen, dass die Häfen sich mehr und mehr ähneln. Unter den veränderten Bedingungen einer globalen Weltwirtschaft kommt es nicht mehr darauf an, ob Bremerhaven, Amsterdam oder Rotterdam, sondern die ganze Nord-Range wird mehr und mehr austauschbar.

Wenn ich dann diesen Satz aus der Markentechnik hinzufügen darf: Wenn ich denn schon ein Gattungsbegriff bin, dann muss ich darauf achten, dass ich innerhalb der Gattung einen solchen Service liefere, dass die Gattung durch mich ausgehebelt wird und mein Service in Bremerhaven eben als der besondere angesehen wird. Das alles sind doch Dinge, die ich hoffe in diesem Haus nicht länger begründen zu müssen. Wir haben auch die Entwicklung, dass Reeder heute, je größer sie werden, umso mehr auf die Dedicated-Terminals zugehen, das heißt, sie wollen ihre eigene Abfertigung. Alles das als Stichworte unter der Frage, wie begreifen und wie nehmen wir denn den Strukturwandel an!

- (B) Wenn ich mich dann etwas enger auf die Frage Bremerhaven und Bremen konzentrieren darf, so wissen wir, dass die Weltwirtschaft, dass die Bedingungen einer sich entwickelnden Wirtschaft, *change is the consistency*, sagen die Engländer schlicht und einfach, der Wandel ist das einzig Beständige, dass wir eine Veränderung in Bremerhaven und Bremen haben, dass Bremerhaven prosperiert und für Bremen eben generelle Probleme bedeutet. Das ist strukturell bedingt a) durch die Lage und b) durch die Entwicklung der Wirtschaft. Das muss ich nicht weiter begründen, aber ich darf dies noch hinzufügen, was der Kollege von der SPD völlig richtig gesagt hat: Mit der Oslebshauser Schleuse haben wir doch eine ganz klare Perspektive auch für die stadtbremischen Häfen geschaffen und erhöhen damit ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihre Überlebensfähigkeit.

Der Holz- und Fabrikenhafen, um auf einige Häfen einzugehen, ist ein funktionierender Teil, er ist

notwendig, und er ist auch perspektivisch notwendig für die stadtbremischen Häfen. Wir haben dort eine prosperierende und lebensfähige Industrie. Ich war vor einigen Wochen da und habe mich mit den gesamten Unternehmern dort unterhalten. Es steht doch völlig außer Frage, dass dieser Hafen erhalten und zukunftsgerichtet wettbewerbsfähig bleiben muss.

(Beifall bei der CDU)

Links der Weser haben wir Probleme, Herr Schramm, da stimme ich Ihnen zu, aber da sind Sie nicht der Einzige, der von dieser Einsicht gequält, getrieben, belastet oder beglückt wird, wie auch immer. Der Hafensenator hat das auch schon begriffen, und er unterhält sich mit der BLG darüber, wie man denn diese Flächen anders nutzen kann. Da sind auch Verträge, Quadratmeterpreise und Nutzungen, die vielleicht vor 20 Jahren einmal vernünftig waren, keine Perspektive, sondern die nüchterne unternehmerische Frage, was ist die Alternative, kann man andere Interessenten heranzuführen, wenn ja, wie, ist doch mit der Frage gestellt und auch mit einer möglichen und notwendigen Antwort versehen. Sie können davon ausgehen, schläfrig wie ich bin, dass der Vorstandsvorsitzende der BLG durchaus weiß, dass er diesen Fragen nicht ausweichen kann.

Ich bin mit Ihnen völlig einer Meinung, die Neustädter Häfen müssen in ihrer investiven Qualität mit der heutigen Abnutzung, damit meine ich übersetzt Verzinsung, sehr kritisch hinterfragt werden. Weil die Fragen eben so kritisch sind — und das ist überhaupt kein Schuldvorwurf an die, die damals vor 30 Jahren investiert haben, sondern der nüchterne Reflex auf die heutigen Gegebenheiten —, wird man sich also auch mit umso größerer Dringlichkeit um vernünftige Antworten bemühen müssen.

Die Diskussion der alten Hafenreviere will ich auch angesichts der Kollegen hier nicht weiter vertiefen. Wir alle wissen, sie hat eine gewerbliche Vorgabe. Diese gewerbliche Vorgabe wird den Wirtschafts- und Häfensenator mannhaft immer wieder daran erinnern, dass das Wohnen dort freundlich, fröhlich, heiter sein kann, immer unter der Voraussetzung, dass die gewerbliche Nutzung dadurch ermöglicht wird. Sie müssen in diesem Haus auch die Frage beantworten, ob das eine das andere nicht ausschließt.

Herr Schramm, wenn Sie sagen, zu dem Großmarkt, auch ein Reizwort — es ist ja keines mehr, der Dauerlutscher ist ziemlich abgelutscht —, könne man ja stehen wie man wolle, dann darf ich Ihnen sagen, die große Koalition steht zu dem Thema, und wir brauchen es nicht weiter zu diskutieren.

Zusammengefasst meine ich, dass wir im Land Bremen eine hervorragende Antwort auf die Weltwirtschaft gegeben haben, wettbewerbsfähige Hä-

(C)

(D)

(A) fen haben. Das heißt vor allen Dingen Bremerhaven. Wir sind im Moment dabei, CT III a zeitlich zu verkürzen. Fragen Sie einmal einen Mann, der aus der Unternehmerschaft kommt, was es heißt, in Behörden Zeitparameter vorzugeben! Aber alles das sind Dinge, die man in Gelassenheit, aber dafür umso größerer Energie verbindend lösen muss.

Wir sind dabei, CT IV in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Sie alle kennen die Problematik: Wo kommt denn der CT V hin? Muss man heute schon beim CT V über den CT IV so nachdenken, dass man beides miteinander zumindest gedanklich verbindet? Dass wir eine Port Authority bilden, heißt ja nicht, dass unsere Beamten dämlich sind und bisher nicht vernünftig gearbeitet haben, sondern es heißt schlicht und einfach, wie ich mich auf den künftigen Wettbewerb einstelle. Aber alles das ist in diesem Haus, wenn ich auf Herrn Töpfer schaue, so bekannt, dass ich meine Ausführung zu dem Thema beenden möchte und mich bedanke!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Schramm.

(B) Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Hattig, es kommt ja nicht häufig vor, dass wir uns einig sind, und ich hoffe, Sie haben nichts dagegen, dass wir in weiten Teilen auch mit Ihrer Position dieses Mal übereinstimmen und dass Sie sich nicht von uns vereinnahmt fühlen. Ich denke, wo Sie Recht haben, da müssen Sie auch Recht behalten, zumindest was den ersten Teil Ihrer Ausführungen angeht.

(Beifall bei der CDU)

Es ist nur ein bisschen schade und bedauerlich, dass, ich sage einmal, dieser neue Aspekt von Hafenspolitik in Ihrer Antwort, in der Mitteilung des Senats nicht zum Ausdruck kommt. Das hätte uns gefreut! Dann hätten wir hier eine ganz andere Debatte führen können und die Strukturen, die Entwicklung, die Zukunft, was die stadtbremischen Häfen angeht, hier unter einem neuen Blickwinkel vielleicht betrachten können.

Sie mögen es mir nachsehen, dass ich als Bremerhavener auch über Hafensstrukturen der Stadt Bremen rede,

(Zuruf von der CDU: Aber nur geduldet!)

um das auch noch einmal klarzustellen, vor dem einzigen Hintergrund der Frage, wie kann man Flächen, wie kann man hohe Investitionen, die notwendig sein werden, effizienter nutzen zum Wohle des gesamten Bundeslandes, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Die Antwort sagt ja aus, dass die Zahlen rückläufig sind, also Strukturen in den Hafenrevieren sich zwangsläufig verändern werden. Darauf muss man eine Antwort finden. Die hat leider der Senat in dieser Antwort bisher nicht gegeben.

Herr Oppermann von der SPD, Sie sagen, wir sollen doch abwarten, bis das Entwicklungskonzept vorliegt, und werfen uns vor, dass wir wieder einmal schneller waren als Sie. Das kann ja nun kein richtiger Vorwurf sein, dass eine gute und kompetente Opposition die Fragen stellt, die auf der Tagesordnung stehen und die bei Ihnen ins Vakuum stoßen. Das können Sie uns doch wirklich nicht vorwerfen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Sie sagen, wir sollen warten, bis die Arbeitsgruppen tagen. Sie tagen ja und tagen und tagen. Warum tagen sie denn, Herr Oppermann? Doch wohl, weil die Strukturen sich verändern müssen! Warum wohl wird über eine Diskothek in den Hafenrevieren geredet, die hier angesprochen worden ist und die abgelehnt worden ist? Man spricht doch nicht über die Existenzgründung einer Diskothek in den Hafenrevieren, wenn der Strukturwandel nicht vor der Tür stehen würde, meine Damen und Herren, jedenfalls was Hafenumschlag und was Wertschöpfung im Hafen angeht! Von daher ist dieses Hafenstrukturkonzept, das seit 1994 von der Gesamtheit dieser Bürgerschaft eingefordert worden ist, notwendig und steht auf der Tagesordnung, liegt aber bis heute nicht vor.

Nur das ist Sinn und Zweck dieser Debatte, dass wir die Strukturen, die die stadtbremischen Häfen betreffen, noch einmal einfordern. Ich frage Sie, wenn Sie das alles nicht wissen und wir noch abwarten sollen, was wollen Sie eigentlich im Mai, wenn der Haushalt Häfen vorgelegt werden soll, dort entscheiden? Auf welcher Grundlage sollen die Summen bewilligt werden? Wir könnten höchstens über Kleinigkeiten uns unterhalten, die unstrittig sind. Aber weder große Investitionsprioritäten können wir diskutieren, noch können wir dafür die Mittel bereitstellen, noch können wir die konsumtiven Mittel für die Unterhaltung und für den Betrieb der Häfen bereitstellen, wenn man gar nicht weiß, welche Hafenteile zukünftig eigentlich noch in Betrieb bleiben sollen. Diesen Widerspruch müssten Sie mir eigentlich noch einmal erklären.

Es spricht ja Bände, Herr Oppermann, CDU, wenn Sie auf den Fischereihafen in Bremerhaven eingehen. Das ist zwar nett gemeint und ist wirklich auch ein positives Beispiel, hat aber mit der Hafenspolitik, die wir jetzt im Moment hier diskutieren, wirklich nur am Rande zu tun.

(Abg. Karl Uwe O p p e r m a n n [CDU]:
Sie haben doch danach gefragt!)

(A) Danach haben wir nicht gefragt, das haben Sie beantwortet, aber das hat mit den stadtbremischen Häfen, mit der Struktur, das müssen Sie auch, glaube ich, zur Kenntnis nehmen und einsehen, wenig zu tun. Das sind nicht die drängenden Fragen, die sich uns stellen.

Wir haben den Strukturwandel im Auge, wenn man sich die Häfen ansieht. Was ist neu in den Neustädter Häfen? Da gibt es jetzt eine neue Initiative eines Wasserflugzeugbetreibers. Dazu kann man stehen, wie man will, das hat aber etwas, finde ich, mit Strukturwandel zu tun, das ist aber auch alles, was dort zu sehen ist.

Wenn jetzt noch einmal neue Investitionsutopien ins Spiel gebracht werden wie die Stromkaje in den Häfen rechts der Weser, wie der Kollege Oppermann, SPD, das gemacht hat, dann ist das wirklich die alte Hafenpolitik, die wir seit zehn, 20 Jahren hier diskutieren und die wirklich nur die sozialdemokratische Hafenpolitik sozusagen unter dem Motto „Weiter so“ vorantreiben soll. Jetzt eine Investition über 600 Millionen DM Stromkaje Weser noch einmal neu auf das Tablett zu bringen, hat mit der zukünftigen Struktur nur noch ganz wenig zu tun und zeigt mir, wie notwendig eigentlich die Debatte ist, und ich bin froh, dass wir sie noch einmal angezettelt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) **Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schramm, Pech gehabt! Sie haben nach Fischereihafen gefragt. Vielleicht sollten Sie Ihre eigenen Fragen kennen und lesen und dann auch die Antworten zur Kenntnis nehmen! Wir in der CDU-Fraktion wissen, wie sensibel unsere Bremerhavener Freunde sind, wenn wir in ihre Gefilde hineinreden wollen, deswegen habe ich mich da sehr zurückgehalten, aber die Schleuse ist schon ein ganz wichtiges Instrument zur Zukunftssicherung.

Ich weiß, wie meine Kollegin aus dem Sozialbereich, Frau Linnert, den Bau dieser Schleuse immer gezeißelt hat, das viele Geld, was diese Schleuse kostet, in der vergangenen Legislaturperiode, und sie nickt mir zu, es stimmt also, wie ich es vorhin gesagt habe.

Herr Schramm, wir stehen in einem Strukturwandel, und ich habe Ihnen vorhin gesagt, wenn Sie Bereisungen mitmachen oder nicht mitmachen, ist das Ihr Problem, aber wenn man Bereisungen mitmacht, muss man auch sehen können. Wenn man mit offenen Augen durch den Industriehafen fährt, dann kann man sehen, welche Möglichkeiten mit dem seeschifftiefen Wasser bestehen und was diese neue

Schleuse Privatunternehmern dort ermöglichen wird, was dort machbar ist.

Die alte Kalianlage habe ich noch im vollen Betrieb erlebt. Da gab es übrigens 104-Kilo-Säcke, kein Mensch würde die heute mehr anfassen, darüber ist die Zeit eben gegangen. Investoren, das haben wir heute Morgen in der Haushaltsdebatte auch gehört, stehen nicht Schlange, um nach Bremen zu kommen, da muss man eben solche Dinge erst einmal bauen wie die Schleuse oder fertig stellen, damit hier optimale Bedingungen sind, und dann kann man die Hoffnung haben, dass vielleicht welche kommen. Wenn es denn einmal den Wesertunnel gibt und die Anbindung an das Bundesautobahnnetz optimal ist, wird dies ein ganz groß nachgefragter Standort sein, dessen bin ich mir ganz sicher.

Die große Chance, den Strukturwandel zu beginnen, haben wir am Holz- und Fabrikenhafen. Früher ging man als Bremer mit seinem Besuch in den Hafen. Doch leider liegt heute fast nirgendwo mehr ein Schiff. Im Holz- und Fabrikenhafen treffen Sie immer noch Schiffe an, täglich liegt dort etwas.

Die Rolandmühle hat es geschafft, ihren Liegeplatz in Form einer Wanne so zu vergrößern, dass dort auch große Schiffe anlegen können. Die Rolandmühle ist genau das Beispiel, was uns Mut machen sollte. Sie importiert Rohwaren über See, veredelt sie, macht Wertschöpfung und exportiert sie dann wieder weltweit.

Wenn es uns gelingt, nicht mit einer Stromkaje, sondern genau gegenüber, dort die Grundstücke anders aufzuteilen, kann man dort einen wunderbaren Liegeplatz für ein Feederschiff oder für ein Kümo schaffen, und dann hat man eine hervorragende Möglichkeit, dort auch andere Betriebe anzusiedeln, die sich um den Großmarkt, um die Holzbetriebe, die dort sind, ansiedeln, die ihre Produkte roh über See einkaufen, dort veredeln und wieder verkaufen, und dann ist das eine ausgezeichnete Wertschöpfung.

Sie haben alte Kamellen gesagt, zehn und 20 Jahre. Herr Schramm, Sie sind einer dieser Pirouettendreher, warum das alles so lange dauert.

(Beifall bei der CDU)

Man hört doch von Ihnen auch nichts anderes. Ich bin noch gar nicht so lange hier, ich kann über die alten Zeiten gar nicht reden, also rede ich nur über das, was ich in den gemeinsamen Jahren erlebt habe, und das hieß, immer noch einmal prüfen. Da fallen mir die Eiskunstläufer ein, kurz bevor sie zum Schluss kommen, drehen sie immer noch Pirouetten, um das Publikum zu faszinieren, und breiten dann zum Publikum die Arme aus. Sie haben aber einen Vorteil, unter dem dünnen Eis, worauf sie stehen, ist Beton, die brechen nicht ein. Wenn wir lange Pirouetten drehen, wir machen die Pirouetten auf

(C)

(D)

- (A) ganz dünnem Eis, dann sind wir weg vom Fenster, und das wollten wir im Sinne Bremens vermeiden. — Schönen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/216, auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kenntnis.

Beziehungen in der Region verbessern

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 7. März 2000
(Drucksache 15/233)

Wir verbinden hiermit:

Regionalentwicklung

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 21. März 2000
(Drucksache 15/258)

- (B) Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Scherf, ihm beigeordnet Staatsrat Professor Dr. Hoffmann.

Meine Damen und Herren, die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor zweieinhalb Wochen schreckte eine Überschrift in der Oldenburger „Nordwest-Zeitung“ die gesamte Region, ja auch die niedersächsische Landesregierung und letztlich auch den Bremer Finanzsenator, Herrn Bürgermeister Perschau, auf, da stand: „Bremen will sich Umland einverleiben.“

(Abg. Frau J a n s e n [SPD]: Das war eine Falschmeldung!)

Ich weiß nicht, ob es eine Falschmeldung war oder nicht, auf jeden Fall, soweit ist es noch nicht, Bremen will sich Umland einverleiben. Bezug war ein Papier von Staatsrat Professor Hoffmann, Staatsrat in der Senatskanzlei, Staatsrat bei Bürgermeister Scherf. Dieses Papier war gar nicht neu, es war zu diesem Zeitpunkt schon gut zwei Monate alt, und offensichtlich war es durch eine Indiskretion jetzt in die Presse gekommen.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Bremen will sich Umland einverleiben. Ich weiß nicht, ob das Kern der Überlegungen von Herrn Staatsrat Hoffmann war, aber Tatsache ist, dass er tatsächlich in einem sehr langen, über 70 Seiten langen Papier vorgeschlagen hat, dass Bremen und das niedersächsische Umland eine gemeinsame so genannte Regionalkörperschaft gründen und dass dieser Körperschaft politische Rechte des Landes Bremen, politische Rechte der umliegenden Landkreise und politische Rechte der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven sowie der Kommunen in Bremens Umland, rund 30 Kilometer darum herum, zusammengeführt werden und dass dazu auch finanzielle Möglichkeiten zusammengeführt werden sollten. Soweit der Sachverhalt!

Bündnis 90/Die Grünen hat anders als alle anderen, die empört reagiert haben, gesagt, interessante Idee dieser Vorschlag und bestechend die Argumentation, die Herr Hoffmann vorgelegt hat. Ich komme darauf gleich zurück. Dennoch, das will ich jetzt hier gleich als Erstes sagen, war dieses Papier, so wie es in die Welt gesetzt worden ist und so wie es vermarktet worden ist, beim besten Willen kein Geniestreich Bremer Senatspolitik.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Aufschrei im Umland war ja berechtigt, muss man sich doch nichts vormachen, denn das gesamte Umland kennt aus den letzten Jahren die Bremer Politik, die heißt: Zusammenarbeit nur, wenn es überhaupt nicht zu vermeiden ist, und im Übrigen Bremen zuerst, und das Umland soll machen, was es will, aber am besten soll es das machen, was Bremen will. Herr Senator Hattig hat wunderschön, ich glaube, es war in Achim, ich habe es in der Zeitung gelesen, gesagt, wenn die das nicht so machen, wie wir uns das vorstellen, dann werden sie uns schon noch kennen lernen. Die Verhältnisse zum Umland sind in den letzten vier Jahren deutlich gestört gewesen, auch wenn Bürgermeister Scherf immer wieder Versuche gemacht hat, die Beziehungen zu glätten. Ich komme auch darauf noch zurück.

Meine Damen und Herren, wir haben gesagt, bestechende Argumentation und interessante Idee, dennoch hat dieses Papier fast die Diskussion über das Papier unmöglich gemacht, weil natürlich alle im Umland gesagt haben, hier wird von Bremen aus in unsere Belange hineinregiert, hier wird nicht Zusammenarbeit von unten organisiert, sondern hier wird von oben etwas übergestülpt. Da sind natürlich alle, egal, ob sie in Landkreisen, ob sie in Gemeinderäten sitzen, ob sie in örtlicher Politik sitzen, empfindlich, wenn ihnen jemand etwas von oben überstülpen will. Wir gehen ja sonst auch genauso vor, wenn es um unsere Selbständigkeit geht, und sagen, wir wollen unser Schicksal zuerst selbst gestalten, und wenn wir uns zusammenschließen, mit wem auch immer zusammenarbeiten, dann muss das

(C)

(D)

(A) freiwillig sein. Ich glaube, das muss auch das Prinzip einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit sein!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Außerdem ist das Papier von Herrn Staatsrat Hoffmann auf Kritik gestoßen, weil es natürlich voll in die Verhandlungen um den künftigen Länderfinanzausgleich hineinplatzt. Ich muss schon sagen, ich weiß nicht, ob es ein genialer Schachzug war oder auf wen es gezielt war, diese Vorstellung, auf jeden Fall kann man dem Papier entnehmen, dass die Senatskanzlei, zumindest ihr Chef, und ich glaube, es war nicht nur ein Privatpapier, keine großen Chancen bei den Länderfinanzausgleichsverhandlungen für Bremen sieht. Der Kollege Eckhoff hat gesagt, weiße Flagge vorzeitig gehisst. Natürlich ist daran etwas, wenn ich schwarz auf weiß mitten in den Verhandlungen lese, aus den Verhandlungen wird sowieso nichts, wir müssen uns etwas anderes überlegen, damit wir überleben können!

(B) Ich weiß nur nicht, was Herrn Bürgermeister Scherfs wirkliche Meinung dazu ist. Erst hat er gesagt, ein gutes Papier, da habe ich gedacht, er deckt das, was Herr Hoffmann gesagt hat. Dann hat er gesagt, das Ganze ist natürlich erst gemeint, wenn die Sanierung erfolgreich geklappt hat, da habe ich gedacht, Herr Hoffmann sagt ja gerade, das klappt so nicht, wie es vorgesehen ist, das verstehe ich nicht. Dann hat er als Drittes gesagt, das ist eine langfristige Vision, und darüber muss man reden, und das ist ein Denkanstoß. Was ist es nun eigentlich? Ist es letztlich das, was nun in der „Nordwest-Zeitung“ stand, ein Papier für einen Papierkorb? Ich fürchte, dass es das durch diese Behandlung geworden ist, und ich muss sagen, ich bedauere es, dass es dazu gekommen ist, dass die sachliche Diskussion über dieses Papier auf diese Weise verschwunden ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben das zum Anlass genommen, hier einen Antrag zu stellen, weil wir ja nicht erwartet haben, dass Regionalpolitik so schnell in die Schlagzeilen gerät. Immerhin hat dieses Papier den Effekt gehabt, nicht nur dass heute dieses Parlament hier diskutiert, nicht nur dass die Grünen einen Antrag vorgelegt haben, der auf der Linie liegt, die wir ja schon öfter vertreten haben, nämlich eine verbindliche regionale Zusammenarbeit zu fördern, sondern dass auch die große Koalition nunmehr einen Antrag eingereicht hat, der ganz eindeutig das Ziel, so habe ich es wenigstens gelesen, im Hintergrund hat, künftig zu verbindlicheren partnerschaftlichen gemeinsamen Aktivitäten und verbindlichen, so steht es hier ausdrücklich darin, verbindlichen Zusammenarbeitsmöglichkeiten zu kommen. Das ist ein großer Fortschritt, wenn die Koalition das tatsächlich gemeinsam so vertritt, das hatten wir bisher nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C) Insofern freuen wir uns auch über den Antrag, den SPD und CDU hier heute eingebracht haben, und wir haben, abgesehen von ein paar Randbemerkungen dazu, auch kein Problem, den zu unterstützen, weil er ja eine Antwort auf unseren Antrag ist und das Gleiche will.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich erlaube mir noch, weil die Redezeit beschränkt ist, kurz unsere eigene Position zu den Fragen, die Herr Hoffmann angeschnitten hat, darzulegen. Erstens plädieren wir für eine verbindliche regionale Zusammenarbeit, Grundlage dafür müssen aber Projekte sein, die Bremen und die Nachbarkommunen, die Bremen und einzelne Landkreise oder auch die Bremen und die Region gemeinsam verfolgen. Ausgangspunkt müssen gemeinsame Projekte sein, wir können uns viele vorstellen, im Bereich des regionalen Tourismus zum Beispiel, bei denen nicht nur Bremen sagt, wir machen das so, und ihr könnt euch anschließen, sondern bei denen man gemeinsames Marketing, gemeinsame Strategien für einen sanften oder auch einen anderen Tourismus in Bremen und in der Region beginnt.

(D) Wir können uns vorstellen, dass es Projekte von Bremen zusammen mit den Nachbarlandkreisen gibt, die ja auch ländlicher Raum sind. Wir werden das hier noch einmal gesondert diskutieren, es gibt viele Möglichkeiten. Wenn es um Vermarktung, regionales Marketing von Produkten aus der Region um Bremen geht, kann Bremen auch eine Umschlagzentrale für die künftigen Käufer und Marktbezieher sein. Auch da gibt es Möglichkeiten.

Über den Verkehrsbereich müssen wir gar nicht reden! Es gibt einen Verkehrsverbund, der hat viele Mängel und Schwächen, der muss weiterentwickelt werden. Es gibt Möglichkeiten in der gemeinsamen Flächenpolitik. Das ist in der Vergangenheit ungern gesehen worden, aber auch das gehört zu einer verbindlichen Zusammenarbeit, dass man sich darum kümmert, wo Wohnbauflächen, großflächiger Einzelhandel, wo neue Gewerbegebiete ausgewiesen werden, weil die Bürgermeisterkonkurrenz besteht. Das Ziel von Herrn Hoffmann ist aber gerade, und das ist der gute Gedanke dabei, einen Schritt über die Konkurrenz hinaus weiterzukommen und die Region als Gesamtes zu sehen.

Wenn wir das tun, meine Damen und Herren, dann sind wir einen kräftigen Schritt voran. Wir müssen das tun, und das ist das Revolutionäre an dem Papier von Herrn Staatsrat Hoffmann. Es ist in bestimmten Punkten revolutionär für die Politik der großen Koalition, die sie bisher betrieben hat,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

weil sie das erste Mal in einem solchen Papier offen sagt, der Prozess der so genannten Suburbanisation, also, die Menschen aus der Stadt wollen sich im Grünen, im Umland ansiedeln — Sie sehen das ja in

(A) Weyhe, in Achim, in Oyten —, ist nicht aufhaltbar, egal mit welchen Mitteln, egal mit wie viel Geld. Er ist bestenfalls ein bisschen abschwächbar.

Wenn man das akzeptiert, heißt das aber nicht, dass diese Menschen, die um Bremen herum wohnen, nichts mit Bremen zu tun haben, sondern sie sind im weitesten Sinne auch Bremer, sie nutzen unsere kulturellen, wirtschaftlichen Einrichtungen, unsere Gastronomie, unsere Veranstaltungsangelegenheiten, die Verkehrsmittel hier. Umgekehrt fahren auch wir ins Umland, ins nähere Umland, zur Freizeit, zur Erholung, zu Besuchen und so weiter. Es ist ein Gebilde, das hier zufällig durch Landesgrenzen getrennt ist. Darum geht es in dem Papier, das als eine Einheit zu sehen. Ich finde, das ist revolutionär gegenüber der bisherigen Maschendrahtzaunpolitik, die hier in Bremen betrieben wurde.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wenn wir das begreifen und ausgehend von konkreten Projekten die Zusammenarbeit entwickeln, dann glauben wir, dass es in absehbarer Zeit auch möglich ist, einen gemeinsamen Verband zu entwickeln, in dem bestimmte Bereiche wenigstens, das kann zum Beispiel ein Teil der Bereiche sein, die im Antrag der großen Koalition aufgezählt sind oder auch bei uns, Verkehr, Raumordnung und -planung, Tourismus, Freizeit, vielleicht auch landwirtschaftliche Fragen, gemeinsam geregelt und beschlossen werden können. Das wäre ein großer Fortschritt.

(B) Wenn es dann daraus irgendwann, ich will da keine Prognosen machen, zu einer verbindlich organisierten, demokratisch legitimierten Zusammenarbeit, und das ist es ja, was Herr Staatsrat Hoffmann eigentlich formuliert hat, er hat eine verfassungsrechtliche Möglichkeit dafür gesucht, kommen sollte, dann sollten wir uns dagegen auch nicht wehren, solange die Selbständigkeit Bremens nicht in Frage gestellt wird, und das tut hier im Augenblick keiner.

Das ist ein Anlass, weiter zu denken, weiter zu arbeiten, weil es dringend erforderlich ist. Deshalb plädiere ich dafür, die Debatte um dieses Papier endlich wieder zu versachlichen, es auch abzukoppeln von der aktuellen Debatte um den Länderfinanzausgleich, weil das, glaube ich, der größte Schaden in dieser Frage ist, weil es dann immer nur darum geht, hier wollen Bremer niedersächsisches — —.

(Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Ist das nun Schaden oder Nutzen?)

Ich sage doch, der größte Schaden bei diesem Papier ist, es für die Debatte um den Länderfinanzausgleich zu benutzen, weil es dann so aussieht, als ob wir den Länderfinanzausgleich aufgegeben ha-

ben, das habe ich schon gesagt, und es zweitens so aussieht, als ob die Bremer hier nur Geld aus dem Umland haben wollen und nichts dafür bieten. Das ist ja nicht Kern der Sache.

(C)

(Zuruf der Abg. Frau J a n s e n [SPD])

Ja, das sage ich doch gerade! Ich sagte, es erweckt diesen Anschein, und das ist der Haken dabei. Ich möchte nicht, dass diese Debatte zurückgeworfen wird, und deshalb möchte ich ja auch, dass wir eine sachliche Debatte um dieses Papier führen, abgekoppelt von der Frage des Länderfinanzausgleichs, gerichtet auf die Entwicklung einer gemeinsamen Region mit politischen Körperschaften.

Die Frage der Demokratie, meine Damen und Herren, finde ich ziemlich wichtig in diesem Zusammenhang. Regionale Zusammenarbeit ist nicht nur eine Zusammenarbeit von Verwaltungen, die sich irgendetwas ausdenken oder sich bekriegen, ist auch nicht eine Sache von Oberbürgermeistern und Bürgermeisterern oder irgendwelchen Gemeindedirektoren oder Landräten, solange es Gemeindedirektoren noch gibt, sondern sie ist eine Sache, die erstens von den Bürgern getragen werden muss, und die Bürger müssen sehen, dass es ihnen etwas nützt,

(Zuruf der Abg. Frau J a n s e n [SPD])

aber zweitens auch parlamentarisch begleitet und schließlich auch parlamentarisch kontrolliert werden muss. Je enger die Zusammenarbeit ist, desto notwendiger ist es natürlich auch, eine eigene parlamentarische Vertretung für einen solchen Bereich zu haben. Ohne Demokratie gibt es keine vernünftige Zusammenarbeit, weil die Bürger ohne Demokratie überhaupt nicht sagen können, was sie eigentlich wollen. Das ist der Kern. Das alles steht in unserem Antrag.

(D)

Wir fordern den Senat auf, bis zum Sommer darüber zu berichten, wir haben keine Bedenken, die Zeit auch bis zum Herbst auszuweiten. Das ist ein bisschen knapp, das gebe ich gern zu, deshalb ändere ich dahingehend auch unseren Antrag, dass bis zum Ende des kommenden Jahres dieser Bericht vorliegen soll, den wir vom Senat erbitten. Wir bitten Sie, dem zuzustimmen. Der Antrag der Koalition sagt im Prinzip das Gleiche. Deshalb haben wir auch kein Problem dem Antrag der Koalition zuzustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir diskutieren unter der Überschrift Regionalentwicklung heute zweifellos eine

- (A) entscheidende Frage bremischer Politik für die nächsten zehn Jahre. Wir schauen bei diesem Thema und so wie es jetzt in der Diskussion ist, weit hinaus über den im Jahre 2004 endenden Sanierungsabschnitt, und wir wollen damit die Perspektiven für den Stadtstaat sichern.

(Vizepräsident R a v e n s übernimmt den Vorsitz.)

Das ist doch das Anliegen. Da will ich für meine Fraktion auch deutlich sagen: Die von Staatsrat Hoffmann und auch Bürgermeister Scherf in vielen Gesprächen, gerade ja wieder am Montag mit Vertretern der niedersächsischen Gemeinden im Rathaus hier drüben, skizzierten Vorschläge für die Region und für unser Bundesland greifen wir hiermit auf, und sie werden auch von der Spitze dieses Senats offensiv angefasst. Das finde ich richtig, und das unterstützt unsere Fraktion voll und ganz.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Mützelburg, ich würde das alles, was dort an Vorschlägen diskutiert wird, nicht gleich revolutionär nennen. Das, finde ich, geht ein bisschen zu weit. Im Übrigen haben Sie sicher früher unter revolutionär auch etwas anderes verstanden.

- (B) (Heiterkeit — Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/ Die Grünen]: Er hat das doch alles relativiert, auch bezogen auf die große Koalition! — Zuruf des Abg. P f l u g r a d t [CDU])

Herr Pflugradt, Sie müssten sich einmal nach den Geschichten erkundigen, dann wüssten Sie, dass ich seit weit über 20 Jahren Mitglied der Sozialdemokratischen Partei bin, und das bei meinem Alter, das dürfte Einiges klar machen!

(Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Das erstaunt mich jetzt auch! Ich meinte das auch geistig!)

Wir sollten lieber bei der Sache bleiben, weil sie eigentlich ernst genug und viel zu wichtig ist, als dass wir uns hier auf solche Späßchen konzentrieren! Die Diskussion über die regionale Entwicklung steht nicht, wie häufig kolportiert wird, gerade im Zusammenhang mit dem von Staatsrat Hoffmann verfassten Papier, gegen das Sanierungsprogramm und die Strategie von Sparen und Investieren, im Gegenteil!

Wer regional kooperieren will, der braucht eine gewisse Stärke und ein ökonomisches Fundament. Modernisierung durch Investitionen und durch Investieren ist die Grundlage dafür, wenn man zukünftig Verflechtungen in der Region als Großstadt, als Mittelzentrum Bremerhaven offensiv vorantreiben

will. Eines bleibt natürlich bestehen, die sachliche Grundlage für Kooperationen und die Kooperationsnotwendigkeit ist die Suburbanisierung oder zu Deutsch das Wachsen der Städte in das Umland.

Das gilt für Bremerhaven als Oberzentrum seines Raums, wo man doch heute, wenn man von Bremerhaven nach Langen oder von Bremerhaven nach Schiffdorf fährt, kaum die Stadtgrenzen merkt. Ebenso und vielleicht noch deutlicher gilt das für eine Großstadtregion wie Bremen, für die der BAW, als Institut damals sogar noch beim Wirtschaftsressort angesiedelt, häufig die Argumentation aufgemacht hat, dass es sich hier um eine Region mit mehr als 700.000 Einwohnern handelt, für die man eben auch etwas Einheitliches entwickeln muss.

Das ist dann doch, glaube ich, der letzte und entscheidende Ansatz, die wirtschaftliche Entwicklung bis hin zur Globalisierung der Wirtschaftskreisläufe und des Heranwachsens eines gemeinsamen Europas. Das alles mahnt uns doch, uns nicht in Kleinklein und nicht in den Konkurrenzen mit Sudweyhe, Brinkum oder Achim zu verzetteln, sondern es gemahnt uns, das Zusammenwachsen anzugehen und auch von der institutionellen Seite her dort neue Schritte zu gehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin sicher, unsere Stadträume Bremerhaven und Bremen gewinnen nur dadurch, dass wir ein solches Herangehen fassen. Das ist auch die Grundlage für unseren Antrag. Man muss sich in dem Zusammenhang vor Augen halten, dass wir ganz und gar nicht allein stehen und dass das ja keine singuläre Idee ist.

Schauen Sie, meine Damen und Herren, nach Stuttgart, schauen Sie nach Hannover, was dort passiert! Stuttgart beispielsweise hat in den letzten Jahren, übrigens Baden-Württemberg war regiert von einer großen Koalition, einen Umlandverband mit verbindlichen Regularien entwickelt, einen Umlandverband, der übrigens gesteuert wird von einem eigenständigen Regionalparlament, das sind Institutionen, das sind Regionalkörperschaften. Dieser Weg ist richtig, den müssen wir auch gehen.

Am weitesten geht doch Hannover. Zurzeit werden Gesetzentwürfe über eine Region Hannover beraten. Da verschmilzt die Großstadt Hannover, vergleichbar mit uns hier in Bremen, mit dem Landkreis Hannover zur Region Hannover. Gut, dort gibt es keine, ich höre Herrn Eckhoff schon, Landesgrenzen, richtig!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Ich rede doch gar nicht!)

Das hannoversche Vorhaben berührt aber durchaus auch wichtige institutionelle Grenzen. Niedersach-

(C)

(D)

(A) sen hat die Bezirksregierungen. Wir selbst wissen das, weil wir von dreien umzingelt sind. In Hannover werden durch das Vorgehen auch die Kompetenzen dieser Gebietskörperschaften, dieser Bezirksregierungen angefasst.

Ich bin sicher, Hannover trimmt sich mit dieser Reform auf Wettbewerbsfähigkeit für seinen Bereich, für seine Region, und Hannover ist nah. Das ist ein weiterer Grund, warum wir gefordert sind, diese Gedanken über regionale Zusammenarbeit auf ein verbindliches Niveau zu stellen, bis hin zu einer Regionalkörperschaft. Das sollten wir hier heute eindeutig unterstützen vom ganzen Hause!

(Beifall bei der SPD)

Ich will hier zum Verhältnis mit unseren Nachbargemeinden schon sagen, und da hat der Kollege Mützelburg einen richtigen Punkt angesprochen, wenn man diese Debatte angeht, muss man von vornherein deutlich machen, dass wir es nicht mit einer Attitüde machen, bei der Vorteilsnahme für Bremen und Bremerhaven durchblickt. So kann man keine Kooperationen machen, so kann es nicht gehen. Das ist eindeutig richtig! Das ist aber doch jetzt auch der Ansatz, wenn man sich einmal anschaut, wie versucht wird, Gespräche in unterschiedlichsten Weisen zu führen.

(B) Man muss doch festhalten, dass eine Regional Kooperation, und das darf auch erlaubt sein, das in jedem Gespräch mit unseren Nachbargemeinden zu erwähnen, nicht etwa nur von einseitigem Vorteil für den Stadtstaat ist, sondern dass eine Regional Kooperation durchaus auch Vorteile für Nachbargemeinden hat. Natürlich! Das muss man hier auch wissen. Es gibt doch auch gute Beispiele, auf die wir aufbauen können: Das Hanse-Wissenschaftszentrum in Delmenhorst ist doch etwas, das wir gemeinsam entwickelt haben, das diese Bremische Bürgerschaft unterstützt hat. Oder der Ausbau von Verkehrsinfrastruktur! Natürlich hat Achim ein fundamentales Interesse daran, dass wir die Verkehrswege, die Anbindung Weserpark verbessern, und die Lösung von Verkehrsproblemen in Richtung Oyten haben wir im Koalitionsvertrag stehen. Es ist auch richtig, dies anzugehen.

Das sind die kleinen Dinge, die da im Vordergrund stehen und die gemacht werden müssen. Auch da wäre es, das weiß hier bei uns im Hause schon jeder, und die Verwaltungen könnten sicherlich noch mehr davon erzählen, von Vorteil, wenn wir dort verbindlichere regionale Beratungsstrukturen hätten, wenn die Planungsprozesse mehr vereinheitlicht wären, wenn wir dies gemeinsam angehen könnten.

(Beifall bei der SPD)

Der letzte Aspekt, den ich nennen will, den Reinhard Hoffmann in seinem Papier auch erwähnt hat:

die Klein-Klein-Konkurrenzen mit den Nachbargemeinden verschlingen auch Ressourcen auf deren Seiten, denn sie führen zu Doppelinvestitionen. Auch unsere niedersächsischen Nachbarn schwimmen nicht mehr im Geld. Auch dort werden Kapazitäten in der direkten Konkurrenz aufgebaut. Dies alles sind die Themen, die wir jetzt richtigerweise und gut, finde ich, sehr gut in dem gemeinsamen Antrag der Koalition hier vorbringen und hier zu einer Beschlussfassung bringen wollen.

Wir haben deshalb in dem Antrag, auf den ich jetzt komme, auch den Gedanken eines, ich zitiere, „interessengerechten Vorteils- und Lastenausgleichs“ angesprochen. Das ist doch genau das, in welche Richtung dies geht. In dem Zusammenhang darf ich auf eines hinweisen, wenn Kritik daran kommt, dass ein solches Vorgehen die Sanierungsstrategie unterlaufen würde. Ich möchte mir erlauben, dazu mit Erlaubnis des Präsidenten aus dem Koalitionsvertrag zu zitieren. Es heißt dort: „Im Laufe der Legislaturperiode ist ein neuer Anlauf in Zusammenarbeit mit den Nachbarn zu einer Neugestaltung der institutionellen Beziehungen zu Umlandgemeinden, Landkreisen, Regierungsbezirken und dem Land Niedersachsen vorzubereiten und zu fundieren, um längerfristig die politische, ökonomische, finanzwirtschaftliche und kulturelle Handlungsfähigkeit der Region als Einheit aufbauen zu können.“ Das sind doch gute Sätze! Das verlangt doch, dass das Rathaus eine Initiative ergreift und versucht, dies zu realer Politik zu machen. Das verlangt von uns, dass wir dies durch Beschlussfassung über den heutigen Antrag auch unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss in dem Zusammenhang natürlich sagen, dass die Reaktion, die vielleicht etwas durch die Überraschung geprägt war, von Senator Perschau und auch von Herrn Eckhoff von der CDU-Fraktion, dem Geist des Koalitionsvertrags noch nicht ganz gemäß war.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Nun fangen wir langsam an, die Tatsachen zu verkehren!)

Herr Kollege Eckhoff, von Hoffmanns Erzählungen zu reden, ist doch wohl ganz und gar nicht zielführend in diesem Zusammenhang und ist auch keine politisch zukunftsfähige Antwort!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Irgendwelche Gedankenspielen durch die Welt zu schicken, ist auch nicht gerade sachführend, wenn ich das einmal sagen darf! — Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Fangt ihr schon wieder an, euch zu streiten?)

(C)

(D)

- (A) Ich will dem Kollegen Zachau nicht Recht geben, aber wir sind ja Gott sei Dank so weit, dass wir uns hier gar nicht zu zanken brauchen, weil wir ja jenseits von allen verbalen Auseinandersetzungen, die man immer hat, einen gemeinsamen Antrag vorlegen. Dieser gemeinsame Antrag ist eine inhaltliche Basis, auf der wir weiter vorwärts gehen sollten.

Ich möchte jetzt zum Schluss kommen und im Zusammenhang mit dem Antrag nur noch auf zwei wichtige Aspekte hinweisen. Zum einen ist es die Tatsache, dass, glaube ich, erstmalig das Thema Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und damit das Thema Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsansiedlung hier in einem Antrag der großen Koalition in Zusammenhang gestellt wird zur Regionalentwicklung. Das ist gut, neu und richtig so.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Aspekt betrifft die Frage der Verbindlichkeit. Verbindlichkeit ist ausdrücklich angesprochen, und dabei geht es um die Verbindlichkeit der Kooperation von Zusammenarbeitsformen. Ich sage für meine Fraktion, auch wenn hier der Begriff Regionalkörperschaft in dem Antrag nicht fällt, heißt das natürlich, wenn wir in dem Antrag davon sprechen, Kooperationen „in institutioneller Hinsicht zu organisieren“, ist das in die Richtung gedacht, und so etwas sollte auch in diese Richtung gehen. Der Weg ist richtig und verdient die volle Unterstützung.

- (B)

(Beifall bei der SPD — Glocke)

Ich fasse nach der Glocke des Präsidenten zusammen: SPD und CDU legen der Bürgerschaft eben diesen Antrag vor, der die Politik sehr deutlich auch für die Zeit nach dem aktuell laufenden Sanierungszeitraum skizziert. Wir wollen das Nachdenken über die Zukunft unseres Stadtstaates in Bremerhaven und Bremen unterstützen, und wir wollen Gespräche mit unseren Nachbargemeinden fördern. Meine Fraktion würde sich freuen, wenn das ganze Haus diesen Weg mitgeht, und ich bitte deshalb um eine möglichst breite Unterstützung unseres koalitionsären Antrags. — Danke!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, begrüße ich auf der Besuchertribüne Teilnehmerinnen des Schafferinnenmahls 1999. — Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort erhält der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich anders an-

fangen oder anders einsteigen, aber jetzt will ich doch am Anfang eine kleine Bemerkung zu Herrn Dr. Sieling machen! Erstens sollte man Anträge so interpretieren, wie sie zu interpretieren sind. Aus Fragestellungen kann man keine Feststellung ableiten. Zweitens, wenn man ein Teil eines Brandstifters ist, dann sollte man diejenigen, die mit dabei sind, das Feuer zu löschen, nicht auch noch beschimpfen! Insofern, glaube ich, muss man schon einmal ein bisschen überlegen, wieweit man hier nicht Äpfel mit Birnen vergleicht.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Sieling, Sie haben ja das Stichwort Hoffmanns Erzählungen genannt. Deswegen habe ich mir einen Teil von Hoffmanns Erzählungen beschafft, und da heißt es über Hoffmanns Erzählkunst: „Immer fasziniert seine unbestechliche Beobachtungsgabe, die scharf erfasste Eigenart seiner Figuren, die Verve und Brillanz seines Fabulierens.“ Dem kann man erst einmal zustimmen, was die Formulierungskunst von Herrn Hoffmann anbetrifft.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man das Papier durchliest, ist man wirklich fasziniert, insbesondere über das Fabulieren.

In diesem kleinen Büchlein, das ich hier mitgebracht habe, mehr habe ich nicht geschafft zu lesen, sehen Sie, mein Wertester, und so könnte unser Staatsrat auch denken: Über diese Dinge habe ich dann wohl mehr nachgedacht als vielleicht mancher. Wenn man ihn so kennt, weiß man, dass er so denkt und auch so handelt und so schreibt. Nur, zu einem solchen Papier, wenn man das denn schreibt und verschickt, ist es auch ein bisschen, da wir uns in einem politischen Umfeld bewegen, des Nachdenkens wert über Strategie und Taktik. Das gehört mit zur Politik. Ich glaube nicht, dass die Art und Weise, wie dieses Papier das Licht der Welt erblickt hat, der Weisheit letzter Schluss ist.

(D)

Meine Damen und Herren, wenn ein solches Papier vorbei an der zuständigen Senatorin, denn Frau Wischer ist für die gemeinsame Landesplanung, für die Beziehung zum Umland zuständig, verschickt wird, ohne dass der Senat etwas davon weiß, und vorbei an dem Koalitionspartner, dann, glaube ich, ist es nicht ganz klug, so etwas zu machen. Das ist aber nur unsere interne Welt. Wenn aber dieses Papier dann an die Oberkreisdirektoren verschickt wird mit der Bitte um Diskretion — das kann man noch verstehen — und im Namen von Bürgermeister Scherf, und Herr Bürgermeister Scherf sich bisher nicht davon distanziert hat, dass es in seinem Namen verschickt worden ist, dann hat das schon eine besondere Qualität, nämlich vorbei an Frau Wischer, vorbei am Senat und vorbei am Koalitionspartner,

(A) aber in Billigung von Herrn Scherf. Ich finde schon, dass es hier auch im Parlament dazu eines Wortes von Ihnen, Herr Bürgermeister, bedarf, wie Sie zu diesem Papier stehen beziehungsweise gestanden haben. Das müssen wir schon erwarten!

(Beifall bei der CDU)

Ich will nur darauf hinweisen, dass es ja in der Koalitionsvereinbarung hierzu einige Ausführungen gibt, nämlich zu der Frage, wie wir mit dem Umland umgehen wollen, und das in gutnachbarschaftlicher Art und Weise. Dieses Papier erfüllt diesen Anspruch nicht,

(Beifall bei der CDU)

und es erfüllt auch nicht den Anspruch der Koalitionsvereinbarung. Hier wird nämlich von einer Neugestaltung der institutionellen Beziehungen zu den Umlandgemeinden gesprochen und nicht von neuen Institutionen. Wir wollen die Zusammenarbeit verbessern, aber wir haben nie davon geredet, dass wir solche Regionalkörperschaften wollen.

In Konsequenz dessen, was in der Koalitionsvereinbarung geschrieben steht, das müssten Sie, Herr Staatsrat Hoffmann, eigentlich wissen, hat Ihre Senatorin mit dem zuständigen niedersächsischen Ministerium ein gemeinsames Papier entwickelt, nämlich zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen, das ausführlich auch diskutiert worden ist in der gemeinsamen Landesplanung, und auch konkrete Verabredungen. Vor diesem Hintergrund, nämlich dass man etwas gemeinsam verabredet und gleichzeitig so etwas in die Welt setzt, ist es schlicht ein Armutszeugnis, dass hier unterschiedliche Verantwortlichkeiten zu unterschiedlichen Aussagen kommen. Das ist die Frage, dass wir hier so nicht miteinander umgehen können.

(B)

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Form war falsch, jetzt zum Inhalt!)

Frau Linnert, nun haben Sie doch ein bisschen Geduld! Ich habe zehn Minuten Redezeit, und ich möchte das doch ausführen, was ich hier auszuführen habe, und komme genau zu dem Punkt, zu diesem Papier selbst!

Wenn dann in diesem Papier ein gewisses Szenario aufgebaut wird, ich muss schon sagen, wer da von Mautgebühren für Personenwagen spricht, wer davon redet, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten wörtlich aus diesem Papier, „im bremischen Hochschulbereich die Ausbildungs- und vor allem Sozialleistung speziell für die externen Studierenden“, also primär des Umlandes, „zu verteuern“ oder die Pflegekosten für Patienten aus dem Umland her-

beizuführen oder gespaltene Preise, den Bremer Bürgern einen Bonus zu gewähren, wer selbst nur dieses Szenario aufzeigt, das zwar keiner will, das weiß ich, verschreckt die doch genau nach dem Motto, wenn ihr das mit den Regionalkörperschaften nicht macht, dann könnten wir auf diese Idee kommen.

(C)

(Abg. Frau J a n s e n [SPD]: Ich muss jetzt einmal hinaus gehen!)

Frau Jansen, gehen Sie ruhig hinaus! Mich stört das nicht! Nur weil Sie es laut gesagt haben und weil es dann auch im Protokoll steht, will ich doch darauf antworten: Uns stört es gemeinsam nicht!

Meine Damen und Herren, allein so etwas aufzuschreiben und dann noch den Oberkreisdirektoren zuzuschicken, darüber muss man sich doch eigentlich vorher einmal Gedanken machen, wie das denn ankommen kann! Es ist doch kein Wunder, wenn ich hier zitiere, was der eine oder andere dazu sagt: „Mit dieser Vermessenheit konnte nur Napoleon Europa verändern, aber nicht ein Verantwortlicher der bremischen Staatskanzlei!“

(Beifall bei der CDU)

Apropos Napoleon! Manchmal hatten wir schon den Eindruck in der Vergangenheit, wenn ich so das Eine oder Andere überdenke! Das ist aber ja auch ein bisschen ein Kompliment, Herr Hoffmann, so empfinden Sie das! Davon gehe ich jedenfalls aus!

(D)

„Ein solcher Vorstoß gegen den in der Verfassung vorgeschriebenen Weg ist sehr befremdlich“, meinte Niedersachsens Innenstaatssekretär Werner Lichtenberg von der SPD. „Für wie dumm hält man uns in Niedersachsen eigentlich, dass wir nicht erkennen konnten oder erkennen sollen, dass es dabei nur um einen Vorteil für Bremen geht?“ Herr Theilen von der SPD kündigt schärfsten Widerstand an, es sei ein Affront. Herr Oberkreisdirektor Mundrei: „Die Kosten der Selbständigkeit muss Bremen selbst tragen.“ Herr Beckmann, Bürgermeister aus Lemwerder, SPD, stellvertretender Fraktionsvorsitzender: „Politisch sehr dumm!“ Alle von der SPD im Übrigen! „Fatale Drohung mit Maut!“ und so weiter, ich bin schon darauf eingegangen. „Von den Nachbarn ist nicht so viel zu holen, dass Bremen sich damit sanieren könnte.“ Gemeindedirektor Rendigs aus Stuhr findet es auch absurd, rechtlich wie faktisch.

Meine Damen und Herren, wenn man das Papier dann weiterliest, ich zitiere: „Nach dem Scheitern der angestrebten Fusion von Berlin und Brandenburg ist höchstwahrscheinlich auf längere Sicht jegliche Neugliederung der Länder nicht machbar.“ Das heißt doch, der Verfasser findet es eigentlich traurig, dass es keine Länderneugliederung gibt. Da glaubt doch der Verfasser, eine Neugliederung der Länder wäre von Vorteil für Bremen. Ich dachte immer, und so war unsere gemeinsame Politik eigent-

- (A) lich in Bremen, dass wir etwas anderes wollten. Wir wollen — jedenfalls unser Ziel als CDU ist es nach wie vor — die Erhaltung der Selbständigkeit Bremens!

(Beifall bei der CDU)

Wer von Sackgassen spricht und Autarkiestrategien, der will das doch eigentlich suggerieren, und wer davon redet, dass die Suburbanisierung ein unaufhaltsamer Prozess ist, der will doch signalisieren, meine Damen und Herren, dass es sich nicht weiter lohnt, Gewerbebetriebe in Bremen anzusiedeln, die Menschen hier in dieser Stadt, in diesem Land zu halten! Wir glauben jedenfalls, dass es das Ziel der bremischen Politik ist, das nicht fortzusetzen, was in den siebziger und achtziger Jahren gemacht worden ist. Damals sind die Betriebe hinausgetrieben worden, weil hier kein Gewerbegebiet ausgewiesen wurde. Da sind die Menschen verdrängt worden ins Umland, weil nicht ausreichend Wohnbauflächen ausgewiesen wurden. Wir wollen das nicht! Unser Ziel ist, dass Bremen so stark ist, damit es aus eigener Kraft bestehen und leben kann.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Deswegen sagt Herr Gabriel auch zu Recht: „Wer A sagt, muss auch B sagen.“ Wer die Eigenstaatlichkeit eines Stadtstaates erhalten wolle, könne sich nicht nur aus der Region finanzieren. Das Papier sei keine Verhandlungsgrundlage zwischen den beiden Bundesländern.

Meine Damen und Herren, das ist in der Tat der Fall. Das ist keine Verhandlungsgrundlage, und wir erwarten, dass dieses Papier sofort aus dem Verkehr gezogen wird, denn der Schaden, den dieses Papier angerichtet hat im Verhältnis zu den Umlandgemeinden, ist immens. Ich habe das zitiert, welcher Eindruck da ist. Nicht ohne Grund muss Herr Bürgermeister Scherf auch entsprechende Gespräche vertrauensbildender Art führen. Wir wissen ja alle gemeinsam, warum Sie die auch führen: Damit wieder dieses Vertrauen entsteht, was in der Vergangenheit mühsam aufgebaut worden ist.

Darüber hinaus, meine Damen und Herren, nicht nur im Verhältnis zu den Umlandgemeinden ist dieses Papier kontraproduktiv, sondern auch bei den Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich. Herr Bürgermeister Perschau hat sich da entsprechend geäußert. Ich will aufgrund der Kürze der Zeit nicht weiter darauf eingehen. Ich will nur eines sagen: Wer glaubt, dass das, was in Hannover, Sie haben es angesprochen, ich komme auch zum Schluss, Herr Präsident, diese ideale Geschichte ist! Wir haben uns neulich gerade im Kommunalverbund, Ihre Kollegin war leider nicht da, über diese Frage unterhalten, da ist uns gemeinsam geschildert worden, dass

das nicht von besonderer Bedeutung ist, insbesondere nicht die hohen Erwartungen erfüllt.

(C)

Ich habe jetzt nicht alles ausgeführt, was eigentlich auszuführen war, es ist ja auch ein weitgehendes Thema. Ich will nur eines noch sagen, Frau Wischer ist ja zur neuen Vorsitzenden des Kommunalverbundes gewählt worden, was wir begrüßen,

(Beifall bei der SPD)

aber die erste Tat ist, dass am 4. April eine Mitgliederversammlung im Bremer Rathaus stattfindet, und da heißt es in der Einladung: „Herr Staatsrat Professor Dr. Hoffmann wird in die Diskussion einführen und seinen Vorschlag, Regionalkörperschaft Bremen-Unterweser, erläutern.“

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Richtig!)

Meine Damen und Herren, ich halte es für kontraproduktiv, dass wir weiter auf der Grundlage dieses Papiers diskutieren. Das Papier muss weg, sonst schaffen wir kein Vertrauen zu diesem Umland! — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

(D)

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Pflugradt, wir leben weder im Mittelalter im Zeitalter der Inquisition noch im Zeitalter der Bücherverbrennung. Die Gedanken sind frei!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich bin auch dafür, dass wir frei darüber diskutieren können, wenn jemand, den Sie ja selbst als einen klugen Mann bezeichnet haben, sich Gedanken macht.

(Zuruf des Abg. Teiser [CDU])

Herr Kollege Teiser, es verlangt von Ihnen niemand, anderer Leute Gedanken aufzunehmen, vor allen Dingen dann, wenn Sie sie noch nicht einmal richtig verstanden haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen — Abg. Teiser [CDU]: Sie sind ja ein ganz Schlauer!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Bis zu dem Beitrag von Herrn Pflugradt und diesem merkwürdigen Vorschlag war es ja weitgehend eine sachliche Debatte, weil es eine wichtige Debatte ist.

(Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Tut mir Leid, dass ich das Klima gestört habe!)

Ich wollte nicht kuscheln, sondern ich habe vorhin gesagt — —.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Mit Herrn Sieling wollte er ein bisschen kuscheln!)

Herr Kollege Eckhoff, das können wir beide dann auch einmal wieder machen, keine Eifersucht!

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Bündnis 90/Die Grünen in diesem Parlament und nicht nur in diesem Parlament, sondern auch im Niedersächsischen Landtag und dort, wo sie im Umland in den Kreistagen und in den Kommunen Mitverantwortung tragen oder wo sie Opposition sind, hat seit langem in dieser Frage eine gemeinsame Position: möglichst enge Zusammenarbeit von unten, darauf aufbauend verbindliche Zusammenarbeitsformen auf demokratischer Basis. Das ist unsere Position, die wir über die gesamte letzte Legislaturperiode hier vorgetragen haben. Sie ist aus Ihren Reihen, von der CDU vor allen Dingen, als weltfremd verlacht worden.

(B)

Offensichtlich ist diese Debatte doch nicht ganz so weltfremd, sonst wäre sie jetzt nicht so hochgeschwappt, und es gibt nicht nur die Äußerungen, die Sie zitiert haben, Herr Kollege Pflugradt, sondern es gibt auch eine ganze Menge andere, abwägendere, ich denke zum Beispiel an die Aussagen des Oberkreisdirektors von Friedrichs aus Osterholz-Scharmbeck, wir können auch noch etliche aus den Gemeinden zitieren. Es ist tatsächlich eine reale Debatte, weil es viele Menschen gibt, die die Realität begriffen haben. Sie hingegen sind immer noch auf der Ebene des Glaubens, was die Frage der Subordination anbetrifft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Staatsrat Hoffmann hat in seinem Papier etwas Wunderschönes geschrieben. Er hat zu dieser Frage von zusätzlichen 40.000 Arbeitsplätzen und vor allen Dingen 50.000 Einwohnern mehr, darum ging es dann vor allen Dingen, geschrieben, hier sei eine Modellrechnung normativ umfunktioniert worden. Was ist das anderes als, hier ist eine Behauptung zum Gesetz gemacht worden? So argumentieren Sie immer noch!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt kein Gesetz darüber, weder ein wissenschaftlich beweisbares noch ein irgendwo vorliegendes Gesetz, dass Bremen mit irgendwelchen Maßnahmen erfolgreich dauerhaft Abwanderungen ins Umland verhindern kann. Nicht deshalb, weil wir in Bremen so besonders unintelligent und blöd sind oder eine falsche Politik machen, sondern weil das eine gesamteuropäische Tendenz ist! Bestimmte Tendenzen haben gesellschaftliche Ursachen, die wir heute hier nicht erörtern, das ist mehr eine Frage für Kongresse, Tagungen, für andere Leute, aber zur Kenntnis nehmen müssen wir das. Es gibt bestimmte Prozesse, die kann örtliche Politik nicht aushebeln, was immer sie macht, es sei denn, sie besticht jeden einzelnen Menschen mit ganz viel Geld, nach Bremen zu kommen, das er dann auch bar in der Tasche hat. Das können wir uns wirklich nicht leisten, meine Damen und Herren!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt kommen wir zu dem Beispiel Hannover, denn das ist wichtig für uns, nicht in dem Sinne, wie Herr Dr. Sieling gesagt hat, in Hannover macht man so etwas schon, und vielleicht klappt es, das könnte ein Vorbild sein. Das mag alles sein, das weiß man aber gar nicht, weil es das Gesetz noch nicht gibt. Es wird noch darum gestritten, und es gibt heftige Widerstände dagegen, Herr Dr. Sieling. Wenn aber so etwas kommt wie eine Region Hannover, hat es natürlich in Niedersachsen Sogwirkung. In Göttingen wird über die Einrichtung einer Region Südhannover diskutiert, in Osnabrück wird über eine Region im Raum Osnabrück diskutiert, weil natürlich, und das hat eine Kollegin von den Grünen aus dem Kreistag Diepholz in der letzten Woche sehr treffend gesagt, wenn Hannover das in Niedersachsen allein macht, ist das die Fortsetzung der Expo mit anderen Mitteln, denn das heißt, die Mittel gehen nach Hannover. Es wird einen Zwang geben auf die einzelnen größeren Regionen in Niedersachsen, sich selbst zusammenzuschließen, um ein Gegengewicht zu bilden.

(D)

Schlecht dran sind die Leute, die um Hamburg wohnen, denn sie haben kein Zentrum, und schlecht dran sind die Leute, die um Bremen wohnen, sie haben kein Zentrum, es sei denn, das Zentrum ist in einem anderen Bundesland. Also gibt es auch mittelfristig aus der Sicht der Menschen, die politisch verantwortlich sind, der Menschen, die mittelfristig für die Bürger in ihren Kommunen etwas machen müssen, die jetzt im Speckgürtel liegen und vor allen Dingen auch für die im ländlichen Raum, die allein dann natürlich völlig verlassen sind — die Expo hat ja viele Auswirkungen in Niedersachsen gehabt, und nicht nur positive, sondern auch die Vernachlässigung weiter Bereiche des Landes durch Hannover —, dass sie gezwungen sind, sich irgendeine Form der Zusammenarbeit auch mit Bremen zu überlegen.

(A) Das ist die politische Bedeutung dieses Region-Hannover-Gesetzes. Ob es in dieser oder in einer anderen Form kommt, zwingt es doch insgesamt zum notwendigen Zusammenschluss von größeren Verbänden, zu größeren Organisationsformen, zu Kooperationsformen. Wer das in Bremen nicht erkennt, dass das so kommt, ist einfach dumm!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube, wir wollen doch nicht dumm sein, weder wirtschaftspolitisch noch sonst politisch, und wir wollen auch nicht sagen, bloß weil wir einen Glaubenssatz haben, der offensichtlich der Wirklichkeit nicht ganz standhält, lassen wir den ganzen Rest fallen und kümmern uns nicht mehr um die Wirklichkeit. Das ist Politikunfähigkeit und nicht Politikfähigkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) Meine Damen und Herren, ich möchte noch zwei Sätze zur Realität sagen. Der Antrag, wir haben gesagt, wir unterstützen ihn, auch unser Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen hat die gleiche Zielrichtung, wir bitten den Senat, klar zu sagen, welche Richtung er eigentlich gehen will, was er vorhat und welche Möglichkeiten er sieht. Parallel dazu müssen wir sagen, was wir eigentlich wollen. Das geht nie ohne das Umland. Deshalb will ich sagen, in dieser Phase, und da hat Herr Pflugradt ja Recht, sind Demonstrationen Bremer Stärke, oder von Bremen aus wird gesagt, wie das Umland etwas zu machen hat, in jeder Frage unpraktisch.

Ich will zwei Beispiele nennen, ein kleines aus Ihrem Antrag, den ich sehr misslungen finde: In der Begründung steht, ich zitiere das sinngemäß, im letzten Satz des ersten Absatzes steht das, glaube ich, ich habe den Antrag jetzt hier nicht vor mir liegen, dass die Selbständigkeit Bremens nicht angetastet werden darf und dass die Grenzen der Gebietskörperschaften oder der Kommunen nicht angetastet werden dürfen.

Das Letztere ist natürlich Unsinn, denn darüber entscheiden die Niedersachsen selbst, ob sie es in ihren eigenen Grenzen machen, ob sich dort Kommunen zusammenschließen oder ob, wie bei der Region Hannover, der Landkreis aufgelöst wird. Das ist Sache Niedersachsens, und ich bitte Sie ganz dringend, wir beschließen das ja nicht, solche Begründungen nicht in die Öffentlichkeit zu bringen, denn das verschärft das auch wieder, wenn wir sagen, bei euch darf sich nichts verändern. Natürlich darf sich in Niedersachsen etwas verändern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen —
Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:
Das kann man auch positiv lesen!)

(C) Ich habe gesagt, es ist ein falscher Zungenschlag in der Sache. Viel wichtiger ist aber, dass wir es unterlassen, in unserer eigenen Politik Sachen zu machen, die mit dem Umland nicht klar abgesprochen sind.

Ich habe heute in der Zeitung gelesen, dass der endgültige Beschluss im Senat über Arberger und die Mahndorfer Marsch gefasst ist. Ich will jetzt nicht diese Debatte mit der Arberger und Mahndorfer Marsch führen. Ich will aber auf jeden Fall darauf hinweisen, dass bis vor wenigen Wochen die Sache in Achim anders gesehen wurde, und nicht nur aus Konkurrenzgründen, sondern deshalb, weil ja lange Zeit Achim angeboten hat, ein gemeinsames Gewerbegebiet mit Bremen zu planen, was Bürgermeister Scherf auch einmal zugesagt hat, und dass dieses gemeinsame Gewerbegebiet nun nicht gerade das von uns hier zu beschließende Gebiet Hansalinie war.

(D) Ich denke, wenn solche Fragen nicht öffentlich diskutiert werden und gemeinsam ausgetragen werden, ist das so wenig nützlich wie damals die Frage der Ausweisung des Wohngebiets Brokhuchting, als Delmenhorst sofort gesagt hat, hier aber nicht. Das ist aus unserer Sicht gerade die Grenze zu unserem Freizeit-, Erholungs- und Naturraum. Auch das ist damals nicht geklärt worden. Wenn wir weiterkommen wollen, müssen wir solche feindlichen Aktionen so lange unterlassen, bis wir einigermaßen Klarheit haben. Das ist wenigstens die Meinung vom Bündnis 90/Die Grünen. Das hängt nicht davon ab, ob wir die Sachen im Einzelnen gut oder schlecht finden, sondern das ist ein Beitrag zur Vorbereitung einer gemeinsamen Raumordnungspolitik zwischen Bremen und dem Umland, wie sie jetzt in Bremen-Nord glücklicherweise angegangen worden ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wir werden trotz des Beitrags von Herrn Pflugradt dem Antrag zustimmen. Der Beitrag von Herrn Pflugradt klingt so, als ob der Antrag nicht so ganz ernst gemeint ist.

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/
Die Grünen]: Allerdings!)

Das ist mir ehrlich gesagt egal, ich nehme ihn so, wie er da steht.

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: So ist er
auch gemeint!)

Er nimmt vieles auf, was wir gesagt haben. Wir finden das richtig!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Nicht so gemeint wie von Herrn Sieling, der schon alle Antworten gibt!)

(A) Herr Kollege Eckhoff, die Antworten soll der Senat uns geben, dazu haben wir diese Anträge gestellt. Wir, die Grünen, und die Koalition haben Anträge gestellt. Wir wollen beide, dass der Senat sagt, was er plant.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Richtig, deshalb können wir diesen Antrag hier auch beschließen!)

Wir alle sind selbständig genug zu sagen, was wir denken, was er planen soll. Das können wir dem Senat ehrlich gesagt auch mit auf den Weg geben, dazu sitzen wir hier als Bürgerschaftsabgeordnete. Das wird bei der Debatte auch nicht außen vor bleiben. Ob Sie das Papier von Herrn Hoffmann diskutieren wollen oder nicht, ob Sie es verschwinden lassen wollen oder nicht, die Frage der regionalen Kooperation, und zwar in verbindlicher Form und nicht nur zum Nutzen des Stadtstaates und nicht nur zum Nutzen der Gemeinden, sondern zum Beispiel im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger, die in Bremen und umzu leben, das ist die Frage, die jetzt zur Diskussion ansteht, und da erwarten wir eine Antwort vom Senat, und von Herrn Sielung erwarte ich eine Antwort, warum er unseren Antrag ablehnt. — Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) **Vizepräsident Ravens:** Als Nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Dr. Scherf.

Bürgermeister Dr. Scherf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieses Papier ist eine Art Werkstattpapier und keine Regierungserklärung und auch keine offizielle Senatspolitik, die hier aufgeschrieben worden ist, sondern es ist der Versuch von Reinhard Hoffmann in seiner unverwechselbaren Art. Jeder, der den Text gelesen hat, weiß, dass er schwierig zu verstehen ist. Auch ich habe damit Mühe gehabt, ihn mir anzueignen, Probleme zu sortieren und zu strukturieren. Möglicherweise ist der öffentliche Teil dieses Redens darüber, durch eine Indiskretion aus der Reihe der Oberkreisdirektoren vermutlich ausgelöst, ein Beweis dafür, dass es schwierig ist, so eine komplizierte, anspruchsvolle, in vielen Teilen hochwichtige und ernst zu nehmende Position überhaupt beratbar zu machen.

Dass er so beratbar geworden ist, wie er jetzt geworden ist, liegt wahrscheinlich an mir, denn ich habe, als ich das erste Mal damit zu tun hatte und meine liebe Mühe mit dem Text hatte, gesagt, den können wir doch nicht einfach veröffentlichen, den müssen wir intern beraten, und zwar nicht ohne die niedersächsischen Umlandleute, sondern mit ihnen, wie bekommen wir das hin, dass sich das Umland nicht überfahren fühlt, sondern sich einbezogen fühlt.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Hat ja gut geklappt! — Heiterkeit bei der CDU)

Ja, das hat sehr gut geklappt, das stimmt leider! Aber nun müssen Sie versuchen, das auseinander zu halten. Sigmar Gabriel macht das übrigens, deshalb bin ich ganz fröhlich aus Hannover zurückgekommen. Er sagt, lasst uns nicht mit Stilfragen die Zeit verlieren, sondern lasst uns die Probleme, die wir haben, sortieren und an sie herangehen. Darum bin ich auch ganz zuversichtlich in diese Debatte gekommen, weil ich den Kollegen in Hannover auf meiner Seite weiß, was das Umgehen und das Einschätzen eines solchen Ansatzes angeht.

Es ist schwierig, dass wir unsere hoch geschätzten, wichtigen und natürlich nicht in Frage gestellten Kommunikationen mit dem Umland mit einem solchen Denkansatz unvermittelt konfrontieren. Das hat nun im Nachhinein jeder gelernt. Ich hätte es eigentlich wissen müssen, das stimmt! Wir brauchen aber, darf ich das als erste Einschätzung dieser Beratung, dieser nicht so gewollten Beratung, sagen, wir brauchen allerdings ein erheblich intensiveres und offeneres Umgehen miteinander. Es macht keinen Sinn, wenn wir uns nur freundlich auf die Schulter klopfen, sondern wir müssen eine sehr nüchterne, allerdings auch sehr offene nachbarliche Arbeitsstruktur entfalten. Die wird nur dann wirklich tragfähig werden, wenn sie einvernehmlich ist.

Das sehe ich genauso wie alle, die hier geredet haben. Man kann aber Einvernehmlichkeit auch auf ganz niedrigem Niveau haben, wir brauchen ein hohes Niveau. Wir brauchen ein Niveau, das das Umland und uns als wichtige europäische Region vorn in der Spitze hält. Wir müssen eine Verständigung miteinander haben, die uns in die Lage versetzt, mit Rotterdam wirklich wirksam zu konkurrieren.

(Beifall bei der SPD)

In Rotterdam gibt es diese Probleme, die wir haben, nicht, darf ich einmal ganz freundlich sagen, dort geht man damit ganz anders um. Also, wir müssen unsere internationale zentrale, wichtige große Aufgabe, so mit den Umlandkolleginnen und -kollegen, Freunden, Nachbarn, eigentlich alles nette Leute, die Sie da finden und gutwillige Leute, mit Geduld entfalten und auch Zeit aufbringen, damit das weiter geduldig entwickelt wird.

Mein Freund und Kollege Sigmar Gabriel schlägt vor, nicht mit einem solchen Papier anzufangen, weil das die schwerste und sperrigste und schwierigste und am wenigsten vermittelte Stelle ist, an der wir unsere Kooperation entwickeln. Er hat, glaube ich, Recht. Er schlägt vor, und ich bin darauf fröhlich eingestiegen und schlage das jetzt mit ihm vor, dass wir, wenn Sie so wollen, auf allen Ebenen, aber insbesondere auch auf der Kabinettsebene, also hier der Senat und dort die niedersächsische Landesregierung, alles, was wir schon haben, daraufhin durchsehen, ob es nicht erheblich ausgebaut werden kann, erheblich verstärkt werden kann.

(C)

(D)

(A) Das gilt für viele unserer offiziellen Ämterstrukturen. Man muss, wenn man genau hinsieht, immer fragen, ob wir das alles parallel haben müssen oder ob wir das aus guten Gründen nicht gemeinsam machen können. Man muss das nicht auf wenige Sonderbereiche beschränken, sondern man kann eigentlich querbeet fragen. Man kann das für die Ausbildung fragen. Müssen wir immer parallel ausbilden, können wir nicht gemeinsam ausbilden, berufliche Ausbildung oder verwaltungsintern? Es gibt ganz viele gemeinsame, parallele Strukturen, die wir optimieren können.

Also, ich glaube, wenn wir da vorankommen, haben wir nicht mit unseren Parlamenten Probleme und auch nicht mit unseren Landkreisen, sondern wahrscheinlich mit den Mitarbeitern Probleme, die sich eingerichtet haben auf ihre Parallelität und die Unrat wittern, wenn wir sie zusammentun, dann fallen möglicherweise Beförderungsstellen weg, und es fällt ein Stück innerer Verwaltungsaufwand weg. Das ist nicht so einfach zu vermitteln, gebe ich zu, aber gewünscht wird das, gewünscht wird das von beiden Seiten.

Also, er schlägt vor, dass wir so anfangen. Wir haben uns darauf verständigt, am 16. Mai eine gemeinsame Kabinettsitzung beider Kabinette zu machen. Die sollte im September stattfinden, angesichts dieser Debatte ist sie vorgezogen worden. Hoffentlich schaffen wir bis dahin einen richtigen Schritt weiter in dieser Entwicklung.

(B) Zweitens, was er auch vorschlägt, und ich teile das, ist, dass wir die großen strategischen Fragen —.

(Abg. P f l u g r a d t [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Darf ich erst einmal meinen Beitrag zu Ende bringen, Herr Pflugradt! Ich rede ohne Manuskript und habe Angst, dass ich mich sonst verfummele, aber Sie sollen gern an die Reihe kommen!

Zweitens schlägt er vor, ich greife das gern auf, und wir haben uns im Senat auch schon ein erstes Mal jetzt am Dienstag darauf eingelassen, dass wir große gemeinsame strategische Projekte sortieren und dann auch präsentieren. Das, was zurzeit durch die Zeitungen geht, ist auch zu Recht eine existentielle große Frage, ob wir hier an der Küste ein Einvernehmen darüber bekommen, wo denn, nachdem wir den CT IV gebaut haben — Herr Hattig, da gibt es kein Pardon, das ist die wichtigste Priorität, die wir sehen —,

(Beifall bei der CDU)

nachdem wir CT IV ausgebaut haben und damit an der Landesgrenze angekommen sind, und da ist dann Naturschutzpark, wo wir weiter wachsen. Das zu sortieren, das auf eine Reihe zu bekommen, ist

fundamental, fundamental für die ganze Küste, fundamental natürlich insbesondere für die Hafenstadt Bremerhaven und die Hafenstadt Bremen.

(C)

Die Gründung der Mediengesellschaft ist etwas Ähnliches. Wir machen gemeinsam eine Mediengesellschaft und wollen beweisen, dass das über Hannover und Bremen gleichermaßen zusammen in einer Gesellschaft geht. Wir haben mächtige Konkurrenten in Hamburg und anderswo.

Dann haben wir die Idee, dass wir bei dem Ausreizen der Transrapid-Milliarden nicht einfach sagen, das war es, wir haben keine Ideen mehr, wir wollen vielmehr, solange es irgend geht, plausibel für die Küste kämpfen und damit keine Optionen aufgeben und schon gar nicht die Gelder in den Süden fließen lassen. Das wäre ärgerlich, wenn das Geld wieder nach München ginge, obwohl wir es dringend für die Küste brauchen. Auch da kann man sich verständigen, aber das ist nicht abschließend gemeint, sondern das muss ausgebaut werden.

Ich sehe eine große Zahl von Möglichkeiten. Erst dann sollten wir klug und offen, wirklich ergebnisoffen, werkstattloyal uns zusammensetzen und gemeinsame Strukturen entwickeln, die natürlich vorteilhaft sein müssen für beide. Das geht nur, wenn man Win-Win-Positionen erarbeiten kann, sonst geht das nicht mit der Einvernehmlichkeit.

Ich möchte gern so verstanden werden, dass ich mit diesem klugen, nachdenklichen, selbstkritischen Papier von Reinhard Hoffmann arbeiten möchte, das übrigens die Sanierung voraussetzt, um all denen zu sagen, der hat sich von der Sanierung abgemeldet, das ist ein krasses Fehlinterpretieren,

(D)

(Beifall bei der SPD)

sondern er geht streng, er würde auch sonst diese Arbeit gar nicht aushalten können, die wir da beide machen, alternativlos von der Sanierung aus. Wir würden uns ja umbringen, wenn wir sagen würden, das ist gelaufen. Wir sind fest davon überzeugt, dass uns das gelingt, und wir gehen auch davon aus, dass das gelingt. Wir denken aber auch darüber hinaus, was ist dann, wenn die Sanierung gelungen ist.

Natürlich, lieber Herr Pflugradt, natürlich geht das alles nur mit der Selbständigkeit. Kein Mensch von uns denkt ernsthaft daran, die Selbständigkeit zur Disposition zu stellen, im Gegenteil. Jetzt haben wir ja sogar den bayerischen Ministerpräsidenten überzeugt. Selbst er hat nun öffentlich aufgegeben, die Länderneuregelung immer wieder zum Thema zu machen. Wir sind uns unter den Ministerpräsidenten einig, dass das Thema der Neugliederung der Länder passé ist und dass wir einen Weg finden müssen, wie wir mit der historisch gewachsenen föderalen Karte, den unterschiedlich großen, unterschiedlich geschnittenen Ländern eine einvernehmliche Lösung für alle auskömmlich finden. Also, auch das

(A) ist klar, aber dann ist das Nachdenken nicht zu Ende, sondern dann muss man weiter denken, und wir leben von Optionen. Wir leben nicht allein davon, dass wir die einmal eingeschlagene Linie ausreizen, sondern wir müssen handlungsfähig durch Erweiterung der Optionen werden.

Darum muss man ein solches Papier nicht ächten, muss man ein solches Papier nicht verbannen, sondern man muss es, nachdem es im ersten Anlauf nicht gelungen ist, richtig in die Diskussion zu bringen, man muss es klug, einvernehmlich und nicht missverständlich in der Beratung halten, ohne den Anspruch zu erheben, das sei es.

Jetzt sind Sie, Herr Pflugradt, mit Ihrer Zwischenfrage an der Reihe! Danke sehr, dass Sie mich haben ausreden lassen!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Pflugradt!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Ja, ich habe Ihren Weg in Ihrer Rede über Hamburg, CT IV und Transrapid und München — —.

(Bürgermeister Dr. Scherf: Das fanden Sie gut!)

Ja, ich war begeistert, wie meistens!

(B) (Heiterkeit)

Deswegen wollte ich, weil Sie ja die Zusammenarbeit angesprochen haben, das weitere Procedere mit dem niedersächsischen Kabinett, doch einmal fragen, was mit der Vorlage ist, die das Baurecht mit dem niedersächsischen Innenministerium verabredet hat und was ja dem auch entspricht, was wir in der Koalitionsvereinbarung besprochen haben, was mit dem Papier denn ist, ob das so weiter bestehen bleibt oder ob das mit dieser Diskussion obsolet ist!

Bürgermeister Dr. Scherf: Also, ich kenne dieses Papier nicht im Einzelnen, ich weiß, dass es so etwas gibt. Das ist alles okay!

(Heiterkeit)

Wir haben ein komplexes Problem vor uns, und komplexe Probleme haben in der Regel keine einfachen Antworten, sondern komplexe Antworten. Also muss es auch in Zukunft, was unser Umland angeht, eine loyale Beratung und Arbeit und Weiterentwicklung in den seit Jahren entwickelten Strukturen geben. Ich bin ganz zuversichtlich, dass Tine Wischer genau wie vorher der Kollege Dr. Schulte dies alles zusammenbringt, was im Rahmen dieser verabredeten gemeinsamen Landesplanung oder in der verabredeten Kommunalverbandsberatung und

genauso bei dem regionalen Zusammenarbeiten (C) möglich ist. Keiner will das abräumen oder beenden, ganz im Gegenteil. Trotzdem ist damit die Arbeit nicht getan. Herr Pflugradt, Sie wollen sich offenbar entlasten.

(Heiterkeit)

Die Arbeit ist nicht damit getan, dass man sagt, wir sind doch in guter Bearbeitung unserer tagespolitischen Probleme. Ich glaube schon, dass wir, möglicherweise wird das ganz anders als in dem Papier von Reinhard Hoffmann aufgeschrieben, aber dass wir Grund haben, darüber hinaus eine zusätzliche Initiative zur Verstärkung, auch zur qualitativen Verstärkung unserer Umland- und unserer regionalpolitischen Initiativen zu machen. Aber natürlich geht das nur gemeinsam. Übrigens geht das auch nur gemeinsam mit der Koalition. Man kann so etwas nur über die Koalition, wenn man die Regierung nicht in Not bringen will, über die Koalition hinein abgestimmt und gemeinsam vortragen, aber in diesem Fall muss man eben auch das Umland dabei haben.

Also, wir brauchen da ein sensibles, nachdem das erste nicht gelungen ist, ein zweites sensibles beginnen und beraten. Ich bin fest davon überzeugt, dass das gelingt! Ich habe trotz dieser von Herrn Pflugradt zitierten kritischen Rückmeldung mit allen, die Sie da zitiert haben, selbst geredet, unter vier Augen. Von allen habe ich positive Einschätzungen eingesammelt (D)

(Heiterkeit)

über das, was wir gemeinsam gemacht haben. Herr Pflugradt hat ja nicht vergessen zu sagen, dass das alles SPD-Leute waren, die er zitiert hat, darum rede ich auch so mit denen, und darum können Sie mir schon glauben, dass wir nicht auseinander sind, sondern dass wir trotz dieser ärgerlichen Zwischenrufe über die Art und Weise, wie das veröffentlicht worden ist, in der Sache fröhlich und einvernehmlich beieinander sind.

Ich möchte noch etwas sagen. Sigmar Gabriel hatte während dieser öffentlichen Debatte zwei Regionalkonferenzen, eine in Weser-Ems und eine im Cuxland. Er hat mir gesagt, dass er auf diesen beiden Regionalkonferenzen trotz der veröffentlichten ärgerlichen Erklärungen die Rückmeldung bekommen hat, dass das nachbarschaftliche Verhältnis zu Bremen qualitativ erheblich besser sei als das nachbarschaftliche Verhältnis zu Hamburg. Sie haben trotz dieser kritischen öffentlichen Bemerkungen gesagt, wir verfügen hier über langjährige direkte, auch auf gemeindlicher Ebene direkte Arbeitszusammenhänge. Die gibt es offenbar mit dem Hamburger Umland nicht, denn der Hamburger Senat will nur mit der Landesregierung etwas zu tun ha-

(A) ben und nicht mit den vielen kleinen Gemeinden. Also, ich nehme das auch als eine Sache, die man nutzen kann und die man bei einer solch komplizierten, gelegentlich unübersichtlichen Lage aufgreifen kann, um zu sagen, bitte, kein weiteres Streiten über die Art und Weise, ich übernehme die Verantwortung, prügeln Sie nicht den Hoffmann, sondern prügeln Sie mich! Die Indiskretion ist ja dadurch entstanden, dass ich gemeint habe, man könnte mit den Oberkreisdirektoren vertraulich verhandeln, das habe ich neu gelernt, dass das nicht mit allen geht. Also, prügeln Sie mich wegen des Verfahrens, aber lassen Sie sich bitte Zeit, und nehmen Sie alle Energien zusammen, um die Sachprobleme zu lösen!

Wir brauchen noch in unserer Legislaturperiode zusätzlich zum gelungenen Sanierungshandeln, zusätzlich zum gelungenen Länderfinanzausgleich Verhandeln, eine regionale Initiative, um diesen Raum, und Bremen und Bremerhaven natürlich als Zentren darin, am Weltmarkt konkurrenzfähig zu halten. Diese Initiative brauchen wir, und ich lade alle ein, Hoffmann durch bessere Papiere zu widerlegen. Ich freue mich auf weitere Papiere.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort Herr Bürgermeister Perschau.

(B) **Bürgermeister Perschau:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Senat hatte bisher noch kaum Gelegenheit, über diese Fragen im Detail zu sprechen. Bürgermeister Scherf und ich sind uns in den Grundfragen, denke ich, einig; erstens, einig darin, dass wir uns zur Notwendigkeit der Sanierung ohne Wenn und Aber bekennen, zweitens, einig darin, dass wir uns zur Selbstständigkeit Bremens bekennen, drittens darin, dass wir eine gute Zusammenarbeit mit dem Umland wollen.

Lassen Sie mich dazu vielleicht ein paar Worte zusätzlich sagen! Bremen hat eine gute Zusammenarbeit mit dem Umland, ob sie durch das Papier besser geworden ist, will ich einmal beiseite lassen. Wir müssen an dieser Zusammenarbeit mit dem Umland aus regionalwirtschaftlichen und regionalpolitischen Gründen ein ganz vitales Interesse haben. Deshalb bekennen wir uns zu dem gemeinsamen Antrag der beiden Fraktionen. Es gibt die gemeinsame Landesplanung, die wollen wir, die brauchen wir auch.

Es ist natürlich so, dass wir immer sehen müssen, dass wir nicht nur als Kommune mit Nachbarkommunen und -kreisen kommunizieren, sondern auch als Bundesland. Das Problem, das wir in der Zusammenarbeit als Stadtstaat mit dem Umland haben, ist immer, dass eigentlich immer die Hannoveraner von uns wollen, dass wir die landespolitischen Dinge mit ihnen besprechen. Nun ist es immer die Frage, was auf welcher Ebene besprochen werden muss.

(C) Wir haben heute Vormittag die Haushaltsdebatte geführt. In dieser Haushaltsdebatte ist nicht nur von den Grünen noch einmal wieder und ganz besonders die Stadtstaateninitiative diskutiert worden. Was haben wir denn für Probleme in diesem Zusammenhang? Da sage ich Steuererlegungsgesetz, da sage ich Einwohnerwertung, da sage ich Sozialhilfeausgleich. Nur, diese drei Themen, meine Damen und Herren, kann ich sicherlich auch in einer Unterhaltung mit Nachbar-Oberkreisdirektoren und -Landräten und -Bürgermeistern besprechen, gelöst werden können sie nur auf der Bundesebene in der Solidargemeinschaft von Bund und Ländern.

Deshalb müssen wir natürlich, wenn wir bestimmte Dinge erreichen wollen, sauber auseinander halten, worüber wir uns mit dem Bund, mit den Ländern, mit dem Land Niedersachsen unterhalten und was Regelungsbedarf in der regionalpolitischen Dimension ist. Ich habe den Eindruck, dass hier ein bisschen diese Ebenen durcheinander gerutscht sind und dass man diese Ebenen eigentlich wieder klar ziehen muss, um auch deutlich zu sagen, was wo geregelt werden muss.

Natürlich ist es so, wir werden die Frage der Einwohnerwertung nicht mit unseren Nachbarkreis-Landräten oder -Oberkreisdirektoren, je nachdem, in welcher Struktur sie dort noch vertreten sind, eingeleitet oder zweigleisig, besprechen. Das kann man besprechen, lösen kann man das Problem nur durch ein Bundesgesetz, durch das Finanzausgleichsgesetz und durch andere Gesetze. Dies gilt genauso für die Steuererlegung. Ich kann die Steuererlegung nicht regionalwirtschaftlich regeln, sondern diese muss ich bundespolitisch regeln.

(D) Deshalb sage ich, wir sind uns völlig einig in dieser Frage. Über die Form muss man aber sehr genau reden, weil ich eben den Wesenskern eines Stadtstaates nicht verändern kann, ohne dass es neben Vorteilen auch erhebliche Nachteile haben kann. Die Abwägung im Hinblick darauf, was vorteilhaft und was nachteilig ist, ist notwendig und muss sehr präzise gemacht werden, bevor man mit solchen Dingen in die Außendiskussion geht. Deshalb denke ich, wir sind uns einig in der großen Koalition, dass wir gemeinsam auf der Basis ihres Antrags die gemeinsame Landesplanung, die Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den Kreisen verstärken wollen. Darin stimme ich völlig überein.

Ich habe mich über die Anstrengungen gefreut, die gemacht worden sind, um zum Beispiel ein gemeinsames Landessozialgericht zu schaffen. Das ist vernünftig. Es ist auch vernünftig, dass zum Beispiel der Strafvollzug in Bremerhaven, der dort nicht ausgelastet ist, mit niedersächsischen Strafgefangenen gegen Bezahlung ausgelastet wird. Das ist vernünftig. Es ist sehr wohl vernünftig für meinen eigenen Bereich, darüber nachzudenken, ob die Ausbildung von Finanzanwärtlern zwangsläufig nur in Bremen geschehen muss, ob das nicht auch mit Niedersach-

(A) sen zusammen gemacht werden kann und dass wir dies sozusagen auch in einem balancierten Ausgleichsverfahren machen, dass wir Teile für Niedersachsen in Bremen und andere Teile eben in Niedersachsen ausbilden.

An all diesen Dingen muss gefeilt werden. Die gemeinsame Landesplanung hat sehr präzise beschriebene Grundsätze, über die es zu diskutieren gilt. Ich möchte nicht, dass am Ende dieser Debatte gar der Eindruck entsteht, und deshalb freue ich mich, wenn das ganze Haus diesen Antrag beschließt, als gäbe es in der Frage der Notwendigkeit guter Nachbarschaft, der Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit dem Umland hier sozusagen diejenigen, die dafür sind, und diejenigen, die dagegen sind. Ich denke, wir sind alle dafür.

Wir müssen natürlich sehen, dass wir auch als Stadtstaat bezogen auf das Umland Probleme haben. Das ist so. Deshalb diskutieren wir diese Stadtstaateninitiative. Wir werden sie weiter diskutieren müssen, und wir werden diese Ebenen auch einhalten. Insofern denke ich, dass wir uns auf der Basis des gemeinsamen Antrags fortbewegen sollten, dass wir sicherlich auch immer offen sein müssen für Ideen, auch für Werkstattideen oder wie immer man es formuliert, dass wir am Ende immer nur sehr genau prüfen müssen, was uns etwas hilft, alles, was vertrauensbildend in dieser Region ist. Da ist es in der Tat so, da sind wir weiter als die Hamburger.

(B) Wir sind auch weiter als viele andere.

Wir sollten uns auch, und da müssen wir aufpassen, nicht einreden lassen, als sei von Seiten Bremens die Zusammenarbeit mit dem Umland schlecht. Das stimmt nicht! Wir bemühen uns um eine ganz besonders gute Zusammenarbeit. Ich lege auch Wert darauf, dass das in der Zukunft gemeinsam geschieht. Deshalb wollte ich mit diesem Beitrag nur deutlich machen, dass wir nicht sehr weit auseinander sind, dass wir hier mit dem Antrag eine gemeinsame Linie verfolgen können und dass wir im Übrigen darüber nachzudenken haben, was wir auf welcher Ebene mit welchen Verhandlungspartnern zu besprechen haben. Regional gibt es ganz viel zu besprechen, und das wollen wir ja auch gern mit jedem, der zuständig ist, besprechen und für eine besonders gute Nachbarschaft sorgen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Herr Mützelburg, Sie hatten während Ihrer Debatte einen Änderungsantrag hochgereicht, der da lauten sollte: „Deshalb bittet die Bürgerschaft den

Senat, bis zum“, und jetzt haben wir das so verstanden: bis zum „kommenden Jahr“. Das wäre Ende 2001. Sie meinen sicher „laufenden Jahr“, oder?

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Bis zum Ende des Jahres!)

Bis zum Ende des Jahres!

Wer diesem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der geänderten Form mit der Drucksachen-Nummer 15/233 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

(Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gibt es Schwierigkeiten?

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/Die Grünen]: Keine Begründung für die Ablehnung!)

(D)

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/258 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Positive Umschlagsentwicklung in den bremischen Häfen, Ausbaunotwendigkeiten wachsen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 17. Februar 2000 (Drucksache 15/211)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 14. März 2000

(Drucksache 15/243)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Hattig.

(A) Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft, Drucksache 15/243, mündlich zu wiederholen.

Ich frage Sie, Herr Senator! — Das ist nicht der Fall.

Auf die Antwort des Senats auf die Große Anfrage folgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen. — Ich sehe, dass das der Fall ist.

Das Wort hat der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Hafenvirtschaft hat in den vergangenen Jahren ein wechselhaftes Imagebad durchschritten. Galt das Rückgrat der bremischen Wirtschaft noch Anfang der neunziger Jahre landläufig als eine nicht zukunftsfähige Branche, so hat sich nicht nur dieser Eindruck entscheidend gewandelt. Vor dem Hintergrund der globalen Arbeitsteilung und des damit verbundenen Anstiegs des weltweiten Güterumschlags ist auch an Bremen der Kelch nicht vorbei gegangen. Man hat sich auf seine Stärken besonnen, man hat die nötigen Entscheidungen in Form von Schwerpunktsetzungen vorgenommen. Dies zeigt sich auch in den Umschlagszahlen, die sich auch in den vergangenen Jahren kontinuierlich nach oben entwickelt haben.

(B) Die genaue Aufgliederung der Zahlen und die Frage nach den Konsequenzen, die sich hieraus für die Zukunft stellt, haben die beiden Koalitionsfraktionen dazu veranlasst, diese Große Anfrage einzubringen und mit folgender Zielsetzung zu diskutieren: zum einen, ob die Umschlagsentwicklungen, die die Grundlage von Investitionsentscheidungen waren, eingehalten wurden, und zum anderen, welche Schlussfolgerungen für die Zukunft daraus zu ziehen sind.

Eines lässt sich, meine Damen und Herren, vorab feststellen: Die bremische Hafenvirtschaft und die damit verbundene Außenhandelswirtschaft mit ihren Umschlagsbetrieben, den Logistik- und Distributionsunternehmen, ob es nun Makler, Spediteure oder Reeder sind, nehmen weiterhin eine Schlüsselrolle in der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Bundeslandes ein.

Sieht man sich nun die Zahlen im Einzelnen an, lassen sich folgende Feststellungen treffen: Die beiden tragenden Säulen der bremischen Häfen sind die Sparten Containergeschäft und Automobilumschlag. Die Sparte Container hat sich von 1990 bis heute nahezu verdoppelt. Wurden 1990 noch 11,4 Millionen Tonnen umgeschlagen, ist der Umschlag auf 21,735 Millionen Tonnen 1999 angestiegen. In TEU ausgedrückt, und das ist vielleicht die aussagekräftigere Zahl im Containerumschlag, ist die Zahl von 1,02 Millionen TEU auf 2,153 Millionen TEU

1999 angestiegen. Dabei hat sich das Wachstum ausschließlich in Bremerhaven eingestellt. Der Containerumschlag in der Hafengruppe Bremen ist nahezu bedeutungslos geworden.

Betrachtet man die Zahlen Bremens beziehungsweise Bremerhavens in den einzelnen Jahren, wird man im Vergleich zu den Konkurrenten Rotterdam und Hamburg feststellen, dass Bremen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre nicht nur im Wachstum zugelegt hat, sondern auch Marktanteile zurückgewonnen wurden. Während Hamburg im Wachstum ab 1995 sich etwas zurückentwickelt hat, zeigt die Kurve in Bremen und Bremerhaven steil nach oben. Es hat sich vor dem Hintergrund der fertig gestellten Infrastruktur und der BLG-Strukturreform eine besondere Dynamik eingestellt. Ein Beleg für die zukunftsweisenden Entscheidungen der großen Koalition der vergangenen Jahre!

Die Zahlen im Automobilumschlag sind hier analog zu sehen. In Bremerhaven werden mehr Autos umgeschlagen als in Rotterdam, Antwerpen und Hamburg zusammen. Hier gilt es, die positiven Rahmenbedingungen zu erhalten und alles zu unternehmen, damit die bremischen Häfen weiterhin Marktführer im Automobilumschlag an der Nordrange bleiben.

Der Trend, meine Damen und Herren, zur weiteren Containerisierung wird in Bremen bei den Zahlen des konventionellen Stückgutes deutlich. Die Zahlen in dieser Sparte sind seit 1990 kontinuierlich rückläufig. Hier stellt sich die Frage, was ja auch in der Diskussion um den Strukturwandel in den Hafengebieten schon zum Ausdruck gekommen ist, nach der Aufrechterhaltung von einzelnen Hafenanlagen oder Maßnahmen, die eine verbesserte Wettbewerbsposition zulassen. Die Vertiefung der Oslebshäuser Schleuse ist eine solche Maßnahme, die in diesem Bereich zu nennen wäre. Das Zuschütten des Überseehafens ist eine andere Maßnahme, die das Spannungsfeld deutlich macht.

Die Umschlagszahlen zeigen auch auf, dass die Prognosen, die Grundlage für den Ausbau der Infrastruktur in den vergangenen Jahren waren, eingetroffen sind beziehungsweise übertroffen wurden. So sind die Zahlen im Containerumschlag, der wichtigsten Sparte, für das Jahr 2000 bereits im Jahr 1999 erzielt worden. In Bremerhaven, ich wiederhole die Zahl, wurden 1999 2,153 Millionen TEU umgeschlagen. Die ISL-Prognose sagte für 2000 1,978 Millionen TEU voraus und die Planco-Prognose 1,918 Millionen TEU für das Jahr 2000. Es zeigt sich also, die Prognosen wurden übertroffen.

Es stellt sich insbesondere im Containerumschlag die Frage nach dem weiteren Ausbau der Kapazitäten, will man am Wachstum weiterhin partizipieren beziehungsweise das Erreichte sichern. Hierbei muss die Schiffsgrößenentwicklung in die Betrachtung mit einbezogen werden.

(C)

(D)

(A) In den Schiffsbewegungen geht der Trend hin zu immer größeren Schiffseinheiten, die immer höhere Kapitalkosten haben und den Reeder nach einer immer höheren Effizienz- und Abfertigungsgeschwindigkeit sehen lassen. So wird nach der Ende 1996 von Planco Essen vorgelegten Containerumschlagsprognose für die bremischen Häfen der Anteil von den in Fahrt befindlichen Containerschiffen bis zu 10 000 TDW, im Wesentlichen Feederschiffe, von 24,4 auf 18,5 Prozent sinken, der Anteil der Containerschiffe, im Wesentlichen Post-Panmaxschiffe, dagegen von 9,2 auf 17,9 Prozent bis zum Jahre 2015 erhöhen und damit fast verdoppeln. Das ist eine Entwicklung, die man zurzeit sehr visuell und auch sehr real am Terminal in Bremerhaven verfolgen kann.

Die nächste Generation von Schiffen, die so genannte fünfte Generation, mit einer Breite bis zu 60 Metern und einer Kapazität von bis zu 12 000 TEU entsteht schon auf den Reißbrettern der Konstrukteure. Gerade diese Entwicklung, meine Damen und Herren, impliziert gravierende Auswirkungen auf die Hafeninfrastuktur und auf die zur Verfügung stehende Kaje, wird im Bericht des Senators für Häfen an den Landeshafenausschuss vom 6. Oktober 1998 ausgeführt. Es macht also daher keinen Sinn, wenn man in eine Diskussion um den Ausbau von Hafeninfrastuktur Alternativen, die weder finanziell noch vom Betriebsablauf oder von der Schiffsgrößenentwicklung realistisch sind, ins Gespräch bringt und so tut, als hätte man den Stein der Weisen gefunden, und wenn die Realität an einem vorbeimarschiert, dann zum Ergebnis kommt beziehungsweise unterstellt, man hätte nicht ernsthaft geprüft.

Man muss einfach dann einmal akzeptieren, dass der Erkenntnisfortschritt nicht zwangsläufig bedeutet, dass man ständig Recht hat beziehungsweise Recht bekommt. Von uns werden daher die Klarstellungen in der Antwort des Senats über die scheinbaren Alternativen zur Verlängerung des Terminals ausdrücklich begrüßt, weil sie Klarheit in die Diskussion bringen und den Rauch der Nebelbomben beseitigen, die einige unermüdlich werfen.

(Beifall bei der CDU)

Aber unterstellen wir doch einmal, das Südende der Containerkaje wäre nutzbar, die Nutzung des Nordhafens für Feederschiffe wären Maßnahmen, die unter technischen und wirtschaftlichen Aspekten machbar wären, dann könnte mit diesen Maßnahmen nur eine Umschlagskapazität von 50 TEU im Jahr zusätzlich erreicht werden, angesichts der Zahl von derzeit über zwei Millionen TEU eine zu vernachlässigende Größe. Aus den ausgeführten Zahlen stellt sich zwangsläufig die Frage nach den Konsequenzen für den weiteren Ausbau der Infrastruktur sowie den Richtungsentscheidungen für einzelne Hafengruppen und Schwerpunkte.

Aus Sicht der CDU-Fraktion müssen folgende Schlussfolgerungen gezogen werden: Erstens: Die Grundsatzentscheidung für den weiteren Ausbau der Terminals CT III a und IV in der vergangenen Legislaturperiode war und ist richtig.

Zweitens: Will man die vorhandenen Arbeitsplätze sichern und neue schaffen, gibt es zum weiteren Ausbau des Containerterminals nach Norden keine Alternativen.

Drittens: Die beschlossenen Maßnahmen müssen bedarfsgerecht umgesetzt werden, das heißt, es ist kurzfristig zu überprüfen, ob unter Ausschöpfung weiterer Produktivitätsgewinne die Maßnahmen nicht vorgezogen werden müssen, wir meinen ja.

Viertens: In der Hafengruppe Bremen müssen Weichenstellungen vorgenommen werden, die die Wettbewerbsfähigkeit verbessern beziehungsweise eine verbesserte Auslastung der Kaje erreichen. Dies kann auch bedeuten, dass einzelne Kaje Drit-ten, also nicht der BLG, zur Verfügung gestellt werden.

Fünftens: Es muss mit Hochdruck, auch das ist heute Nachmittag schon einmal erwähnt worden, an einem Hafenentwicklungskonzept für die kommenden Jahre bis 2015 gearbeitet werden, damit ein verlässlicher und zukunftsorientierter Handlungsrahmen zur Verfügung steht.

Ich bin überzeugt, dass die bremische Hafenpolitik der großen Koalition unter der Führung von Senator Hattig eine neue Dynamik bekommen hat und dass wir uns hiermit auf dem richtigen Weg befinden. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Töpfer.

Abg. **Töpfer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hafenpolitik war für die bremische SPD-Bürgerschaftsfraktion immer ein Schwerpunkt ihrer Politik in den vergangenen Jahren und wird es auch weiterhin sein,

(Beifall bei der SPD)

unabhängig davon, wie man zu einzelnen Varianten von Ausbaumöglichkeiten steht oder nicht steht. Oswald Brinkmann, Konrad Kunick und Uwe Beckmeyer — schade, dass er jetzt nicht zuhört — haben die wichtigen Weichenstellungen vorgenommen. Wir würden uns heute über Ausbaunotwendigkeiten gar nicht unterhalten, wenn nicht in 28 Jahren SPD-Hafenpolitik Senatoren unserer Partei gemeinsam mit diesem Parlament wichtige Dinge vorangetrieben hätten. Das beweisen die Umschlagszahlen in Bremerhaven ganz eindeutig.

(C)

(D)

(A) Ich gehöre auch zu denjenigen, die sagen, wir müssen unsere Hafenanlagen weiter ausbauen, bloß, das Wie ist eine Frage. Es muss erlaubt sein, in einem Parlament über das Wie und über Ausbaunotwendigkeiten zu ringen. Das ist Grundlage von Demokratie.

Wenn ich sehe, dass der Senat selbst in seiner Antwort auf eine Große Anfrage der Grünen, in der es um den Jadeport geht, zum Ausdruck bringt, dass gegenwärtig in den bremischen Häfen untersucht wird, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang Erweiterungsinvestitionen notwendig werden, ist es erlaubt, im Rahmen einer solchen Debatte darauf auch einzugehen. Selbst der Senat stellt danach ja noch einiges in Frage und ist sich selbst nicht sicher, wemgleich Bürgermeister Scherf vorhin klare Worte gesprochen hat, aber wir kennen alle Bürgermeister Scherf!

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, der erzählt öfter einmal was! Das stimmt!)

Erste neue Antworten sind auch maßgeblich von Seiten der Sozialdemokraten mit gegeben worden. Wir haben den Fruchturnschlag in Bremerhaven konzentriert. Wir haben die Fischereihafendoppelschleuse so weit fertig gestellt. Das ist auch eine Perspektive für den Seegüterumschlag, Herr Schramm!

(B) Ich weiß gar nicht, ob Sie das sehen! Wir haben den Columbusbahnhof jetzt so weit, dass er als Kreuzfahrtterminal Nummer eins ausgebaut werden kann, und, Herr Kastendiek, wir sind überhaupt nicht auseinander, wenn es darum geht, Bremerhavens Position Nummer eins im Automobilimport und -export weiter zu stärken und dort auch noch Ausbaumöglichkeiten, die vorhanden sind, zu nutzen. Da sind wir nicht auseinander! Wir wollen, dass Bremerhaven die Drehscheibe Nummer eins bleibt.

Aber jeder, der sich damit beschäftigt, den Containerterminal über CT III a nach Norden weiter auszubauen, der muss die hohen Hürden sehen, die vorhanden sind, solch hohe Hürden, wie es sie bei keinem anderen Hafenbauprojekt bisher gegeben hat. Ich finde, die CDU macht es sich zu leicht, indem sie einfach sagt, wir wollen das so, ohne auf örtliche oder Umweltschutzgegebenheiten einzugehen.

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Die SPD hat so etwas ja auch schon einmal beschlossen!)

Es gibt das Wort des Hafensensors Konrad Kunick von 1990 und ein Jahr später auch von seinem Staatsrat, am Grauwalkkanal ist Schluss. Ich sage hier auch, dass ich zu der Zeit Ortsvereinsvorsitzender der SPD war und in Weddewarden ganz klar auch diese Position vertreten habe. Das ist auch meine Meinung heute, der Ortsteil Weddewarden muss bestehen

bleiben. Der Terminal rückt näher, und Terminal und ein 700 Einwohner starker Stadtteil nebeneinander vertragen sich meines Erachtens nicht, um das hier auch deutlich zu betonen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zweiter Punkt: Umweltschutz, ein hohes Ziel auch in der sozialdemokratischen Programmatik! Wir wollen Ökologie und Ökonomie zusammenführen. Das Wattenmeer ist von der UNESCO als Weltnaturerbe ausgewiesen. Wir selbst, die Bremische Bürgerschaft, haben in der letzten Legislaturperiode einstimmig das Wattenmeer vor Weddewarden unter Biotopschutz gestellt. Es ist FFH-würdig und vogelschutzgebietwürdig, und ich bin dafür und sage es auch deutlich, dass wir diese Fläche als FFH-Gebiet anmelden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da haben wir Frau Merkel an unserer Seite. Als Frau Merkel Umweltministerin in Bonn war, hat ihr zuständiges Fachamt an den Bremer Senat geschrieben, dass die Flächen vor Weddewarden angemeldet werden müssen. Das hat Frau Merkel geschrieben, meine Damen und Herren von der CDU, und bitte, sie ist ja mittlerweile bei Ihnen eine große Persönlichkeit, sollte ihr nicht gefolgt werden?

Nun könnte ich mir das ja einfach machen und sagen, das ist die Position, jetzt setze ich mich wieder. Das tue ich aber nicht! Ich lege deswegen ein optimiertes Kajenausbau- und Kajennutzungskonzept vor, und da kann man sich das nicht so leicht machen, wie es der Senat in seiner Antwort getan hat, Herr Senator Hattig, und wie es Herr Kastendiek eben gemacht hat. Ich sage nicht, dass ich den Stein der Weisen gefunden habe, aber ich werde gleich erst einmal aus Referenzen, aus Unterlagen zitieren, die durchaus belegen, dass die Ansätze, die ich verfolge und die ich nicht nur allein verfolge, durchaus auch in der Fachwelt Unterstützung finden.

Ich halte es nicht für akzeptabel, wenn der Senat einfach sagt, die 200 Meter Südkaje wollen wir nicht nutzen, das wird zu teuer. Jeder Unternehmer, der ausbaut, der seine Faszilitäten erweitern muss, der versucht erst einmal, alles aus seiner Anlage herauszukitzeln. Es gibt technische Möglichkeiten durch Vorschuh einer Kaje, das ist der Fachausdruck. So können wir 200 Meter an der Kaje dazu gewinnen.

Ganz dürftig ist die Senatsantwort zu meinen Vorstellungen, 300 Meter Binnenschiffs- und Feeder-Umschlagsanlage im Wendebecken zu schaffen, meine Damen und Herren. Da sollen jetzt Hafenhilfsschiffe untergebracht werden. Ich muss darüber lachen, ich gebe das ehrlich zu. Ein solches Argument habe ich noch nie gehört.

(C)

(D)

(A) Das Institut für Seeverkehr und Logistik empfiehlt sogar, so etwas zu machen. Ich darf einmal zitieren: „Im Wendebecken vor dem Nordhafen sollte ein kombinierter Binnenschiffs- und Feederterminal geschaffen werden. Dies würde es in Zeiten hoher Auslastung der Stromkaje ermöglichen, zusätzlich Schiffe abzufertigen. Auch erfordert der steigende Umfuhrverkehr mit den Häfen der Stadt Bremen und mit Hamburg einen korrespondierenden Binnenschiffs- und Feederterminal in Bremerhaven.“ Nicht Wilfried Töpfer, sondern ISL, weltweit bekannt! Ich bin ja nicht weltweit bekannt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Selbst die Geschäftsführung des Weserbundes unterstützt mich und sagt, der Binnenschiffsverkehr über die Mittelweser wird zunehmen. Auf der Mittel- elbe boomt der Containerverkehr. Es gibt einen Reeder, der will Container in Binnenschiffen von Bremerhaven über Bremen über die Mittelweser nach Hannover und anderswo transportieren. Dafür müssen wir doch Faszilitäten vorhalten, doch bitte nicht an einer Stromkaje, die so wertvoll ist, sondern an einer solchen Kaje.

(B) Was mich total verwundert, ist, dass der Senat und die BLG auf Bundesmittel verzichten. Wenn ich eine solche Anlage baue, Herr Senator Hattig, gibt es Bundesmittel. Herr Klimmt hat Mittel in seinem Haushalt bereit für das Herrichten von Anlagen für den kombinierten Ladungsverkehr, und das wäre eine solche Anlage. Da könnten wir also auch Bundesmittel mobilisieren. Oder mein Kollege Manfred Oppermann aus der SPD-Fraktion hat neulich auch einen interessanten Vorschlag gemacht, ob man einmal überlegen könnte, die Nordschleuseneinfahrt anders zu gestalten, um dort auch komprimiert an der Anlage die wachsenden Containerbewegungen mit aufzufangen.

Ich will mich auch gar nicht in die Ecke stellen lassen — manchmal wird das versucht —, ich würde ein Verhinderer vom Containerterminalausbau sein. Ich habe alle Anlagen mit vorangetrieben. Das wissen viele in diesem Haus. Ich habe die Außenweser- anpassung mitgemacht. Aber wir müssen doch auch Antworten haben, wenn wir sehen, dass es bestimmte Hürden gibt, die aus meiner Sicht nicht zu überwinden sind, und das sind Antworten auf Kajen- plätze. Statt 700 Meter nach Norden will man jetzt sogar 800 Meter nach Norden, und das Ganze soll noch billiger werden, als man es vorher gesehen hat. 500 Millionen DM sind bekanntlich viel Geld, aber es war eigentlich immer schon die Summe von einer bis 1,5 Milliarden DM in der Planung. Ich sage, statt 700 Meter Kaje nach Norden gibt es die Möglichkeiten, fast einen Kilometer Kaje zu nutzen und neu zu schaffen, direkt im Hafen, Herr Senator, und dazu müssen überzeugende Antworten her!

Nun habe ich auch den Vorschlag von einem Dockterminal im Zusammenhang mit CT III a ge-

(C) macht und werde dafür kritisiert, das wäre utopisch. Ich frage mich, wenn das utopisch ist, warum der Staatsrat beim Häfensenator am 2. Juni 1999 das Hafenamts in Bremerhaven schriftlich angewiesen hat, folgendes zu prüfen: „Ich bitte Sie, diesen Vorschlag in die Prüfung von Ausbaualternativen mit einzubeziehen und über Simulationen die nautischen Bedingungen sowie die betrieblichen und ökonomischen Effekte untersuchen zu lassen.“ Das ist bis heute nicht geschehen. Außerdem gibt es auch einen Beschluss im Landeshafenausschuss, darüber nachzudenken, ob es beim CT-III-a-Ausbau andere technische Möglichkeiten gibt, die den Umschlag optimieren können.

Darf ich einen Blick nach Amsterdam richten? Man müsste sich einmal die Power-Point-Präsentation ansehen. Die bauen einen solchen Terminal, sogar mit finanzieller Unterstützung eines großen Containerterminalbetreibers, meine Damen und Herren, der beteiligt sich mit 120 Millionen Gulden. Natürlich sind dort andere Strömungsverhältnisse, aber auch das habe ich berücksichtigt. Ich habe Gespräche geführt mit der größten Schlepperreederei in Bremerhaven. Die sagen, es ist machbar, was ich vorschlage. Ich habe Gespräche geführt mit dem ehemaligen Boss der Festmacher. Der sagt, es ist machbar, was ich vorschlage. Das sind doch Fachleute vor Ort, die das besser beurteilen können als ich!

(D) Ich habe eine Zuschrift eines Kapitäns und Managers aus dem Bereich Containeroperation. Der sagt, die Zukunft liegt darin, dass Schiffe von zwei Seiten be- und entladen werden. Warum greift man jetzt nicht die Möglichkeit auf, diese Chance, die wir jetzt noch beim CT III a haben, mit zu realisieren?

(Beifall bei der SPD)

Ich habe die Zuschrift eines weiteren Kapitäns, der gleichzeitig auch Hafenprojekte im Ausland projektiert. Er sagt, das ist eine innovative Idee von mir. Er weiß gar nicht, warum die nicht aufgegriffen wird! Er hat mir eine vierseitige Stellungnahme gefertigt und nimmt die Argumente des Hansestadt Bremischen Hafenamtes derart auseinander, dass ich mich gewundert habe, wie unterschiedlich auch Techniker zu bestimmten Auffassungen stehen können. Kürzlich war ein Kongress in Hamburg über die Entwicklung in der Containerschiffahrt mit Wissenschaftlern. Da wurde die Docklösung als die Zukunftslösung herausgestellt. Der Leiter des Hansestadt Bremischen Hafenamtes sagt, ich wäre ein Utopist. Ich kann das nicht akzeptieren und werde mich auch dagegen wehren, so mit dieser Rede.

Ich erwarte, dass das geprüft wird. Meines Erachtens sind diese Vorschläge technisch machbar. Sie sind nautisch schwierig, das räume ich durchaus ein. Aber Gründe, dass es zu einer Verschlickung in einem solchen Dockterminal kommt, kann ich nicht akzeptieren. Wir müssen im gesamten Hafengebiet

- (A) baggern, das ist doch nichts Neues! Wir haben die technischen Möglichkeiten, wenn es zu einer Verschlickung kommt, es kommt ja sogar auch zu Aufsandungen vor der Containerterminalanlage, da zu helfen.

Ich habe gerade deutlich gemacht, dass es auch Unterstützung von Leuten gibt, die in diesem Geschäft tätig sind. Ich erwarte, und das ist eigentlich die Aufgabe des Senats, wenn wir uns über solche Investitionen unterhalten, die in die Milliardenhöhe gehen, dass man auch Alternativen ernsthaft überlegt.

(Beifall bei der SPD — Glocke)

Herr Präsident, ich komme zum Schluss! Wenn mir gesagt wird, meine Lösung wäre nicht finanzierbar, dann frage ich mich, wie andere Lösungen über den Grauwallkanal nach Norden hinaus finanzierbar sind, wo ganz andere Größenordnungen anstehen.

Lassen Sie mich abschließend sagen, auch die Vorstellungen, die ich hier vorgetragen habe, sichern Arbeitsplätze und schaffen neue! Sie tragen mit dazu bei, dass das Stichwort „Wachsen oder Weichen“ nicht zutrifft, sondern dass auch Bremerhaven vom wachsenden Containerverkehr weiter profitieren kann. Ich denke, mit den optimierten Kajennutzungs- und Ausbauvorschlägen kann man arbeiten. So werden aus meiner Sicht Ökonomie und Ökologie sinnvoll zusammengeführt.

- (B) Eines möchte ich noch sagen, meine Damen und Herren, auch ich lege Wert darauf, dass wir mit CT III a schneller fertig werden, als es gedacht war. Wenn man aber über die vorgenannten Alternativen nachdenkt, und viele von denen sind meines Erachtens schneller realisierbar, wir brauchen weniger Ausgleich, wir brauchen nicht Niedersachsen, dann sollte man das anpeilen, dann würde man eher solche Ausbauten zur Verfügung haben, als wenn der Kurs so stur verfolgt wird, CT III a nur 350 Meter statt fast 900 Meter, CT IV 800 Meter, und dann soll es noch weitergehen. Ich denke, das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Schramm.

Meine Damen und Herren, ich möchte darauf aufmerksam machen, dass möglichst die Redezeit eingehalten wird, da wir noch zwei Debattenpunkte, 23 und 24, haben.

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die große Koalition hat ja eine Große Anfrage mit dem Titel

*) Vom Redner nicht überprüft.

„Positive Umschlagsentwicklung in den bremischen Häfen, Ausbaunotwendigkeiten wachsen“ gestellt. Ich frage mich, wenn man solche Feststellungen trifft, warum man dann noch eine Große Anfrage stellt. Das ist doch sozusagen reiner Dogmatismus von der CDU und von der großen Koalition, der sonst immer den Grünen vorgeworfen wird, indem Sie nämlich die Große Anfrage sozusagen als Vehikel für das benutzen, was Sie wirklich wollen. Es geht hier nämlich eigentlich darum, CT IV auszubauen.

Deshalb frage ich Sie, natürlich zu Recht nach der Debatte und der Rede eben des Kollegen Töpfer: Herr Kastendiek, warum stellen Sie eigentlich keinen Antrag, wenn Sie so genau Bescheid wissen, dass der Ausbau notwendig ist?

(Abg. **Kastendiek** [CDU]: Die Beschlüsse sind schon gefasst!)

Bei den stadtbremischen Häfen haben wir vorhin ja diskutiert, dass Ihre konzeptionslosen Ausbauthorien schon ins Wanken gekommen sind. Das haben Sie eben auch noch einmal problematisiert. Prognosen, mit denen man hier operiert, sind natürlich die eine Sache, und die tatsächlichen Entwicklungen sind die andere. Bei den stadtbremischen Häfen jedenfalls waren die Prognosen immer weitgehend politisch motiviert, das stellt sich jetzt heraus. Millionen sind für Gutachten ausgegeben worden, um die Lebenslüge der Zweihäufigkeit am Leben zu erhalten. Das war meines Erachtens kontraproduktiv, zumindest für die Sanierungsbemühungen im Bundesland Bremen.

Ich denke, bei der Knappheit der Mittel, die wir ja immer vor Augen haben, darf uns das nicht noch einmal passieren. Deshalb stellt sich die Frage, die wir immer wieder stellen, nach den Rentabilitäten. Das muss die Grundlage aller zukünftigen Entscheidungen auch im Hafensbereich sein. Das ist genau der Punkt, Herr Kastendiek, Sie stellen über 14 detaillierte Fragen, und bei aller Euphorie über die übertroffenen Prognosezahlen ist das genau die Frage, die Sie nicht stellen. Sie stellen nämlich nicht die Frage nach den Rentabilitäten. Der Glaube an die Kraft der Prognose hat der ökonomischen Hafentwicklung insgesamt bisher geschadet und damit auch den Sanierungsbemühungen des Bundeslandes Bremen.

Wenn wir jetzt zu den Kosten kommen, das ist eben schon angesprochen worden, wird in der Antwort des Senats gesagt, 800 Meter Kaje sollen 500 Millionen DM kosten. Der Kollege Töpfer hat das erwähnt. Es ist ja ziemlich komisch, dass die Kaje in der Planung immer länger wird und die Kosten immer geringer, bisher war immer die Rede von 700 Meter Kaje und Baukosten in Höhe von 1,5 Milliarden DM.

(Abg. **Manfred Oppermann** [SPD]: Deshalb machen wir ja 800 Meter für 500 Millionen DM!)

(C)

(D)

(A) Sie vergessen bei der Kostenangabe schlicht, dass es eben nicht nur um den Ausbau von Kajen geht, meine Damen und Herren, es geht auch um den Gewinn von Gelände, um neue Flächen, um Flächenausbau bis nach Imsum, um neue Gleisanlagen, um den Ausbau neuer Autobahnen und um Aufstellflächen. Es geht also auch um riesige Flächen, und es geht, das wurde auch gesagt, um Ausgleichsflächen, meine Damen und Herren. Sie unterschlagen in der Antwort des Senats einfach, dass es sich hier in der Tat um FFH-Gebiet handelt, höchst wertvoll. Damit wird ein Ausgleich, wenn denn ein Ausbau kommen sollte, natürlich enorm teuer, der ist aus dem Haushalt gar nicht zu finanzieren. Sie reden eigentlich nur über den Ausbau einer Kaje, aber verschweigen, dass es sich um eine völlige Veränderung des Landschaftsbildes handeln wird. Es wird eine völlig neue Region, und das muss man bei dieser Debatte mit berücksichtigen, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Weddewardener jedenfalls, die Imsumer, die Dorumer, die Langener werden sich freuen und haben schon ihren Widerstand signalisiert. Es gibt zahlreiche Bürgerinitiativen, und es wird Klagen geben, weil ein Stück Lebensqualität, aber auch ein wertvolles Stück Wattgelände, einmalig in Europa, unwiederbringlich verloren geht. Deshalb sind alle Bürger vor Ort in den Dörfern dagegen. Es gibt zahlreiche Initiativen, die wir politisch unterstützen, meine Damen und Herren!

(B)

(Abg. Beckmeyer [SPD]: In Wilhelmshaven auch, nicht?)

Sie können heute, und das wissen Sie auch, Herr Beckmeyer, nicht einmal den Ausbau des CT III a aus dem ordentlichen Haushalt finanzieren, Sie müssen ihn bis zum Jahr 2040 abfinanzieren, die Zinsbelastungen sind höher als die eigentliche Investitionssumme, die zur Verfügung steht. Ich frage Sie dann: Wie wollen Sie eigentlich die 1,5 Milliarden DM aus dem ordentlichen Haushalt aufbringen? Das kann nur wieder eine Verschuldungspolitik zu Lasten der zukünftigen Generationen werden, die wir so nicht tragen können, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Noch eine Mär, die in der Antwort immer wieder auftaucht, ist die Frage nach den Arbeitsplätzen, das wurde eben gar nicht angesprochen. Es ist richtig, und das bestreiten wir nicht, wir halten das auch wirklich für sehr wichtig, dass die Hafenökonomie einer der wichtigsten Pfeiler in der bremischen Ökonomie ist. auch Arbeitsplätze sichert und zusätzliche Arbeitsplätze schafft. Wir bitten aber bei den Angaben in der Antwort des Senats um doch ein bisschen mehr Seriosität.

Bei den ersten Planungen, das wird Herr Beckmeyer noch wissen, für den Ausbau des CT III sind zirka 2400 zusätzliche Arbeitsplätze versprochen worden, darauf basierten die Kosten-Nutzen-Relationen. Jetzt steht in der Antwort, es gibt immerhin noch 1989 Arbeitsplätze, und damit wäre ja eigentlich die Prognosezahl erreicht. Dieser Taschenspielertrick unterschlägt natürlich, dass de facto, zumindest im Containerbereich, 1500 Arbeitsplätze weniger geschaffen worden sind als versprochen, meine Damen und Herren. Das ist die Arbeitsmarktpolitik der großen Koalition!

(C)

Jetzt zu den Alternativen! Das ist ja wichtig bei dieser Debatte, der Kollege Töpfer hat es hier im Detail angesprochen, diese Alternativen, die Herr Töpfer vorschlägt, kommen ja sozusagen nicht aus ihm heraus allein,

(Abg. Töpfer [SPD]: Na, na! — Abg. Teiser [CDU]: Er bestreitet das Vorhandensein von Experten!)

sondern sind in einem Expertenkreis erarbeitet und dann sozusagen in die Debatte gebracht worden. Sie sind also bereits einer ordentlichen Prüfung unterzogen. Wenn Herr Töpfer das noch einmal ex post überprüft, dann belegt das nur die These, dass es Alternativen gibt.

Ich stelle einmal die Frage: Warum soll es eigentlich keinen Dockhafen geben? In Amsterdam wird ja gerade ein solcher Liegeplatz gebaut. Sie behaupten in der Antwort des Senats einfach, das ginge nicht, aber es fehlen jegliche Belege, warum das nicht geht. Jetzt ziehen Sie sogar schon alte Schleusentore heran, die Sie auf diesem wertvollen Gelände lagern wollen. Meine Damen und Herren, das ist doch wirklich keine seriöse Politik!

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich würde sagen, das ist eine Alternative. Sie ist es wert, ernsthaft geprüft zu werden, und die anderen Alternativen, die in der Debatte sind, genauso. Nicht ohne Grund läuft Rotterdam gerade Sturm gegen das Projekt in Amsterdam und sagt, das wäre eine falsche Beihilfe gemäß der EU-Richtlinie, weil sie Angst davor haben, dass dieser Hafen ihnen Wettbewerbsvorteile abnimmt, da mit diesem System eine Umschlagsbeschleunigung um das Doppelte zu erwarten ist. Das ist der einzige Grund dafür, warum Rotterdam gegen diesen Ausbau operiert. Das zeigt eigentlich ganz deutlich, wie praxisnah und realistisch eine solche Alternative ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich frage Sie ernsthaft, meine Damen und Herren, warum soll es bei der traditionsreichen Hafenpolitik nicht einmal eine intelligente Lösung geben?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (A) Sie betrachten das Problem des Ausbaus des CT IV wirklich sehr isoliert. Wir haben eben auch regionalpolitisch argumentiert, und man muss auch die Region einbeziehen. Wenn es wahr ist, dass die Schiffsgrößen steigen und die Außenweser nicht weiter vertieft werden kann, wenn es wirklich wahr ist, dass Hafenkooperationen mit Niedersachsen auf der Tagesordnung stehen, das haben wir ja gerade vom Bürgermeister gehört, wenn sich sogar bremische Gesellschaften an niedersächsischen Häfen mit mehreren 100-Millionen-DM-Beträgen beteiligen, wenn dann auch noch FFH-Gebiete, schützenswerte Gebiete, geschützt werden können, warum dann nicht die Zukunft jetzt gleich gestalten?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Warum machen wir nicht eine Paketlösung, jetzt die regionale Politik und den Verzicht auf den Ausbau von CT IV nach Norden? Die Beteiligung Bremens, und das kommt in der Debatte immer viel zu kurz, an einem gemeinsamen Tiefwasserhafen, ob das nun Cuxhaven oder Wilhelmshaven ist, da will ich mich gar nicht einmischen, wo auch immer, kann den Verzicht des Ausbaus von CT IV nach Weddewarden bedeuten.

Eine solche Hafenkooperation wäre auch niemals, auch jetzt noch nicht, zum Nachteil der bremischen Häfen aus folgenden Gründen: Erstens, als gemeinsamer Teil eines großen Hafenareals — wie Rotterdam das ja auch ist, keine Hafenstadt mehr, sondern als Hafenareal — wäre Bremerhaven am Umschlagsaufkommen der tiefergehenden Großschiffe und der Großreeder weiterhin beteiligt, denn Bremerhaven bliebe ja weiterhin im Gesamtangebot der großen Reeder enthalten.

Zweitens, ein gemeinsamer Betreiber beider Häfen kann in seinem Verbund, wenn es nämlich nur der eine ist, für die Auslastung beider Hafenstandorte sorgen, und das wäre bei der Entwicklung der Schiffsgrößen nur zum Vorteil für Bremerhaven. Drittens, eine gemeinsame Hafenpolitik kann gemeinsame Rahmenbedingungen setzen. Das ist besser als eine Konkurrenzsituation, zum Beispiel bei den Hafengebühren.

Wenn Sie sich einmal vor Augen führen, dass Wilhelmshaven den Weser-Jade-Port bis zum Jahr 2006 in Betrieb nehmen will,

(Abg. Karl Uwe O p p e r m a n n [CDU]:
Der träumt!)

und Sie wollen bis zum Jahr 2005 CT III a fertig haben, Sie fangen dann erst sozusagen im Jahr 2006 ebenfalls mit CT IV an, dann handelt es sich um eine klassische Parallelinvestition in Milliardenhöhe, und die kann man jetzt bereits vermeiden, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen —
Glocke)

Zweimal 1,5 Milliarden DM, Herr Beckmeyer, können auch Sie nicht finanzieren. Deshalb sage ich an dieser Stelle, eine vorzeitige Hafenkooperation wäre sozusagen eine Lebensversicherung für die bremischen Häfen, und die sollte man nicht aus dieser Debatte entnehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort hat der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schramm, wenn Sie von abgestimmter Politik in den Regionen sprechen, dann, finde ich, sollten Sie das erst einmal in Ihrer eigenen Partei praktizieren und vorantreiben. Hier in Bremen und Bremerhaven stellen Sie sich hin und sagen, nein, wir brauchen CT IV nicht, weil es ja den Weser-Jade-Port gibt, und in Wilhelmshaven stellen sich Ihre Parteifreunde, mit denen Sie auch gemeinsam die Vorträge der Wilhelmshavener Hafenwirtschaftsvereinigung besuchen, genauso hin und sagen, der Weser-Jade-Port darf nicht kommen, weil CT IV kommt. Meine Damen und Herren, unglaublicher kann eine Position einer Partei, die sich ja immer so global abstimmt, nicht sein!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Es hat mich heute Nachmittag schon so ein bisschen gestört, wie Sie, Herr Schramm, als Bremerhavener über die bremischen Hafengruppen sprechen. Wir als Bremer sollten uns einmal erlauben, so über die Bremerhavener Hafengruppen zu sprechen, ich wäre einmal gespannt, wie da dann die Entrüstung wäre. Sie müssen sich aber darüber im Klaren sein, was Sie wollen, Herr Schramm. Wollen Sie eine hohe Wertschöpfung, die in den bremischen Hafengruppen stattfindet? Dann müssen Sie auch Anlagen, die abgängig sind, sanieren. Das heißt, Sie können nicht 38 Millionen DM als Sanierungskosten für die nördliche Kaje im Holzhafen als solche kritisieren, aber dann gleichzeitig sagen, wir brauchen eine hohe Wertschöpfung und eine hohe Lokoquote. Genau diese wird im Holzhafen in Bremen realisiert. Deswegen, Herr Schramm, ist das auch ein Punkt, an dem Sie völlig unglaubwürdig und nicht konsequent argumentieren und handeln.

(Beifall bei der CDU)

Die Frage nach der Rentabilität wird im Vorfeld von Investitionsmaßnahmen gestellt. Die Grundlagen, die damals die Berechnung der Rentabilität waren, sind eingetroffen. Schauen Sie nach, dann werden Sie feststellen, wie rentabel solche Anlagen sind. Ich glaube sogar, dass die Rentabilität noch viel hö-

(C)

(D)

(A) her ist, als damals festgelegt. Deswegen ist auch das Argument und die Frage nach der Rentabilität eine völlig verkehrte in diesem Zusammenhang. Man darf nicht meinen, nur weil man eine Frage stellt, dass man dann gleich die richtige Frage gestellt hat. Man muss sich auch überlegen, ob die Fragen wirklich weiterhelfen.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Die nach der Rentabilität hilft nicht weiter?)

Das, was Sie auch als die große Alternative angesprochen haben, Herr Schramm und ebenfalls Herr Töpfer, ist der Dockhafen. Der Dockhafen ist dann der Punkt, an dem die Bevölkerung in Weddewarden ruhig zu stellen ist, wo der Naturschutz Frieden findet. Ich glaube, viele wissen gar nicht, worüber Sie hier sprechen, dass Sie bewusst die Öffentlichkeit in die Irre führen. Ein Dockhafen bedeutet, dass Sie nicht nach Norden eine Kaje bauen, sondern, wenn man sich das einmal als gerade Linie vorstellt, dann in Richtung Weddewarden ein künstliches Hafenbecken erstellen mit einer Tiefe in Richtung Deich von mindestens 300 bis 350 Metern, denn Sie müssen ja die großen Schiffe irgendwie abfertigen. Von der jetzigen Kajenlinie bis zur Außendeichlinie sind es nur 500 Meter. Das heißt, weil ich natürlich mit Vancarriern an der Spitze dieses Dockhafens vorbeikommen muss, dass ich den Umschlag und die Lärmbelästigung direkt an das Dorf Weddewarden ziehe durch diese Lösung.

(B) Allein dadurch, meine Damen und Herren, wird schon deutlich, wie absurd Ihre Vorstellung ist, wenn Sie sagen, wir müssen diese Maßnahme in Einklang mit Weddewarden bringen. Sie produzieren dort den Streit, Sie versuchen, Nebelbomben zu werfen, die nicht hilfreich sind.

Der zweite Punkt, warum der Dockhafen zwar baubar, aber unrealistisch ist, machbar ist das alles, das hat ja keiner gesagt, das dürfen Sie auch nicht unterstellen, dass das nicht machbar ist. Das ist technisch machbar, es ist technisch fast alles machbar. Man muss sich nur überlegen, welche Kosten entstehen. Ein Dockhafen hat den Nachteil, dass Sie links und rechts eine Kaje haben. Die Kajenflächen in Bremerhaven sind aufgrund der geographischen und nautischen Gegebenheit sehr teuer. Das heißt, Sie haben bei einem Liegeplatz nicht 300 oder 350 Meter Kaje, sondern Sie haben 700 bis 800 Meter Kaje. Sie verdoppeln die Ausbaumaßnahmen, um da ein Scheingefecht zu führen, und das muss auch deutlich werden. Wie wollen Sie das denn finanzieren, wenn Sie ernsthaft mit einer Dockvariante argumentieren?

Also, meine Damen und Herren, machbar ist das alles, aber wenn man hier schon ehrlich argumentiert, muss man auch sagen, welche Kosten dahinter stehen. Bei einer Docklösung entstehen die doppel-

ten Kosten wie bei einer normalen Verlängerung des CT IV.

(C)

Wenn ich mir dann den letzten Punkt bei einem Dockhafen vornehme, warum das ja alles die Alternative zu CT IV ist! Der Flächenverbrauch eines solchen Dockhafens ist immens größer, als wenn Sie die Kaje einfach nur verlängern, denn das Problem des Containerterminals, Herr Töpfer, sind nicht die Aufstellflächen. Das heißt, Sie können einen Großteil des Umschlags von CT IV auf den vorhandenen Flächen hinter CT III a realisieren. Insofern brauchen Sie nur Kajenkapazitäten, was auch in dem Bericht des Senators für Häfen zu lesen ist. Herr Töpfer, vielleicht sollten Sie sich einmal kurzschließen mit Ihrem Kollegen Beckmeyer, der hat das damals vorgetragen, und das ist so auch einstimmig zur Kenntnis gegeben und sogar beschlossen worden.

Es war damals völlig unstrittig, dass wir ein Kajenkapazitätsproblem haben und kein Flächenkapazitätsproblem. Das heißt, wenn Sie einen solchen Dockhafen bauen, verbrauchen Sie ein viel größeres Maß an Fläche, haben Sie einen viel größeren Eingriff in die Natur als bei einer normalen Verlängerung um 800 Meter. Meine Damen und Herren, ich glaube, das zeigt deutlich, wie ernsthaft die Alternative Dockhafen zu sehen ist.

Eine letzte Äußerung, denn da muss die SPD dann auch irgendwann erklären, wie sie zum Koalitionsvertrag steht! Der ist in dieser Frage eindeutig. Die Entscheidungen in der vergangenen Legislaturperiode waren auch eindeutig. Sie sagen, wir wollen mit einem Planfeststellungsverfahren für den Ausbau von CT IV im Jahr 2001 beginnen. Das ist eine klare Aussage. Ich glaube, dass man, so ehrenhaft Ihre Position, Herr Töpfer, auch ist, ich finde, dieses Engagement sollte man auch nicht in Zweifel ziehen, das nehme ich Ihnen persönlich ab, hat dies mit der Politik der großen Koalition nichts zu tun.

(D)

Es gibt, und auch das zeigt dieser Bericht des Landeshafenausschusses vom Oktober 1998, zum Ausbau von CT III a und CT IV keine Alternativen. Wer die Arbeitsplätze sichern will, wer weitere Arbeitsplätze in Bremerhaven schaffen will, muss ja dazu sagen und kann sich nicht ständig hinter irgendwelchen scheinbaren Alternativen, die keine sind, verstecken. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kastendiek hat die einzelnen Fakten so detailliert dargelegt und beantwortet, dass ich auch etwas arbeitsökonomisch vorgehen und mich auf einige wenige allgemeine Bemerkungen konzentrieren kann.

(A) Was die Umsatzentwicklung angeht, so haben wir alle gemeinsam und zustimmend festgestellt, dass die bremischen Häfen an der prosperierenden Gesamtentwicklung teilgenommen haben und damit zumindest für den Ist-Zustand belegen, dass sie wettbewerbsfähig sind.

Was die Notwendigkeit betrifft, weiter auszubauen, so dürfen Sie versichert sein, dass alle Alternativen zu durchdenken sind, sine ira et studio, das steht völlig außer Frage, und dass wir mit dem Ausbau von Kapazitäten auch sehr schwierige Finanzierungsfragen zu lösen haben, steht ebenso außer Frage, denn niemand wird in diesem Hause davon ausgehen, als könnten wir etwa beim CT IV, gegenwärtig bei den unterliegenden Prognosen und Daten mit etwa 500 Millionen DM geschätzt, aber das ist keine Ex-Cathedra-Formulierung, sondern das ist ein Schätzwert, eine Orientierungsgröße, mit einer Handbewegung alle Probleme lösen. Das können wir nicht!

In Alternativen zu denken ist die Vorgabe für vernünftige Investitionspolitik. Man könnte den Satz auch umdrehen: Von vornherein zu verengen ist bereits der erste Fehler.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) Da sind wir alle einer Meinung, und was wir im Moment im Hafen tun, ist, genau das zu praktizieren.

Herr Töpfer, 28 Jahre SPD-Hafenpolitik, kein Mensch beanstandet, dass der Hafen hervorragend ist. Ebbe und Flut kommen von selbst, das andere sind Herausforderungen, die wir anzunehmen haben.

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht ist auch jemand wie ich, der das Wort Investitionen immer wieder sorgfältig buchstabiert, nicht eine völlig fehlplatzierte Landratte.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Das habe ich damit auch nicht zum Ausdruck bringen wollen!)

Zurück zum Thema! Herr Schramm, erklären Sie doch in Bremerhaven, dass Sie den CT IV nicht wollen!

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die
Grünen]: Macht er doch!)

Aber er macht eine Achterbahnfahrt, bei der man nie genau weiß, kommt man noch unten an.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die
Grünen]: Er passt schon auf sich auf, Herr Hattig!)

Ja, es hängt aber auch mit den Sicherheitsvorkehrungen genereller Art zusammen. Allein kann er nicht aufpassen.

(Heiterkeit)

Wenn wir einmal bei dem Rollenspiel bleiben, dass Sie auf sich aufpassen und ich mehr um die generellen Sicherheitsvorkehrungen besorgt bin, dann erlaube ich mir, einen Erfahrungsgrundsatz weiterzugeben, der, glaube ich auch, jedenfalls nach dem, was wir bisher diskutiert haben, in diesem Fall durchaus Gewicht hat. Das Investment in eine Going Company ist immer billiger, als etwas Neues zu tun. Wenn wir also die vorhandene Hafenstruktur ausbauen, wird das im Zweifel billiger als alle Alternativen, wobei die Kostenfrage nicht auch die abschließende Antwort sein kann, dass irgendwann ein Tiefseehafen eine Herausforderung auch für die bremischen Häfen ist. Das muss hier in diesem Haus auch nicht des Längeren und Breiteren ausgeführt werden. Aber wir brauchen weitere Kapazitäten, so einfach ist die Erkenntnis, und die Frage lautet doch „nur“, wohin setzen wir diese Kapazitäten, wo bauen wir sie aus, und da gilt die generelle Erfahrung, die erlaube ich mir noch einmal zu wiederholen, das Investment in eine Going Company, in eine vorhandene Infrastruktur ist im Zweifel, das will besagen, nach genauer Prüfung, das bessere Investment.

Herr Töpfer, ich schätze Sie als sehr sachkundigen, hafenorientierten und manchmal auch mit Leidenschaft gesegneten Mann zu all diesen Fragen.

(Beifall bei der SPD)

Aber das sollten wir doch hier nicht so formulieren, als hätten wir alle Ihre Anregungen in den Wind geworfen und uns nicht intensiv mit all diesen Fragen beschäftigt. Nun will ich nicht alles wiederholen, was Herr Kastendiek sehr zutreffend gesagt hat. Es ist so, dass wir alle diese Dinge geprüft haben, aber sie sind nicht lebensfähig aus wirtschaftlichen und/oder aus technischen oder aus anderen Erwägungen. Es ist ja nicht das erste Mal, dass Sie zu diesem Thema reden, sondern wir sind ja durch Sie immer wieder auf die Problematik hingewiesen worden, und ich erlaube mir hinzuzufügen, ich bemühe mich, auch in den Häfen das so genannte rituale Wissen immer wieder zu unterbrechen und durch neue Fragen aufbrechen zu lassen, denn die Betriebsblindheit ist ja nicht nur ein Faktum, das in Unternehmen vorkommt, es kann auch in solchen Organisationen vorkommen. Sie dürfen also, und das meine ich mit großem Ernst und Nachdruck, sehr versichert sein, dass wir alle solche Anregungen aufnehmen.

Aber, und nun komme ich zu einem weiteren mehr generellen Gesichtspunkt, der aber sehr konkrete Wirkungen hat, Sie sollten freundlicherweise auch

(C)

(D)

(A) bedenken, dass kundenorientiert heute heißt, ich habe das eben heute Nachmittag schon gesagt, wie stellt sich eigentlich ein Reeder in Zukunft einen Hafen vor. Wenn wir einmal unterstellen, der Kollege Beckmeyer wird das sicher so bestätigen, dass Häfen, von ihrer geographischen und nautischen Qualität einmal abgesehen, mehr und mehr ein wettbewerbsähnliches Angebot werden, dann müssen wir sehr sorgfältig darauf achten, was denn unsere Kunden, der nächste Großreeder, ich sage einmal Maersk oder andere, von einem Hafen erwarten, und da werden wir nicht übersehen dürfen, dass im Grunde, ich sage den Satz zurückhaltend, für jeden Reeder der Hafen zunächst Hafen ist. Er prüft ihn auf seine Kosten und auf seine Servicestrukturen und auf seine möglicherweise individuell zugeschnittenen Antworten.

Wenn auch das alles wieder richtig ist, dann kommt zu den Gründen, und davon bin ich überzeugt, die Sie eben angeführt haben und die ich beantwortet habe mit, sie lassen sich entweder technisch oder wirtschaftlich nicht rechtfertigen, noch ein weiterer hinzu: Wir können den Reedern keinen Flickenteppich — darf ich das einmal so ausdrücken? — anbieten. Wir können nicht hier ein Stück und da ein Stück und überhaupt noch ein Stück, sondern wir müssen zusammenhängende und damit kosten- und serviceorientierte Angebote machen.

(B) Wenn ich das alles zusammen nehme und dann, ich habe etwas gelächelt, als ich das hörte, wie Sie das hier so darstellen, ich erlaube mir da, das Urheberrecht in Anspruch zu nehmen, dass ich auf die Nachbarn zugegangen bin und gefragt habe, wie stellt ihr euch eigentlich einen Hafen in Wilhelms-haven vor, wie stellt ihr euch das in Cuxhaven vor, wie stellt ihr euch das ohne Bremen vor, wie stellt ihr euch das in eurer Haushaltslage vor? Das sind doch alles Fragen, die wir vor der eigenen Haustür, wie soll ich sagen, morgens mit dem Bäcker und mit der Milch geliefert bekommen, nämlich die uns selbst existentiell betreffen. Da ist doch die Bereitschaft, uns zuzuhören und sich auf das Know-how eines Bremer und Bremerhavener Hafens, einer Bremer gegebenen Struktur einzulassen und damit Steuergelder zu sparen, doch sehr beträchtlich.

Herr Schramm, Fehlinvestitionen, die Frage kann man doch zunächst nur unter dem Gesichtspunkt stellen, wo ist denn die gegenwärtige Investition bestplatziert? Das habe ich mich bemüht anzudeuten, und da muss sich der fragen, der ganz neu, sozusagen im statu nascendi, auf solche Dinge zugeht, ob ich das überhaupt verantworten kann.

Auch diese Fragen, um auf den Kontext der heutigen nachmittäglichen Diskussion zur Regionalwirtschaft einzugehen, kann man nicht mit erhobenen Zeigefinger stellen, sondern man geht auf die Nachbarn zu und versucht, über Einsicht zu einer allgemein zielführenden Entscheidung zu kommen.

Nun fasse ich es zusammen: Die heißt aus meiner Sicht, CT IV ist nach allem, was ich bisher weiß, in Bremerhaven best aufgehoben, erste Feststellung. Die zweite Feststellung: Wir müssen uns darüber hinaus fragen, wie kann es denn dann weitergehen, und da sind wir bei den Nachbarn gut aufgehoben und die hoffentlich auch bei uns. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/243, auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU Kenntnis.

Schärfere Gesetze gegen Kinderschänder

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 6. März 2000
(Drucksache 15/229)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Hattig.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Liberalisierung der Strafgesetzgebung hat in Deutschland dazu geführt, dass gerade im Bereich von Sexualstraftaten mit Kindern und Jugendlichen eine Abschreckung kaum noch gegeben ist. Insofern ist eine deutlich steigende Tendenz bei den polizeilich erfassten Fällen von sexuellem Missbrauch von Kindern in Deutschland festzustellen. Meine Damen und Herren, waren es 1990 noch 12.741 Fälle, so sind es 1998 schon 16.596 Fälle. Ich sage Ihnen nichts Neues, dass die Dunkelziffer weitaus höher liegt. Nach Aussage der bayerischen Sozialministerin Frau Stamm werden mit Kinderpornohandel jährlich in Deutschland 1,5 Milliarden DM verdient. Auch der schändliche Sextourismus, um im Ausland Kinder und Jugendliche zu missbrauchen, ist eine Schande unserer Gesellschaft.

Sie sehen allein an diesen Zahlen, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Deshalb müssen wir, wie es auch die bayerische Landesregierung fordert, bei dringendem Verdacht von sexuellem Missbrauch und Kinderpornohandel die Telefonüberwachung von Verdächtigen zulassen. Jetzt kommt der große Unterschied zwischen den so genannten demokratischen Altparteien und der Deutschen Volksunion: Sie denken zuerst an die „armen“ Täter, also an die Straftäter, wir, die Deutsche Volksunion, denken zu-

(C)

(D)

(A) allererst an die armen Kinder und Opfer und deren Eltern.

Meine Damen und Herren, Tatsache ist, dass die Justiz Sexualstraftäter mit Samthandschuhen anfasst. Wiederholungstäter bekommen psychologische Betreuung, Rechtsbeihilfe, Haftverschonung, Hafturlaub und so weiter. Da bekommt zum Beispiel ein Vater, der seinen zweijährigen Säugling missbraucht, und das ist kein Einzelfall, zwei Jahre auf Bewährung, meine Damen und Herren! Das sage ich Ihnen ganz klar und deutlich: Bei einer Regierungsverantwortung der Deutschen Volksunion wären solche Urteile nicht möglich. Wir würden rechtmäßig, demokratisch, rigoros und mit der gesamten Stärke des Rechtsstaates dafür sorgen, dass die Rechte der Kinder und Jugendlichen rückhaltlos und uneingeschränkt geschützt werden, meine Damen und Herren.

Eines sage ich auch noch einmal ganz klar und deutlich: Für die Deutsche Volksunion sind die Seele und das Leben eines Kindes das Wertvollste und das Heiligste, was es überhaupt gibt. Wer die Seele, das Leben eines Kindes zerstört und tötet, der hat keine Rechte und auch keine Gnade verdient. Deshalb müssen Sexualstraftäter mit der ganzen Härte des Rechtsstaates bestraft werden.

(B) Meine Damen und Herren, dazu gehört auch, dass psychologische Gutachten nicht dazu führen dürfen, dass Täter in relativ kurzer Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Dazu gehört auch, dass bei Gutachten die Gutachter in die Verantwortung einbezogen werden müssen, dass sie Mitverantwortung übernehmen müssen, wenn Täter wieder rückfällig werden, meine Damen und Herren. Wer durch seine Begutachtung dafür gesorgt hat, dass ein Sexualstraftäter zum Wiederholungstäter wird, muss auch in die Verantwortung genommen werden. Wir von der Deutschen Volksunion sind davon überzeugt, dass dann viele Wiederholungstraftaten vermieden worden wären.

Auch die Frage einer strengen Sicherheitsverwahrung bei Wiederholungstätern darf kein Tabuthema sein. Es gibt für uns, für die Deutsche Volksunion, nichts Schlimmeres als den Missbrauch von Kindern und Jugendlichen. Ich bin wahrlich kein Freund der bayerischen Landesregierung, meine Damen und Herren, aber wenn die bayerische Landesregierung, wenn der Ministerpräsident Stoiber in diesem Bereich eine schärfere Gesetzgebung fordert und im Bundesrat dies zum Thema macht, so haben wir alle gemeinsam die Pflicht und die Verantwortung, dies uneingeschränkt zu unterstützen. Deshalb müssen Sie aus der Verantwortung heraus diesem DVU-Antrag uneingeschränkt zustimmen.

Meine Damen und Herren, Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft, und sie haben ein Anrecht darauf, unbeschadet, unbeschwert heranwachsen zu können. Wir von der Deutschen Volksunion setzen

uns zuerst für das Opfer ein, dessen Seele zerstört worden ist und die jetzt quasi lebendig tot ist. Dafür wird die Deutsche Volksunion unermüdlich und kompromisslos weiter kämpfen, auch wenn Sie, meine Damen und Herren, alle einheitlich scheinheilig diesen DVU-Antrag ablehnen werden. — Ich bedanke mich!

(C)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Zachau.

(Abg. Frau J a n s e n [SPD]: Es lohnt sich doch gar nicht!)

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen *): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde, eine Auseinandersetzung mit solchen Positionen lohnt sich immer, und wenn man es immer wieder macht, nicht weil wir Herrn Tittmann nun überzeugen können, da scheint mir ein gewisses Ende erreicht zu sein, sondern einfach, um zu signalisieren in dieser Gesellschaft, dass wir so etwas nicht widerspruchslos hinnehmen.

Herr Tittmann, irgendwie habe ich mich bei Ihrer Rede eben daran erinnert, dass einer Ihrer parlamentarischen Geschäftsführer, ich weiß nicht, ob es in Sachsen-Anhalt war oder in Brandenburg, ein Disziplinarverfahren oder Schwierigkeiten bekommen hat, weil er sich auf einem öffentlichen Gerät Kinder pornos angesehen hat. Vielleicht fangen Sie erst einmal in Ihren eigenen Reihen an, bestimmte Anstandsregeln einzuhalten, bevor Sie öffentlich so tun, dass andere sich dagegen wenden können.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Wir hatten übrigens im Januar eine Debatte in diesem Haus, in der es um die Aktivitäten gegen Gewalt gegenüber Mädchen und Frauen ging. Da waren Sie nicht anwesend. Dazu haben Sie sich auch nicht geäußert. Ich finde, wenn Sie so etwas meinen, wie Sie hier sagen, dann sollten Sie sich auch da, wo es angemessen ist, sachlich einbringen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Sie fordern jetzt schärfere Gesetze gegen Kinderschänder, wie Sie das nennen, und wir sollen als Bürgerschaft die Bundesregierung dazu auffordern. Ich möchte Ihnen drei Gründe nennen, weswegen wir das nicht tun: weil Sie erstens die falsche Zielgruppe benennen, zweitens die heutigen Sanktionsmöglichkeiten des Strafgesetzbuches überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen und drittens falsche Signale setzen.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Sie fordern höhere Strafen für Sexualstraftäter. Sie reden von Kinderschändern, Sie merken schon, noch nicht einmal die deutsche Sprache verbindet uns an der Stelle. Strafen sind in diesem Rechtsstaat gleichbedeutend mit Verurteilungen. Sie setzen bekannt gewordene, vollständig ermittelte und beweisbare Delikte voraus. Genau da ist das erste Problem, dass die meisten dieser Straftaten überhaupt nicht bekannt werden, weil sie im häuslichen Umfeld stattfinden. Die Dunkelziffer ist extrem hoch.

Wir sollten primär die Opfer unterstützen. Sie brauchen Maßnahmen, die ihr akutes Leid beenden und ihnen ein angstfreies, zuversichtliches Leben erschließen. Das ist die absolute Priorität, gerade vor dem Hintergrund dessen, dass eben die wenigsten Straftaten tatsächlich bekannt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Nun komme ich zum zweiten Punkt: Welche Möglichkeiten gibt es heute? Es gibt heute die Möglichkeit, für erwachsene Täter je nach Tat bis zu 15 Jahren Freiheitsstrafe zu verhängen. Die Funktion dieser zeitigen Freiheitsstrafen nach Paragraph 38 Strafgesetzbuch ist es, dem zu lebenslanger Haft Verurteilten auch die Möglichkeit einer Wiedererlangung der Freiheit zu bieten. Diese Intention ist durch das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich bestätigt worden.

(B) Allerdings kann die Verurteilung zu lebenslanger Freiheitsstrafe tatsächlich lebenslanges Eingesperretsein bedeuten, nämlich dann, wenn das Gericht eine besondere Schwere der Schuld des Täters feststellt.

In dieser Weise wurde am 16. März dieses Jahres ein Mann als der Mörder der zwölfjährigen Karla verurteilt. Das Gericht sah es in diesem Fall als erwiesen an, dass er das Mädchen 1998 überfallen, sexuell zu missbrauchen versucht, gewürgt und schließlich bewusstlos ins Wasser geworfen hat. Nach fünf Tagen im Koma starb die kleine Karla. Es geht also! Zu einer Freiheitsstrafe werden Täter verurteilt, die für ihr Tun auch verantwortlich gemacht werden können. Das ist ein ganz wesentliches Element. Das heißt, sie müssen schuldhaft gehandelt haben.

Für solche Täter, die bei Begehung ihrer Tat vermindert oder gar nicht schuldig gewesen sind, sieht das deutsche Strafrecht so genannte Maßregeln der Besserung und der Sicherung vor. Das können Sie im Paragraphen 61 des Strafgesetzbuches nachlesen. Eine mögliche Maßregel ist die Sicherungsverwahrung, diese kann sowohl gegenüber vermindert schuldfähigen als auch voll schuldfähigen Tätern verhängt werden, wenn es sich dabei um Wiederholungstäter mit früheren Verurteilungen oder um besonders gefährliche Täter handelt.

Die Sicherungsverwahrung nach Paragraph 66 Strafgesetzbuch ist bis vor zirka zwei Jahren auf zehn

Jahre beschränkt gewesen. Heute kann sie sogar unbefristet angeordnet werden. Damit ist es aktuell möglich, bestimmte Täter bis an ihr Lebensende wegzusperren. In der Frage, ob dies richtig oder falsch ist, gibt es unterschiedliche Auffassungen in diesem Haus. Ich referiere zunächst nur den Sachverhalt, und danach besteht einfach diese Möglichkeit. Das nehmen Sie überhaupt nicht zur Kenntnis, wie Sie ja auch bei Ihren Anträgen zum Tierschutz die entsprechenden gesetzlichen Regelungen nicht zur Kenntnis genommen haben.

Ich finde, das ist erst einmal eine schlechte Ausgangslage, wenn sich jemand ernsthaft politisch einmischen will, und Ihre Vorgehensweise zeigt, dass Sie das in Wahrheit gar nicht wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Wir sagen, Sie senden auch ein falsches Signal, weil Sie so tun, als sei die Täterschaft sozusagen immer anonym oder sie würde aus anonymen Umfeldern heraus erfolgen. Es ist leider in der Tat so, dass im familiären Kreis, im Bekanntenkreis der Schwerpunkt dieser Straftaten liegt. Insofern gehen Sie mit Ihrer ganzen Propaganda, dass es sich um irgendwelche Monster handelt, die anonym sind, die irgendwie entfremdet sind, an dieser Normalität der Straftaten vorbei. Das finden wir auch nicht richtig!

(D) Wir fordern Sie auf, Herr Tittmann, bevor Sie solche populären, populistischen und verzerrten Anträge stellen, sich endlich auch mit den Sachverhalten zu diesen einzelnen Anträgen auseinanderzusetzen. Dann können Sie auch erwarten, dass man sich ernsthaft mit Ihnen auseinandersetzt.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Das wollen Sie doch gar nicht!)

Ich habe Ihnen ja nun einige Dinge exemplarisch genannt! Wer nur wegen der Effekthascherei hier laute Sprüche klopft, ohne den Sachverhalt zu berücksichtigen, verdient es im Grunde genommen nicht, anständig zur Kenntnis genommen zu werden. — Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Zachau, Sie haben immer solche Angst vor den Argumenten, dass Sie meine Anträge, meine Begründungen in die Zeit verlegen müssen, wenn kein Publikum mehr da ist. Das ist Tatsache! Zweitens, ich kann mich noch

- (A) ganz genau entsinnen, dass die Grünen damals Sex mit Kindern freigeben wollten.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Was?)

Daran kann ich mich noch sehr genau erinnern!

Meine Damen und Herren, Ihre Scheinheiligkeit, mit der Sie alle diesen Antrag angelehnt haben, widert und ekelt mich an! Die Unverantwortlichkeit von Ihnen, wie Sie mit dem Thema Kindesmissbrauch umgehen, ist erschreckend! Sie sind wahrliche Politiker, Paradebeispiele dafür, dass Sie jedes Mal beim Bekanntwerden von Kindesmissbrauch, Kindesmissbrauch mit Todesfolge, also Mord, mit einem weinerlichen und schauerlichen Gesicht vor die Kamera treten oder sonst irgendwo und lauthals verkünden, wie schrecklich das alles ist, wie furchtbar das alles ist, und man werde hier schon etwas politisch unternehmen müssen.

Nur, die Realität, Herr Zachau, sieht anders aus. Die Täter werden immer noch verhätschelt und mit Samthandschuhen angefasst, die Opfer, also die Kinder, werden mit ihren Eltern zusammen schäbig im Stich gelassen,

(Abg. Frau S c h r e y e r [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

- (B) und nach einer Woche heuchlerischer Bekennerungen und Bekundungen von politisch Verantwortlichen ist bis zum nächsten Fall alles wieder vergessen. Das kann es ja wohl nicht sein, meine Damen und Herren!

Ich als verantwortlicher DVU-Parlamentarier werde mich niemals mit solcher heuchlerischen Verhöhnung der Opfer abfinden. Ich werde mich auch nicht mit Ihren beruhigenden Worten zufrieden geben, man werde schon irgendwann einmal dagegen etwas unternehmen, es werde etwas getan. Herr Zachau, es ist ja nicht umsonst, dass die bayerische Landesregierung hier Initiativen im Bundesrat von der Bundesregierung fordert. Das kommt ja nicht von umsonst!

Meine Damen und Herren, diese leeren Worthülsen höre ich schon seit Jahren, und auch der Bürger glaubt Ihnen das nicht mehr, was Sie eben gesagt haben. Deswegen müssen Sie auch meine Redebeiträge hier unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden lassen.

Es geht um die Seele und um das Leben unserer Kinder. Diesbezüglich dauern Ihre jahrelangen Entscheidungen, bis hier endlich einmal effektiv etwas Konstruktives passiert, einfach zu lange. Deshalb dieser DVU-Antrag, den Sie hier alle einheitlich und scheinheilig zu Lasten unserer Kinder und deren Eltern mit einer nichts sagenden Begründung abgelehnt haben! Ich überlasse es Ihnen, meine Damen und Herren, den Opfern, den Kindern und ihren El-

tern, zu erklären, dass Sie hier und heute nicht willens waren, unfähig waren und nicht dazu in der Lage waren, zum Schutz ihrer Kinder eine klare Entscheidung zu treffen, einem Antrag der Deutschen Volksunion zuzustimmen, nur weil er von der Deutschen Volksunion kommt, meine Damen und Herren.

Ich sage es Ihnen heute ganz klar und deutlich, dass die Deutsche Volksunion uneingeschränkt eine Volksabstimmung unterstützen wird, vielleicht auch starten wird, mit der Frage Wiedereinführung der Todesstrafe bei Kindesmord. Das Ergebnis, meine Damen und Herren, könnte ich Ihnen allerdings jetzt schon mitteilen. Sie alle haben jedenfalls durch Ihre Ablehnung des Antrags jedes moralische Recht verloren, meine Damen und Herren, den Betroffenen heuchlerisches Mitgefühl zu äußern

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Jetzt reicht es endlich!)

und zu bekunden. Ich bedanke mich jedenfalls jetzt schon im Namen der zukünftigen Opfer für die Ablehnung meines Antrags und empfinde Ihre Haltung als eine Schande des Parlaments. — Ich bedanke mich!

(Abg. Frau W i e d e m e y e r [SPD]: Die einzige Schande sind Sie, die es hier gibt!)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 15/229 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/
Die Grünen)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Asylmissbrauch konsequent bekämpfen

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 6. März 2000
(Drucksache 15/230)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Hattig.

(C)

(D)

- (A) Die Beratung ist eröffnet.
Das Wort hat der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Land Bremen ist wieder einmal, ich betone, wieder einmal, bundesweit dank Ihrer verfehlten Asylpolitik negativ ins Gerede gekommen. Die Realität hat Sie wieder einmal überrollt und schmerzlich eingeholt. Die Ereignisse, die Tatsachen, haben Ihr Versagen in der Asylpolitik ganz klar und schwarz auf weiß dokumentiert und demaskiert.

Das Land Bremen ist zu einem Eldorado von Asylabzockern und Asylschwindlern verkommen. Tatsache ist, dass mit einer falschen Identität rund 500 kriminelle Asylschmarotzer, Asylbetrüger schon seit zirka zehn Jahren eine Summe von sage und schreibe 20 Millionen DM ergaunert haben. Dies, meine Damen und Herren, ist wohl erst die Spitze des Eisbergs. Dazu ein Ermittler: Wir rechnen mit noch viel mehr Fällen. Der wirkliche Schaden von Asylbetrug geht in die Milliardenhöhe, und das zu Lasten der Steuerzahler.

Vor dieser Schande Ihrer verfehlten Politik hat die Deutsche Volksunion als einzige demokratische Partei schon vor Jahren gewarnt. Diese Tatsache konnten Sie schon länger und des Öfteren in der „Nationalzeitung“ von unserem Bundesvorsitzenden Dr. Frey schonungslos nachlesen.

- (B) (Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren, bleiben Sie doch ruhig!

(Abg. Frau **L e m k e - S c h u l t e** [SPD]:
Seien Sie doch ruhig!)

Tatsache ist auch laut Aussage von Innenminister Schily, vielleicht lachen Sie dann auch noch, dass 95 Prozent der Asylsuchenden Scheinasylanten und Wirtschaftsflüchtlinge sind. Das ist erst einmal Fakt. Deswegen müssen 95 Prozent Scheinasylanten heraus aus Deutschland, und das sofort. Asylbetrüger haben in Deutschland nichts zu suchen. Das ist auch zum Schutz der zirka fünf Prozent berechtigten Asylsuchenden.

Meine Damen und Herren, Deutschland ist wohl das einzige Land, der einzige Staat in Europa, in dem Asylsuchende keine Ausweispapiere zum Nachweis ihrer Identität vorweisen müssen. Fakt ist, dass wir dadurch kriminelle Ausländer und Asylschwindler sehr schwer oder zum größten Teil gar nicht mehr ausweisen oder abschieben können, weil eben ihre Identität nicht mehr ermittelt werden kann und auch andere Länder sich aus gutem Grund weigern, diese Asylbetrüger aufzunehmen.

Da hatten wir zum Beispiel jüngst einen Fall in Hamburg. Da sind jetzt sage und schreibe 3000

Schwarzafrikaner angekommen. Niemand weiß, woher sie kommen und aus welchen Ländern sie kommen, meine Damen und Herren. Diese leben dann hier jahrelang wie die Made im Speck auf Kosten des Steuerzahlers lustig und munter unbehelligt in Deutschland weiter. Sie sehen also, meine Damen und Herren, Asylbetrug zieht sich wie ein Rattenschwanz quer durch Deutschland. Das dürfte auch langsam Herrn Freitag von der SPD im Fall einer kriminellen Familie aus Wiesmoor, in der letzten Zeit in Bremerhaven ansässig, auch da wieder kriminell geworden, jetzt einleuchten.

Meine Damen und Herren, die Behörden schlampfen über Jahre hinaus. So war es diesen Asylbetrügern möglich, über 20 Millionen DM abzuzocken und für Häuser, teure Designerkleidung, Schmuck, Handys und so weiter auszugeben. Ich frage Sie, welche deutschen Familien können sich solche Häuser wie diese Asylbetrüger in Findorff, Hemelingen und so weiter erlauben?

(Unruhe bei der CDU)

Welche deutsche Familie kann sich so einen Luxus erlauben wie diese Asylbetrüger? Aber meine Fragen werden Sie mir sicherlich gleich beantworten können, darauf bin ich schon einmal gespannt. Die Krönung des Ganzen: Nun stellt sich Frau Senatorin Adolf hin mit einem weinerlichen Gesicht und erklärt wider besseres Wissen, das seien quasi alles Einzelfälle, und eine Kriminalisierung von Asylbewerbern dürfe es nicht geben. Wer soll Ihnen das denn noch glauben?

Frau Senatorin, Ihre Verharmlosung von Asylbetrug und Ausländerkriminalität ist an Unverantwortlichkeit und Schamlosigkeit nicht mehr zu überbieten. Meine Damen und Herren, die SPD und die Grünen haben bundesweit geleugnet, dass es überhaupt massenhaften Asylbetrug gibt. Die CDU hat in 16 Jahren Regierungsverantwortung nichts dagegen unternommen, im Gegenteil! Sie alle gemeinsam sind durch Ihre Politik für eine so genannte Fremdenfeindlichkeit, so genannten Rassismus erst verantwortlich, aber nicht die Deutsche Volksunion, meine Damen und Herren, damit das einmal ganz klar und deutlich wird!

Sie verkünden stolz und scheinheilig, man habe ja nun schon 20 Scheinasylanten abgeschoben. Das ist ja wohl lachhaft. Sie verschweigen wissentlich, dass wahrscheinlich die meisten Asylbetrüger gar nicht abgeschoben werden können, weil ihre Identität nicht festgestellt werden kann. Meine Damen und Herren, diese leben dann, wie schon erwähnt, lustig und munter auf Kosten des Steuerzahlers hier weiter, so dass sich jeder Normalbürger fragt und fragen muss, wo leben wir eigentlich, in welchem Land leben wir eigentlich, wo so etwas möglich ist,

(C)

(D)

(A) und ob wir teilweise von Schwachsinnigen regiert werden.

(Widerspruch bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Darum fordert die Deutsche Volksunion klar und deutlich, alle verdächtigen Asylbetrüger sofort in Sammelunterkünften, quasi in Abschiebehaft, unterzubringen, und steht nach einer schnellen Überprüfung fest, dass sie widerrechtliche Leistungen bezogen haben, also betrügerisch gehandelt haben, dann sofort rigoros raus aus Deutschland und nie wieder einreisen lassen! Das ist auch, wie schon erwähnt, zum Schutz der fünf Prozent, die hier rechtmäßig leben, meine Damen und Herren.

Unter Verkennung der Bedeutung von bestehenden Gesetzen gewährten immer mehr aus der achtundsechziger Generation hervorgehende selbstherrliche Kirchenfürsten verbrecherisches Kirchenasyl! Diese Tatsache konnten Sie auch unlängst aus der Tagespresse entnehmen, meine Damen und Herren. Ich sage es ganz klar und deutlich, eine Gewährung von Asyl ist allein Sache des Staates und nicht der Kirche, die damit eindeutig einen Rechtsbruch begeht. Wer abgelehnte Asylbetrüger oder Asylabzocker oder ausländische Kriminelle zum Verbleib anstiftet oder ihnen dazu Hilfe leistet, macht sich eindeutig wegen Strafvereitelung strafbar, meine Damen und Herren. In keinem anderen Land werden Asylverfahren so genau und präzise und strafrechtlich geprüft wie in Deutschland. Deshalb verlangt die Deutsche Volksunion von den Kirchenfürsten, von den Kirchenleitungen, dass sie rechtsstaatlich getroffene Entscheidungen uneingeschränkt akzeptieren und rechtsstaatlich handeln, meine Damen und Herren.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann gehen Sie einmal mit gutem Beispiel voran!)

Auch die Kirchen haben nicht das Recht, sich gegen unseren Rechtsstaat zu stellen und darüber zu entscheiden, welche Gesetze sie für rechtmäßig erachten und welche nicht. Das kann es ja wohl nicht sein. Niemand hat das Recht, sich in unserem demokratischen Rechtsstaat über Recht und Gesetz zu

stellen, auch nicht die Kirchen. Da sich die Fälle von rechtsbrecherischem Kirchenasyl häufen, sage ich Ihnen, wehret den Anfängen! Die Deutsche Volksunion verurteilt jegliche Form des Rechtsbruchs auf das Schärfste und fordert Sie hiermit auf, mit aller Härte des Gesetzes gegen solche eindeutigen Rechtsbrüche vorzugehen! — Ich bedanke mich!

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Lügen haben kurze Beine!)

Vizepräsident Ravens: Herr Abgeordneter Tittmann, Sie haben vorhin gesagt, wir werden von Schwachsinnigen regiert. Das weise ich zurück! Im Übrigen bitte ich Sie, sich bei Ihrer Wortwahl des Öfteren einmal zu mäßigen, auch wegen des Ansehens des Parlaments!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen — Abg. T i t t m a n n [DVU]: Habe ich schon!)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 15/230 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Tagesordnung. Wir sehen uns morgen um zehn Uhr wieder.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 18.25 Uhr)

(C)

(D)